



20. Januar 1919

CONRAD SCHMIDT · WANDLUNGEN DER SOZIALISTISCHEN AUFFASSUNGSWEISE

NACH Anfang des 19. Jahrhunderts setzte mit zunehmender Entschiedenheit die sozialistische Kritik der neuen bürgerlichen Gesellschaftsordnung ein, die, statt die Freiheits- und Gleichheitsträume der großen französischen Revolution zu verwirklichen, ein nur noch furchtbareres Anschwellen des proletarischen Massenlebens zu bringen schien. Man knüpfte die kühnsten sozialen Hoffnungen an ein Schema kleiner, bis zu gewissem Grad wirtschaftlich in sich abgeschlossener Gemeinschaften. Die nach Lösung aller früheren Bindungen bunt durcheinandergeworfene Bevölkerung müsse, meinten jene Sozialisten, sich in Gemeinden von vielleicht tausend oder ein paar tausend Köpfen gliedern, die unter demokratischer Leitung agrarisch und industriell für ihren eigenen unmittelbaren Bedarf wie für den Verkauf produzieren. Eine Ausmalung des Glücks, das eine solche, die solidarischen menschlichen Instinkte klug benutzende Organisation zur Folge haben werde, galt ihnen als das beste Propagandamittel, um abseits vom Getriebe politischer Kämpfe für ihre Pläne und die Gründung einer bessern Wirtschaftsordnung zu werben. Sie fühlten sich als Erfinder sozialer Zukunftskonstruktionen, die kraft ihres tadellosen rationellen Arrangements vor der wirklichen, im geschichtlichen Verlauf planlos erwachsenen Gesellschaftsordnung so evidente Vorzüge besitzen, daß ihnen bei genügender Aufklärung die allgemeine Anerkennung sicher ist. Mit dieser Vorstellung, daß der Weg zur Reform der Gesellschaft über die Organisation kleiner, sich selbst verwaltender und relativ selbständiger Wirtschaftsgemeinden gehe, hängt dann auch die Neigung zusammen die Richtigkeit der vorgeschlagenen Einrichtungen durch koloniale Experimente darzutun. Experimente, die die überspannten Erwartungen selbstverständlich enttäuschten und im besten Fall nur ein Zeugnis lieferten, daß bei persönlicher Tüchtigkeit und Selbstdisziplin der Teilnehmer das solidarische Gemeinschaftsinteresse die privaten Erwerbsinteressen ganz wohl ersetzen kann. Was aber für die Realisierungsaussichten solcher Assoziation im breiten Massenleben der Gesellschaft an und für sich natürlich noch nicht das mindeste erweist.

So schlagend in diesen ersten Zeiten schon die gegen die Verkehrtheit und Ungerechtigkeit der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft gerichtete sozia-

listische Kritik ist, ihren positiven Ausführungen haftet ein utopistisch sektiererischer Zug an, eine Sinnesrichtung, die, statt an die in der Struktur der historisch entstandenen Gesellschaftsordnung angelegten Entwicklungstendenzen nachprüfend anzuknüpfen, gleichsam von außen her durch ein ganz allgemeines Rasonnement der mit Eigenbewegung begabten Gesellschaft Ziel und Richtung vorschreiben zu können meint und sich so zur Wirkungslosigkeit verdammt. Von der großen Bühne der öffentlichen Aufmerksamkeit längst verdrängt, sind die konstruierenden sozialen Erfinder, die abseits von der großen Heerstraße der Entwicklung nach Universalmitteln suchen, mit denen die soziale Frage von einem einzigen Punkt aus sich lösen lassen soll, keineswegs ausgestorben. Jedes Jahrzehnt bringt neue Vorschläge. Da will jemand zum Beispiel beweisen, daß die ständige Erweiterung der Konsumvereine durch immer neue Angliederung von Produktionsunternehmen ohne alle weiteren Bemühungen von selbst zum Sozialismus führen müsse. Oder daß die Aufteilung des Großgrundbesitzes an Kleinbauern die Handhabe zur Hebung jedes Übels biete. Oder, um auch die groteskere Sorte nicht zu vergessen, es kommt jemand (wie der Schweizer Silvio Gsell) mit der Entdeckung, wie sich eine solche Universalkur im wesentlichen schon durch eine pfiffige Umänderung des Geldwesens, die jeden antreibt sein jährliches Einkommen möglichst prompt und restlos aufzuzehren, bewerkstelligen läßt.

Eine weltgeschichtliche Macht konnte der Sozialismus erst werden, als er, jene Form utopistischen Denkens abstreifend, sich in die Zergliederung und Durchforschung der bürgerlichen Ökonomie und ihrer weitertreibenden Tendenzen, ihrer Klassenkämpfe und technischen Entwicklung versenkte. Nur durch ein Zurückgehen auf die hier vorliegenden Probleme konnte der abstrakte Gedanke einer bessern sozialistischen Zukunftsgesellschaft in lebendige Beziehung zu der Bewegung dieser wirklichen Prozesse und den aus ihr mit zwingender Notwendigkeit sich ergebenden Kämpfen treten und in den Seelen der Kämpfenden selber reale Wurzel fassen. Ein weltgeschichtlich epochemachender Standpunkt, der, einmal durch den Marxismus gewonnen, sich durch alle weiteren Umwälzungen des sozialistischen Denkens als unverlierbares, Idealismus und Realismus organisch sich verbindendes geistiges Besitztum forterhält und weiter forterhalten wird. Jene Idee eines sich vom Strom des allgemein gesellschaftlichen Lebens und seiner Klassenkämpfe ablösenden, die Richtigkeit seiner Doktrinen durch Experimente demonstrierenden Sozialismus hat damit ausgespielt. An Stelle der Intuition, die Bilder besserer sozialer Möglichkeiten konzipiert und ausmalt, tritt so als Stütze und als Basis alles weitern sozialistischen Denkens der Einblick in die wirklichen sozialen Gebilde, aus deren Selbstbewegung der Sozialismus, wenn er überhaupt als gesellschaftliche Ordnung möglich sein soll, allein hervorgehen kann. Wobei dann Hand in Hand damit die sozialistische Propaganda sich an das Klasseninteresse der unter der gegebenen Ordnung ausgebeuteten lohnarbeitenden und von Besitz ausgeschlossenen Massen wenden muß. Nur durch einen solchen Appell können die im Schoß der Gesellschaft latent vorhandenen Kräfte mobil gemacht, kann ihren politisch sozialen Kämpfen die Richtung auf eine sozialistische Umgestaltung des Bestehenden gegeben werden.

Der unvergleichliche Erfolg, der dem Marxismus in der Geschichte des

sozialistischen Denkens beschieden war, beruht ja auf nichts anderm als auf der Tiefe und der Energie, mit der er, von seiner entwicklungsgeschichtlichen Grundauffassung her: daß ein Verständnis der sozialen Erscheinungen nur in engstem Zusammenhang mit dem Verständnis der ökonomischen Gesamtstruktur, der Klassenschichtungen und der Technik gewonnen werden könne, diese neuen Gesichtspunkte zur Geltung bringt. Ein Ruhm, der ihm ungeschmälert verbleibt, selbst wenn die weitere Entwicklung gewisse Einzelheiten der nähern Marxischen Formulierung nicht bestätigen sollte. Jede Kritik des Marxismus, die überhaupt Gehör verdient, kann sich nur auf dem Boden der von ihm gewonnenen allgemeinen Grundanschauung wider ihn erheben und muß in diesem Sinn selbst wiederum marxistisch sein.

Aber so wichtig die Konstatierung dieses Gemeinsamen und Bleibenden, so unerlässlich ist zur Selbstorientierung eine Fixierung der wesentlichsten Punkte, bei denen seither in der Bewegung sich weiter Wandlungen vollzogen haben. Am einfachsten läßt sich ein Einblick in die Natur der Differenzen gewinnen, wenn man von der Betrachtung ausgeht, wie Marx und Engels vom Standpunkt ihrer ökonomischen Geschichtsauffassung aus die unvermeidliche Notwendigkeit des Übergangs zu einer sozialistischen Wirtschaftsordnung im Kommunistischen Manifest begründen. An den grandiosen Ausblick auf die Entstehung der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung, auf die gewaltige Entfaltung der produktiven Kräfte im Kapitalismus und den ihm immanenten Klassengegensatz und Klassenkampf von Lohnarbeitern und Kapitalisten schließt sich der genialische Versuch: den Sieg des von dem Proletariat als allgemeinstes Ziel erstrebten Sozialismus aus den Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Selbsterhaltung selbst zu deduzieren. Nur der Übergang zum Sozialismus kann die Gesellschaft aus ihrer sonst unvermeidlichen Selbstzersetzung und ihrem ökonomischen Bankrott erretten. Darum ist dieser Übergang eine objektiv vorhandene Notwendigkeit. Den Stützpunkt dieser blendend originalen und unbeschreiblich eindrucksvollen Wendung bildet der Hinweis auf die Rolle, die das bereits von Fourier in seiner ungeheuerlichen Irrationalität gekennzeichnete Phänomen der Handelskrisen im Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse spielt. Marx und Engels sahen in den Absatzstockungen auf dem Warenmarkt, die sich für die Unternehmer in Fallissements, für die Arbeiter in Arbeitslosigkeit und namenloses Hungerelend umsetzen, nicht nur eine unvermeidliche Begleiterscheinung der kapitalistischen Konkurrenz sondern unter dem Eindruck der damaligen Erfahrungen ein Phänomen, das in dem Maß, als der Kapitalismus die produktiven Kräfte weiter entfalten werde, in progressivem Umfang damit wachsen und, wofern nicht der Sozialismus Abhilfe schafft, schließlich den ganzen Bau des Wirtschaftslebens von unten her untergraben und vernichten muß: »Die Produktivkräfte, die ihr [der Gesellschaft] zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dieses Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. . . Alle bisherige Gesellschaft beruhte . . . auf dem Gegensatz unterdrückender und unterdrückter Klassen. Um aber eine Klasse unterdrücken zu können, müssen ihre Bedingungen ge-

sichert sein, innerhalb derer sie wenigstens ihre knechtische Existenz fristen kann. . . Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen.«

Damit schien für den Sozialismus nicht nur ein bestimmtes Strebeziel: die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, und nicht nur der Hinweis auf eine bestimmte Methode seiner Verwirklichung durch den politisch organisierten proletarischen Klassenkampf, sondern zugleich eine dem Gebiet des Willens entzogene, objektive wissenschaftliche Fundamentierung seiner geschichtlichen Notwendigkeit gegeben. Natürlich nicht in dem Sinn, daß etwa der Sozialismus auch ohne planvolle Aktion der Masse kommen müsse; wohl aber in dem Sinn, daß die mit der Entwicklung der Technik immer zerstörender auftretenden Handelskrisen der Gesellschaft bei Strafe des Untergangs keinen andern Ausweg als den Sozialismus übriglassen. Auch Engels' später unter dem Sozialistengesetz veröffentlichte berühmte Schrift Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft sah gerade in dieser Wendung eines der charakteristischsten Unterscheidungsmerkmale dem Utopismus gegenüber. Der Ausblick auf eine vorauserkannte, die Menschheit unerbittlich vor jene Alternative stellende Gesetzmäßigkeit schuf in den intellektuell beweglichsten Kreisen der Partei eine Grundstimmung triumphierender Siegeszuversicht, die denen, die sie damals in jungen Jahren miterlebten, unvergeblich bleiben wird. Die ganze kapitalistische Welt mit ihrem Drang zu unbegrenzter Expansion schien (eine wunderbare Ironie der Weltgeschichte), ihren eigenen Akteuren unbewußt, mit fieberhaftem Eifer nur an der möglichsten Beschleunigung ihres eigenen Untergangs zu arbeiten.

Gleichzeitig aber (das lag im Wesen einer solchen Auffassung mitbegründet) stellte sich dann der künftige Sozialismus als ein Geheimnisvolles dar, dessen Wesen sich im Kern mit irgendwelchen aus der Erfahrung der kapitalistischen Volkswirtschaft geschöpften Analogieen gar nicht erfassen ließ. Die Vorstellung einer stufenweise sich allmählich vollziehenden Umwandlung, wie sie der realistischen Grundrichtung von Marx' ökonomischer Geschichtsauffassung entspricht, trat hinter das Bild einer in rapidem Umschlag erstehenden Neuschöpfung, in der die Menschheit den Sprung aus dem Reich der Gebundenheit ins Reich der Freiheit mache, zurück. Wenn der Totenwurm im Grundgefüge der alten Gesellschaft sitzt, so konnte nur ein Bau auf völlig neuen Fundamenten helfen. War die kapitalistische Warenproduktion für den Markt verurteilt in der tödlichen Einschnürung durch immer schlimmere Handelskrisen zu ersticken, so mußte, schien es, auch die neue, die sozialistische Produktion, um einem gleichen Schicksal zu entgehen, baldmöglichst sich vom Markt und dessen Konjunkturen unabhängig stellen. Eine allmählich fortschreitende Verstaatlichung von Betrieben schien im Prinzip ungenügend. Denn nicht nur blieben damit die privatkapitalistische Produktionsweise für die erdrückende Majorität der noch nicht verstaatlichten Betriebe und die daraus der Gesellschaft erwachsenen

Gefahren einstweilen bestehen, sondern, ohne weiterreichende und vielumfassendere Eingriffe, auch der Zwang für die verstaatlichten Betriebe weiter in geldwirtschaftlicher Weise Waren für den Verkauf zu produzieren. Gibt es aber für die kapitalistisch entwickelte, ihre Technik unaufhörlich verbessernde Markt- und Warenproduktion keine Möglichkeit der ständig wachsenden Gefahr der Handelskrisen Herr zu werden, so ist nicht abzusehen, wie das den verstaatlichten Betrieben unter sozialistischem Regime auf die Dauer gelingen soll. Und es entsteht der Schein, daß eine sozialistische Neuordnung, die die Gesellschaft aus solcher Gefahr retten soll, notwendigerweise zugleich einen endgültigen Bruch mit der geldwirtschaftlichen Warenproduktion selbst verlangt; was schließlich darauf hinauskäme, daß der Sozialismus in irgendwelcher unendlich künstlichen Organisationsweise die Formen einer unmittelbar für den Bedarf produzierenden und an den Bedarf austeilenden Naturalwirtschaft auf die Riesenmaße moderner Volkswirtschaft zu übertragen haben würde.

Eine Vorstellung, die, durch ihren frappanten Gegensatz zur gegenwärtigen Ordnung bestechend, im Maß, als man sich in das Problem versenkt, immer unvorstellbarer, unausdenkbarer wird. Wie soll, um nur ein einziges Moment herauszugreifen, nach einer eventuellen Beseitigung der Geldrechnung und damit der Güterpreise (sowohl der Preise der für den privaten Konsum als der zur weiteren Verarbeitung in den vergesellschafteten Betrieben erzeugten Güter) die Erhaltung der richtigen Bilanz zwischen der Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit unter die verschiedenen Branchen und dem jeweiligen Gesamtbedarf der Gesellschaft nach den verschiedenen Güterarten zu kontrollieren und zu erkennen sein, wenn sich ein relatives Zuviel der Produktion nicht mehr in wehenden, ein relatives Zuwenig nicht mehr in steigenden Preisen der betreffenden Produktart ausdrücken kann? Etwas Unfaßliches mischt sich einer Vorstellung des Sozialismus, die ihn an solche Bedingungen gebunden denkt, bei. Daß eine solche Auffassung, die den Sozialismus nicht nur in einen Gegensatz zur privatkapitalistischen Warenproduktion sondern in einen Gegensatz zu jeder Art geldwirtschaftlicher Warenproduktion bringt und ihn auf diese Weise zu einer Art Mysterium macht, auch Engels naheliegt, zeigt in dem schon zitierten Schriftchen seine Polemik gegen den Sozialismus Eugen Dührings, der an einer geldwirtschaftlichen Ordnung festhalten will.

Die Umwandlungen, die während der letzten Jahrzehnte der Auffassung ein verändertes Gepräge gaben, lassen sich, von jener Theorie der Handelskrisen ausgehend, in ihren Grundzügen am einfachsten überblicken. Marx selber scheinen später Zweifel an seiner damaligen Ausdeutung der Krisen gekommen zu sein. Sonst wäre es unverständlich, daß er sein Kapital, die systematische Untersuchung des Wesens und der allgemeinen Bewegungstendenzen der modernen Volkswirtschaft, nicht auf den Nachweis eines solchen in der Natur kapitalistischer Warenproduktion liegenden und deren schließlichen notwendigen Zusammenbruch verbürgenden Selbstwiderspruchs zugespitzt hat. In der Tat wird sich ein solcher Nachweis, daß in dem Maß, wie der Kapitalismus die produktiven Kräfte ausweitet, ja noch um vieles schneller die Krisen wachsen müssen, aus keiner noch so subtilen Zergliederung der inneren Zusammenhänge des kapitalistischen Systems deduzieren lassen. Vor allem aber (und diese Zeugenschaft wirkte naturgemäß um vieles

eindringlicher) sprach die seitherige Erfahrung gegen jene Ansicht. Die Entwicklung des Hochkapitalismus und seiner Technik in den letzten Jahrzehnten war begleitet von einem Ausbau kapitalistischer Organisationen, der in den Trusts, in den Kartellen und anderswie Schutzwehren, und zum Teil erfolgreiche, gegen das blinde Walten der freien Konkurrenz errichtete. Tendenzen, denen auf dem gesellschaftlichen Gegenpol, im Proletariat, starke Fortschritte an gewerkschaftlicher und politischer Macht und eine, durch die sozialpolitische Gesetzgebung mit geförderte Erhöhung der allgemeinen Lebenslage gegenüberstanden. Von einer Zunahme der Krisen aber, die irgendwie auch nur im entferntesten mit dem Fortgang der Technik Schritt gehalten hätte, war nichts zu spüren. Statt des nahenden Bankrotts der bürgerlichen Wirtschaft schien vielmehr ihr ungestörtes Fortgedeihen die günstigsten Bedingungen zur Durchsetzung von proletarischen Forderungen zu geben, die dann schrittweise weiterdrängen mußten.

Auf solchem Weg schien, wenn nur Kraft und sozialistisches Solidaritätsbewußtsein der Arbeiter nicht erlahmte, ein ständiger Aufstieg der Klasse und eine Umbildung der Ökonomie in ihrem Interesse möglich, ja gesichert. Während jene Perspektive auf einen ökonomischen Zusammenbruch das Rätsel völlig ungelöst läßt, wie das Proletariat, auch wenn es die Diktatur politischer Macht erobert hat, imstande sein soll das auseinanderklaffende Gefüge plötzlich wieder heil zu machen. Damit fällt weiter auch die Vorstellung von einem scharf geschiedenen Hüben und Drüben, einer markanten Grenzlinie, die den Kapitalismus von dem Sozialismus, jedem Auge sichtbar, scheidet, im Prinzip dahin. Wie die bisherige ökonomische Entwicklung nicht durchgängig und restlos geschiedene Wirtschaftstypen unvermittelt aneinanderreihet, wie beispielsweise heute nach jahrhundertelangem Wirken des Kapitalismus noch eine Menge Handwerk sich erhalten hat, ja in der Agrikultur Tendenzen zur Ausbreitung des bäuerlichen Kleinbetriebs zu konstatieren sind, so scheint es selbstverständlich, daß ein so ungeheuer ausgedehnter und vielgestaltiger Organismus wie die Volkswirtschaft einer der großen modernen Nationen bei noch so radikaler sozialistischer Regierung unmöglich plötzlich einer einheitlich gleichmäßigen Formbestimmtheit unterworfen werden kann. Nicht nur ein Sprung, durch den die ganze Produktion aus einer Erzeugung von Waren für den Verkauf zu einer ohne Geldvermittlung unmittelbar für den gesellschaftlichen Produktiv- und den privaten Konsumbedarf arbeitenden Produktion würde, auch eine im Lauf weniger Jahre oder Jahrzehnte sich vollziehende durchgängige Verwandlung der Betriebe in auf Staats- oder sonstige öffentliche Rechnung für den Verkauf produzierende Unternehmungen stellt sich unter Gesichtspunkten der Ökonomie als völlig undurchführbar dar.

Ja, mit irgendwelcher Sicherheit läßt sich selbst für noch so lange Zeiträume die Notwendigkeit einer das Schema der Gesamtproduktion durchgängig vereinheitlichenden Tendenz in der sozialistischen Zukunftsgesellschaft nicht deduzieren. Wo läge beispielsweise für den Fall, daß sich die landwirtschaftliche Arbeit selbstwirtschaftender bäuerlicher Familien auch in Zukunft dauernd als ungefähr in gleichem Maß produktiv wie die landwirtschaftlichen Großbetriebe erwiese, ein wesentliches Interesse vor die bäuerliche, in genossenschaftlichem Zusammenschluß sich ergänzende Eigenarbeit durch Kooperation im landwirtschaftlichen Großbetrieb zu ersetzen?

Die Verstaatlichung von Grund und Boden, durch die die Gesellschaft Nutznießerin der von den Bauern an sie zu bezahlenden Pachtsummen würde, böte genügend Garantien, um irgendwelche in dieser bäuerlichen Privatwirtschaft sich etwa entwickelnde Ausbeutungsverhältnisse wirksam zu bekämpfen. Seit dem Beginn der revisionistischen Bewegung im deutschen Sozialismus ist auf die Konsequenzen, die sich aus dem Unterschied agrarischer und industrieller Gütererzeugung für die agrarische und industrielle Betriebsorganisation auch in einer sozialistischen Gesellschaft ergeben könnten, wiederholt und mit Nachdruck hingewiesen worden. Und wer bürgt dafür, daß sich nicht auch in einer großen Reihe anderer Zweige der Volkswirtschaft ähnliche Differenzen geltend machen können? Nur um des Gemeinwohls willen, nicht irgendeiner Einheitsschablone zuliebe wird eine rationelle sozialistische Gesellschaftsleitung in das Gefüge der gewordenen Verhältnisse eingreifen; wie auch bei Verstaatlichungen, die in geregelten Verhältnissen ja ohne Entschädigung nicht vorgenommen werden können, nicht das Prinzip als solches sondern die Frage nach der voraussichtlichen Wirtschaftlichkeit das entscheidende Gewicht haben muß.

Gewiß, der sozialistische Gedanke auf dem Hintergrund einer mit Notwendigkeit dem allgemeinen ökonomischen Zusammenbruch entgegeneilenden kapitalistischen Volkswirtschaft wie die Idee einer ohne Vermittlung durch die Geldform von den Zentralinstanzen der Gesellschaft unmittelbar geregelten Produktion und Verteilung haben einen mächtigen Zauber ausgeübt. Ein Abschiednehmen von diesen glanzvoll-großzügigen Konzeptionen fällt nicht leicht. Aber daß sich eine Abkehr von ihnen in solchem Umfang vollzogen hat und weiter vollzieht, wie die Erfahrung zeigt, braucht keineswegs auf ein Nachlassen der geistigen Schwungkraft und der Willensenergieen hinzudeuten; was die Erreichung des an sich Erreichbaren in unbestimmte Fernen rücken müßte. Im Gegenteil, jene Abkehr kann auch ein Zeichen sein (und vieles spricht dafür), daß eine neue Epoche im Anmarsch begriffen ist, eine Epoche, in der sich der sozialistische Gedanke, wenn auch nicht so wie die beschwingte Vision ihn sah, im Reich der harten Wirklichkeiten Raum verschaffen will und nun natürlich bei der Nähe, die er so erhält, die Dimensionen seiner Überlebensgröße abstreifen, sich dem Rahmen der gegebenen Möglichkeiten immer enger anpassen muß. Ein gesetzgebendes Parlament der deutschen Republik, dessen Majorität sich aus Sozialisten zusammensetzt, ist heute kein aussichtsloser Traum. Freilich, die furchtbare, vom Weltkrieg heraufbeschworene Tragik droht ihm die materielle Basis, auf der es im sozialistischen Sinn etwas schaffen könnte, unter den Füßen wegzuziehen. Zuerst wird daher alle Arbeit dem Kampf um bloße Selbsterhaltung unseres Wirtschaftens zu gelten haben.

MAX SCHIPPEL · DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- LAGE UND DIE ARBEITERINTERESSEN



WIE oft hat man bedauert, daß das deutsche Volk ein so geringes Empfinden für die erschreckend rasch fortschreitende Verschlechterung seiner außenpolitischen Lage bekunde. Eher noch stumpfsinniger und gleichgültiger sieht es aber der Zerrüttung seines dereinst vielbewunderten Wirtschaftslebens zu. Was ein 4½-jähriger Krieg verschlungen hat, das müßte eine in jeder Beziehung nach

Möglichkeit gesteigerte Leistungsfähigkeit in ernstestem Ringen wieder zu ersetzen versuchen. Statt dessen verwirren sich alle noch in leidlicher Ordnung aufrechterhaltenen Zusammenhänge mehr und mehr. Alle Quellen der Erneuerung verkümmern und stocken, statt sich zu verjüngen und zu verstärken. Das Gesamtbild wird so von Tag zu Tag trostloser.

Die deutsche Landwirtschaft mußte unter dem rapid anschwellenden Mangel an sachkundigen Arbeitskräften, an Futtermitteln für das Vieh, an Düngemitteln für den Wiederersatz der verbrauchten Bodenkräfte bereits von Kriegsjahr zu Kriegsjahr immer schwerer leiden. Die Zahl der Rinder hat sich denn auch, bei enormer Verschlechterung der Quantität und Qualität des Fleisches, der Milch pro Einheit, um 2½ Millionen Stück vermindert, die der Schweine von 25,7 auf 10,9 Millionen. Zu ihrer Wiederaufrichtung fehlen jedoch der Landwirtschaft nicht nur die zahllosen Menschen, die, jetzt gefallen oder verstümmelt, ihr vorher zuzurechnen waren, sondern darüber hinaus noch, von den plötzlich wieder entlassenen Kriegsgefangenen ganz abgesehen, die reichlich eine halbe Million Ausländer, an deren Rückkehr vorläufig nicht zu denken ist. Aber selbst bei gleichem Arbeitsaufwand gewährt der Boden auf lange Zeit nicht entfernt den alten Ertrag: Der Düngungszustand der Felder wurde durch den Mangel an Stall- und an Kunstdünger enorm geschwächt; selbst die Unkrautvertilgung und andere laufende Arbeiten zur Bodeninstandhaltung unterblieben. Die Vertröstung auf die (während des Krieges glücklich erreichte, aber für nichtlandwirtschaftliche Zwecke beanspruchte) künstliche Stickstoffherzeugung ist vorläufig ganz illusorisch, weil wegen des Kohlenmangels große Stickstoffwerke halb und ganz gelähmt sind; einer der namhaftesten Betriebe ist im Westen von der Entente besetzt; endlich erschwert die Verkehrsnot die Heranbringung des Erzeugnisses an die bedürftigen Wirtschaften. Wie soll Deutschland aus den Ernährungsschwierigkeiten herauskommen, wenn es hier, anstatt alle Kräfte lückenlos und planmäßig geordnet verwenden zu können, auch noch einer ländlichen Desorganisation verfällt, wenn es vielleicht wichtige Produktionsüberschußgebiete wie Posen ganz und gar einbüßt?

Für die Lage aller Bevölkerungsschichten ähnlich ausschlaggebend ist ferner die Kohlenversorgung: die Grundlage jedes lebhafteren Produktionsgangs, dazu aller Erträglichkeit und hygienischen Sicherung des persönlichen Daseins. Bis jetzt scheint man im Ruhrkohlenrevier noch nicht einmal für die ausgeschiedenen Gefangenen Ersatzkräfte in ausreichender Zahl gewonnen zu haben. Die arbeitstägliche Durchschnittsförderung ist deshalb in erschreckendem Verfall, sie betrug 1918 im Juni 346 000 Tonnen, im September 326 000, im Oktober 313 000, Mitte November 250 000, Ende November 230 000, am 3. Dezember 227 000 Tonnen, gegen die Mitte des Jahres also 33⅓ %, genau ein Drittel weniger; und bis dahin spielten die Streiks noch kaum eine Rolle: am kritischen 11. November feierten nicht mehr als 60 000 Mann bei einer Gesamtbelegschaft von 400 000 Mann im Ruhrbezirk. Wenn sich mit dem feindlich besetzten linksrheinischen Gebiet kein regelmäßiger Verkehr herstellen läßt, so wird die deutsche Kohlendecke nochmals um ein Sechstel verkürzt; es kommen hier neben den lothringischen und den Saargruben das linksrheinische Braunkohlengebiet bei Köln und die großen Zechen am Niederrhein, wie Rheinpreußen, Friedrich Heinrich, in Betracht, deren Förderung mehr als 20 Millionen Tonnen jährlich aus-

machen dürfte. Vor allem Süddeutschland würde hierunter schwer leiden müssen. Gegen Ende Dezember sah sich der bayrische Demobilmachungskommissar in der Tat wegen der Kohlennot bereits veranlaßt eine 10tägige Arbeitsruhe für alle gewerblichen Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern anzuordnen; ähnlich entschied sich die badische Volksregierung für die Stilllegung, vom 24. Dezember bis zum 4. Januar, der Betriebe von Metall- und chemischen Industrien von einer bestimmten Größenklasse. Am hoffnungslosesten sah es zuletzt in O b e r s c h l e s i e n aus, dessen Brennstoffgewinnung durch die nationalistischen Gärungen unter Umständen ganz für Deutschland verloren zu gehen droht. Selbst die vorübergehende Zerrüttung eines solchen Gebiets könnte man gar nicht ernst genug einschätzen, denn in den letzten normalen Jahren vor dem Krieg produzierte das oberschlesische Industrieviertel allein doppelt so viel Kohle wie das ganze russische Reich, 1913 rund 42 Millionen Tonnen, also knapp ein Viertel der deutschen Gesamtproduktion.

Die R o h e i s e n e r z e u g u n g betrug im letzten Friedensjahr 1913 19,8 Millionen Tonnen, während des Krieges sank sie (1915) auf 11 Millionen Tonnen, das sind nur 57 % der alten Erzeugung; während der 10 Monate Januar bis Oktober (weiter liegt die Statistik für 1918 nicht vor) produzierte Deutschland 1913 16,09 Millionen Tonnen, 1915 nur 9,74 und 1918 nur 10,71 Millionen Tonnen. Stockende Zufuhr von Brennstoff, Erzen, Kalksteinen erschwert hier jede Rückkehr zu einem normalen Friedenszustand. Die Besetzung des ganzen linken Rheinufer entzog mit einem Schlag 144 von im ganzen 469 Hochöfen unserer selbständigen Beherrschung. Durch die endgültige Lostrennung Elsaß-Lothringens wird die Rohstoffbasis unseres grundlegenden Eisengewerbes um etwa drei Viertel ihrer bisherigen Ausdehnung verkleinert; dieses ist dann fast vollständig auf das Ausland mit seinem Erzbezug angewiesen. Statt der bisher geförderten 35 Millionen Tonnen Eisenerze würden wir in Zukunft also nur noch 7 bis 8 Millionen Tonnen einheimischer Erze fördern können. Zunächst verfügen die Werke noch über einige Vorräte, die über die nächste Zeit hinweghelfen werden. Aber auch die Zufuhr schwedischer Erze ist seit dem Ententevordringen in der Ostsee in Frage gestellt.

Die V e r k e h r s m i t t e l waren bis zuletzt schonungslos überanstrengt und abgenutzt. Ein großer Teil ist sicherlich dauernd zu altem Eisen entwertet und zum Ausschleiden bestimmt. Sofort nach Abschluß des Waffenstillstands ging die Verwaltung mit gesteigerter Kraft an die Ausbesserung des verbliebenen Fahrzeugbestandes; in den Reparaturwerkstätten der Eisenbahnen wurden doppelte und dreifache Arbeitsschichten eingerichtet; gleichzeitig zog man in erhöhtem Maß Privatunternehmungen für die Instandsetzung der Lokomotiven heran. Vorläufig jedoch war dies Danaidenarbeit, wegen der beim Waffenstillstand ausbedungenen Ablieferungen an die Entente. Deren Forderungen gingen dahin, daß vom 17. Dezember ab während der ersten 10 Tage mindestens 1100 Lokomotiven, während weiterer 10 Tage mindestens 1800 Lokomotiven und während der dritten Periode von 10 Tagen nochmals 1800 Lokomotiven den Überwachungskommissionen vorzuführen sind. Aus diesen Lokomotiven, die zum weit überwiegenden Teil von großer und größter Leistungsfähigkeit verlangt werden, sollen bei der Prüfung 4400 Lokomotiven ausgewählt werden. Dabei ist angenommen,

daß die Zahl der in Belgien zurückgelassenen, noch zur Abnahme kommenden und der vor dem 17. Dezember bereits abgenommenen Lokomotiven 600 beträgt, so daß damit die Gesamtsumme von 5000 Lokomotiven erreicht wird. An Personen- und Güterwagen sollten in den ersten Tagen täglich 2400, an den weiteren 20 Tagen täglich 3500 zur Übergabe vorgeführt werden. Außerdem sollen im ganzen noch 19 000 Wagen den elsäß-lothringischen Bahnen übergeben werden. Selbst wenn man die großen Truppentransporte als vollkommen abgeschlossen betrachtet, und obgleich die Entente, wie Clemenceau gleich nach dem Abschluß des Waffenstillstands ankündigte, einen wesentlichen Teil der entzogenen Transportmittel für die Lebensmittelzufuhr nach Deutschland, also für sonst durch Deutschland selber zu erfüllende Zwecke verwenden will, so bleibt für unsere notwendigen ersten Friedensleistungen ein verstümmelter Bewegungsapparat, von dem ein außerordentlich großer Teil zunächst aus dem ganzen Land zusammengezogen und den Reparaturwerkstätten zugewiesen werden muß. Die Verkehrsstockung droht so während einer gewissen Übergangszeit eher noch schlimmer zu werden als in den schlimmsten Perioden des Krieges. Das gleiche gilt von den mehr lokalen Verkehrsmitteln, den Hoch- und Untergrundbahnen, den Straßenbahnen, deren maßlose Abnutzung und Entwertung jedermann aus eigener Anschauung hinreichend kennt.

Unsere Handelsflotte umfaßte vor dem Krieg 5 Millionen Bruttoregistertonnen, das heißt überschläglich umgerechnet 7 Millionen Tonnen Tragfähigkeit. Bis Ende 1917 war davon bereits ungefähr die Hälfte verloren gegangen: der Schiffsbesitz war bis auf 2,6 Millionen Tonnen reduziert, das sind 3,7 Millionen Tonnen Tragfähigkeit. Unterdes sind in den neutralen Ländern weitere Wegnahmen erfolgt, und was von dem letzten Drittel in unserer Hand bleibt, entscheidet erst der Friedensschluß.

Dem weitaus größten Teil unserer Industriebaulichkeiten und Wohnungen hat gleichfalls während der ganzen Kriegszeit selbst jede bloße Reparatur und Instandhaltung gefehlt. Trotz aller Dezimierung der Bevölkerung nahm deshalb die Wohnungsnot in jüngster Zeit schon einen beängstigenden Umfang an, und das Baugewerbe, das bereits in den letzten Friedensjahren wegen des hohen Leihkapitalzinsfußes in seinen Leistungen stockte und versagte, müßte notwendigerweise augenblicklich und demnächst zu ganz außerordentlichen Leistungen berufen sein. Es steht aber seinerseits vor den schwersten sachlichen Hemmnissen: Ziegel, Kalk, Zement, Holz fehlen vorläufig ganz und sind bei den schwer erschütterten Verkehrsverhältnissen schwerer denn je heranzuschaffen.

So ließe sich ein Erzeugungsgebiet nach dem andern vorführen, und überall würden wir namenlose Zerrüttung und Lähmung gewahren, wo nur eine bis auf das äußerste angespannte Regsamkeit und Tätigkeit die schlimmsten Wunden der Vergangenheit leidlich heilen könnte.



AN versucht vielleicht sich und andere mit dem Hinweis zu beruhigen: was uns an Lebensmitteln, Rohstoffen und Erzeugnissen aller Art vorerst noch fehlen möge, könne uns die wiedereröffnete Einfuhr liefern. Diese sei zwar ein an sich wenig willkommener Notbehelf, weil sie, neben unserer riesenhaften Inlandschuld, unsere Verschuldung an das Ausland erhöhe. Immer-

hin sei auf diesem Weg das schlimmste für die nächste Gegenwart zu umgehen.

Die ganze Rechnung setzt jedoch eine Lieferfähigkeit des Auslands voraus, die auf vielen Gebieten zweifellos nicht vorhanden sein wird, selbst wenn die früher überwiegenden und früher fast unbestrittenen Urteile über die allgemeine Erschöpfung der mit uns kriegführenden und der gegen uns neutralen Länder viel zu pessimistisch ausgefallen sein sollten. Wo jedoch im Ausland eigener Mangel zu befürchten ist, wird man die Ausfuhr vorläufig weiter verbieten und beschneiden, auch bei Annahme der Wilsonschen internationalen Verkehrsfreiheit für normale Zeiten. Für die Einfuhrgestaltung während der außerordentlichen Übergangszeit kommen ferner die internationale und nationale Schiffsraumknappheit und die daran wahrscheinlich sich anschließende fortbestehende Schiffsfahrtsrationierung, dazu unsere eigene Armut an Seeschiffen wie an Binnentransportmitteln ganz wesentlich in Betracht.

Der Hauptstein des Anstoßes, an dem die erwähnten Einfuhrhoffnungen vor allem scheitern müßten, liegt aber in folgendem: Wir erhalten Auslandslieferungen nur gegen den Austausch von deutschen Waren oder gegen Kredit. Sollen wir Zug um Zug Waren als Gegenleistung liefern, so bleibt die alte Produktionsschwierigkeit so gut wie unvermindert, nur daß wir unter Umständen weniger Lebensmittel und Rohstoffe selber zu produzieren brauchen und mehr Fertigfabrikate liefern könnten, um Lebensmittel und Rohstoffe dafür von außen heranzuziehen. Das heißt das beängstigende Produktionsproblem nicht los werden sondern nur es von einem Gebiet dem andern zuschieben. Wir führten in den letzten Friedensjahren 1912 und 1913 ein (ohne die bloßen Durchfuhren und ohne Gold und Silber) für 11 572,4 und 11 654,8 Millionen Mark, davon für 4 999,6 und 5 261,8 Millionen Mark Rohstoffe, für 3 332,3 und 3 063,6 Millionen Mark Nahrungs- und Genußmittel (neben 256,0 und 289,7 Millionen Mark für lebende Tiere). Wir führten als Gegenleistung aus für 9 684,2 und 10 891 Millionen Mark, davon für 5 967,5 und 6 642,6 Millionen Mark fertige Waren, von denen wir nur für 1717,1 und 1793,4 Millionen Mark vom Ausland erhielten. Einen Bruchteil unserer Einfuhr vermochten wir früher stets statt mit deutschen Waren mit unseren Guthaben an das Ausland (für Zinsen und Dividenden für deutsche Kapitalsanlagen im Ausland, aus Ansprüchen für deutsche Transport- und Versicherungsleistungen übersee und überland und ähnlichem) zu bezahlen, was heute natürlich viel weniger zutrifft. Die ins Auge gefaßte Einfuhr enthebt uns also insoweit in keiner Weise der Produktion, deren Grundlagen wir überall gefährdet sahen.

Privaten und öffentlichen Kredit aber werden wir gleichfalls nicht im geringsten erhalten, wenn unsere Produktion daniederliegt und noch mehr aus den Fugen zu gehen droht (Kredit auf die Zukunft erhält nur der Aufstrebende, nicht der Versinkende), und wenn unser Staatswesen nicht aus den älteren und gegenwärtigen Verfassungsformen ohne Zusammenbruch und Treubruch in die künftigen, höheren Formen hineinzuwachsen verspricht. Eine Spartacusregierung könnte wohl die alten deutschen Schulden, die mit der Zeit zu gar nicht geringem Teil vom Ausland übernommen sind, für nichtig erklären, aber selbstverständlich immer mit der Wirkung, daß auf absehbare Zeit vom Ausland kein langfristiger Kredit mehr zu erhalten

wäre. Und bei dem heutigen Stand unserer Valuta, der uns dem Ausland gegenüber statt 1 Mark mehr als 2 auszulegen zwingt, erblicken selbst die Radikalsten das Rettungsmittel vor Rohstoff- und Lebensmittelhunger nur in einer umfassenden Auslandsanleihe, auf die wir jetzt bereits unsere Zahlungen an das Ausland anweisen könnten, während wir zur Rückerstattung dieses Zahlungsfonds selber erst nach längeren Jahren und in hoffentlich währungsgünstigerer Zeit verpflichtet sein würden.

Produzieren und zu einer rechtlich zweifelsfrei anerkannten Staatsform und Regierung gelangen: wenn wir dem Chaos und dem Hunger entrinnen wollen, so bleibt uns auch nach diesen Beziehungen, wegen der notwendigen Einfuhr, abermals kein anderer Ausweg.

WENN es nun vollends zur Wahrheit werden sollte, daß man unserm geschwächten und erschöpften Wirtschaftsorganismus im Friedensvertrag eine bisher in der ganzen Völkergeschichte unerhört große Abgabenlast auferlegt? Diese hätte unserer eigenen Verfügungsfreiheit über deutsches Vermögen und Einkommen jederzeit rechtlich voranzustehen; erst was an zweiter Stelle noch übrigbliebe, würde für die nächste Zukunft in Wahrheit der eigene Ertrag unseres wirtschaftlichen Müehens sein.

Vielleicht ist es eine maßlose Übertreibung und Einschüchterung, wenn man von einer Kriegsschädigung von 280 Milliarden Francs, das heißt, nach dem heutigen Markkurs, von 450 Milliarden Mark spricht. Das wäre bei 5 % Verzinsung, wie bei allen unseren Kriegsanleihen, eine Jahreszinslast von 22½ Milliarden Mark, während wir noch 1911 bis 1914 170 bis 180 Millionen (nicht Milliarden) im Etat für die Verzinsung der gesamten Reichsschuld ausgeworfen hatten. Und unser ganzes deutsches Volksvermögen schätzte man bei Kriegsbeginn auf 300 Milliarden Mark, unser Gesamteinkommen auf 40, allenfalls 50 Milliarden. Aber davon ganz abgesehen: Die Verzinsung unserer eigenen riesenhaften Kriegsschuld (bisher gezeichnete Kriegsanleihen 97½ Milliarden Mark), die Heilung unserer eigenen Wunden, die Versorgung unserer Kriegsoffer, die Wiedergewinnung und Wiederherstellung erträglicher Verhältnisse in Reich, Staat und Gemeinde wird uns zu bisher ungekannten Mehrleistungen zwingen, hinter denen erst der altgewohnte persönliche Genuß und Aufwand seine Befriedigung finden kann.

So kann man nur wiederholen, was die junge sozialistische Regierung unter Zustimmung ihrer unabhängigen Mitglieder (Haase, Dittmann, Barth) am 15. Dezember 1918 der ganzen Arbeiterklasse zurief: »Die Errungenschaften der sozialistischen Revolution sind in Gefahr. Die drohende Katastrophe zeichnet sich täglich deutlicher ab. Vergeßt nicht, wie wir stehen! Der Krieg hat uns arm gemacht, die Niederlage noch ärmer. Unser Boden ist vernachlässigt und ausgesogen, unser Vieh abgeschlachtet, unsere Verkehrsmittel sind heruntergekommen, die Produktionsanlagen für die Herstellung von Friedensgütern abgenutzt, teilweise ruiniert, die wichtigsten Rohstoffe mangeln. . . Arbeiter, in eurer, nur in eurer Hand liegt es das Verhängnis abzuwenden. Ihr müßt unsere zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufrichten. . . Ihr müßt arbeiten. Der Sozialismus verlangt Arbeit, kann nur bestehen auf Grundlage der Arbeit. Wer feiern muß, soll Unterstützung

bekommen; aber wer feiert, obwohl er arbeiten könnte, macht sich und die anderen ärmer, versündigt sich an seinem Volke und dessen sozialistischer Zukunft, hilft den Zusammenbruch bereiten, der schließlich auch ihn selbst verschlingt.«

HUGO HEINEMANN - DAS NEUE RECHT UND UNSERE ZUKUNFT

WELCHE äußere Struktur auch die deutsche Nationalversammlung dem künftigen Deutschen Reich geben wird, das eine wissen wir genau: Keine politische Partei, selbst die konservative nicht, kann es mehr wagen den Faden der Gesetzgebung da anzuknüpfen, wo er im Sommer 1914 gerissen war. Für die Sozialdemokratie als politische Partei ist es von Bedeutung möglichst viele ihrer Anhänger in die Konstituante zu senden. Für den Sozialismus als solchen ist das nicht ausschlaggebend. Ihn muß das Recht verwirklichen, welche Parteien auch immer die Mehrheit der Volksvertretung bilden. Hierfür hat der Krieg vorgearbeitet, und sein Ende, die Revolution, hat das Siegel darunter gesetzt.

Schon während des Krieges verwischte sich mehr und mehr der Unterschied zwischen privaten und öffentlichen Normen. Die künstliche Grenzlinie fiel. Der Staat sah sich gezwungen die sozialen Funktionen der Rechtsinstitute in den Vordergrund zu rücken und überall hemmend und zügelnd, regulierend und ordnend in die private Freiheit einzugreifen. Damit verlor jegliches Rechtsgebiet den Charakter eines reinen Privatrechts und wurde zu einer sozial- oder öffentlichrechtlichen Vorschrift. Gab es früher einen privaten Akt als den Willensentschluß des einzelnen zu verbrauchen, was ihm gefiel, und sich diesen Genuß kosten zu lassen, was ihm beliebte? Der Verbrauch war ein wirtschaftlicher Vorgang, kein rechtlicher. Vom Ausbruch des Krieges an regelten diese Frage zahlreiche Gesetze und Verordnungen, die durchweg von dem starken Schutz der Strafe umgeben wurden.

Die Sozialisierung des Rechts ist einer der wichtigsten Programmpunkte, mit denen die sozialdemokratische Partei vor die künftigen gesetzgebenden Faktoren zu treten hat. Sie muß diese Sozialisierung einmal da fordern, wo es gilt das Schlechte abzuwehren, das heißt für das Gebiet des formellen und materiellen Strafrechts; ferner aber da, wo es gilt das Gute hervorzubringen, das heißt für das Gebiet des Arbeitsrechts.

FÜR das formelle Strafrecht verlangen wir, daß das unveräußerliche Recht des Staates: seinen Willen gegenüber dem Rechtsbruch mit aller Entschiedenheit durchzusetzen, nicht mit der geringsten Einschränkung der Verteidigungsfreiheit des einzelnen erkaufte wird. Dazu gehört in erster Linie, daß jedes mögliche Beweismittel, das zugunsten des Angeklagten etwas ergeben kann, auch voll ausgenutzt wird; mit anderen Worten, daß jeder vom Angeklagten herbeigeschaffte Beweis, mag es sich um Zeugen oder Sachverständige oder Urkunden handeln, erhoben wird. In der Zeit vor dem Krieg war dies einer der heiß umstrittenen Punkte in der Strafprozeßordnungsreform. Die Richter erblickten zumeist in dem Zwang zur Erhebung aller Beweise,

also auch solcher, die das Gericht einstimmig für unerheblich hielt, eine *capitis diminutio*, ein von Staats wegen ihnen bescheinigtes Mißtrauen gegen ihre Unparteilichkeit oder ihren guten Willen oder ihre Einsicht. Sehr zu Unrecht. Wir sollten uns doch endlich daran gewöhnen bei der Entscheidung sachlicher Streitfragen alles Persönliche auszuschalten. Kein Mensch kann vorher sagen, was eine noch nicht abgegebene Zeugen- oder Sachverständigenaussage bringen wird. Jeder Praktiker weiß, daß in letzter Stunde, nachdem er sich längst eine feste Überzeugung gebildet hatte, häufig irgendeine Überraschung eingetreten ist, die seine Ansicht grundstürzend umgebildet hat. Und nur, weil dies der Fall ist, weil uns bei dem Gedanken der entferntesten Möglichkeit einer Verdachtsstrafe schaudert, erklären wir Sozialdemokraten, daß jedes Strafverfahren, mag es auch sonst das Paradies höchster Verteidigungsfreiheit für den Angeklagten sein, für uns unannehmbar ist, wenn es den Angeklagten dem väterlichen Wohlwollen des Gerichts überantwortet. Wir verlangen ein Recht für den auf der Armensünderbank Sitzenden; und dieses Recht besteht in dem Zwang zur Erhebung aller herbeigeschafften Beweise, mag es sich um die leichteste oder schwerste Straftat, um die 1. oder 2. Instanz handeln. Einführung der Berufung gegen Strafkammerurteile, Abschaffung des inquisitorischen Vorverfahrens, Erweiterung der Rechte der Verteidigung und vollkommene Gleichstellung dieser mit der Staatsanwaltschaft, insbesondere bei der Akteneinsicht, der Anwesenheit bei den der Hauptverhandlung vorangehenden Terminen, dem Verkehr mit dem verhafteten Angeschuldigten, scharfe Absage gegen jede Überhastung und Abschlichtung von Strafsachen in einem sogenannten summarischen Verfahren, größtmögliche Kontrollierung der Hauptverhandlung in genau fixierten Protokollen, damit dem Revisionsgericht die Nachprüfung des wirklich Vorgekommenen in vollem Umfang ermöglicht wird, werden zur Erhöhung der Rechtssicherheit beitragen. Der Schutz der individuellen Freiheit erfordert ferner die vollständige Umgestaltung der Untersuchungshaft. Das häßliche, aus dem mittelalterlichen Inquisitionsprozeß stammende Institut der Kollusionshaft muß ganz beseitigt werden, da es das unantastbare Menschenrecht des Angeklagten auf Sammlung aller ihm erheblich erscheinenden Entlastungsbeweise erschwert, ohne daß diese Einschränkung, wie der kultivierte englische Strafprozeß beweist, der Realisierung des staatlichen Strafanspruchs irgendwelchen Nutzen bringt. Bei der Verhaftung des Angeklagten wegen Fluchtverdachts muß viel mehr Wert auf den Gedanken gelegt werden, daß es für einen gesitteten Staat, auch in dessen eigenem Interesse, nichts Heiligeres gibt als die Freiheit des lediglich Verdächtigten, der aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen ebensowohl unschuldig als schuldig sein kann. Die schematische Verhängung der Untersuchungshaft auf Grundlage der einseitig aufgenommenen Akten im inquisitorischen Vorverfahren, ihre bei uns übliche lange Dauer haben zu einer entsetzlichen Begriffsverwirrung geführt. Von der Untersuchungshaft und ihrer Fortdauer bis zur Hauptverhandlung wird bei uns ein viel zu häufiger Gebrauch gemacht. Die Untersuchungshaft sollte nur als Ausnahme verhängt werden, wenn der Richter sich in einer mündlichen kontradiktorischen Hauptverhandlung, unter Vernehmung aller vom Beschuldigten gestellten Zeugen und Erhebung sonstiger Beweise, von dem Vorliegen der Voraussetzungen dieser vom psychologischen Standpunkt aus denkbar härtesten Maßregel überzeugt hat.

Die Beteiligung des Volkes, die wir aus den vielerörterten Gründen überall im staatlichen Leben, in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung fordern, wird notwendig zu einer ganz erheblichen Erweiterung der Laienrechtsprechung führen müssen. Abgesehen von den lediglich mit Rechtsfragen befaßten Revisionsgerichten wird die Stimme der Volksrichter bei jedem Gericht den Ausschlag zu geben haben.

Beim materiellen Strafrecht muß im Gebiet des sogenannten allgemeinen Teils der Nachdruck darauf gelegt werden, daß der Kampf gegen die Entgleisten in erster Linie auf sozialpolitischem Gebiet zu führen ist. Erziehung für die sogenannten jugendlichen Delinquenten, nicht die neue Straftatengebärende Verhängung von Strafmaßregeln, besondere nach Art von Krankenanstalten eingerichtete Institutionen für die geistig nicht voll Zurechnungsfähigen, mögliche Abschaffung der sozial geradezu eine Hochschule für Begehung neuer Verbrechen darstellenden kurzzeitigen Freiheitsstrafe durch Einführung insbesondere der bedingten Verurteilung, des Straferlasses in besonders geeigneten Fällen und der Aus- und Umgestaltung der Geldstrafe, sind Maßnahmen, die schnell in Angriff zu nehmen sind. Daß die trotz gutem Willen des Verurteilten uneinbringliche Geldstrafe in Freiheitsstrafe umgewandelt wird, ist eine Barbarei, die die sozialdemokratische Partei mit allen Mitteln bekämpfen muß, mehr noch als aus rein praktischen Gründen aus dem ideellen Gesichtspunkt, daß es nichts Häßlicheres gibt als das Geld des Reichen mit der Freiheit des Unbemittelten auf eine Stufe zu stellen. Die Inkommensurabilität dieser Größen muß mit aller Schärfe betont werden.¹⁾

Weit mehr Zweifelsfragen als der allgemeine Teil des Strafgesetzbuchs wird dessen besonderer Teil hervorrufen. Unser im wesentlichen noch auf dem alten preußischen Strafgesetzbuch beruhendes Reichsstrafgesetzbuch entspricht in vielen Punkten nicht mehr den Ergebnissen der modernen Wissenschaft. Das gilt zum Beispiel für die in das Geschlechtsleben, die Frauenfrage, die Religion, die in die freie wissenschaftliche und künstlerische Betätigung eingreifenden Probleme. Die sich mit dieser Frage beschäftigenden Bestimmungen des Strafgesetzbuchs werden unter Heranziehung der besten, sachkundigsten Vertreter der Medizin, der Geisteswissenschaften, der Kunst, der Frauenbewegung und anderer zu lösen sein. Ferner wird bei vielen Vorschriften des Strafgesetzbuchs ein großer Kehraus stattfinden müssen. Dahin gehört das große Gebiet der politischen Delikte, alle diejenigen Bestimmungen, die die freie Meinungsäußerung und die Freiheit der Presse betreffen. Hier kann uns das englische Recht zum Vorbild dienen. Von diesen Fragen, die, je schärfer die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze vor dem Krieg wurden, um so intensiver in unseren Strafgerichtssälen, sehr zum Schaden der Justiz, behandelt wurden, soll man künftighin keine Spur im Strafgesetzbuch mehr entdecken. Ist dieser Ballast, der zum guten Teil die ungünstige Meinung über die deutsche Kultur im Ausland erzeugt hat, beseitigt, dann hat man freie Bahn für die ernstliche Verfolgung wirklicher politischer Delikte, das heißt der Androhung von

¹⁾ Auf Einzelheiten gehe ich hier nicht ein. Vieles, was dabei als revolutionär erscheint, enthalten bereits, neben den mehrere Jahrzehnte umfassenden Veröffentlichungen der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung, von Liszts Strafrechtliche Aufsätze und Vorträge (Berlin 1905) und die mit dem besten Rüstzeug wahrer Wissenschaftlichkeit ausgestattete Arbeit Goldschmidts in dem Monumentalwerk Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts IV (Berlin 1908), Seite 81 ff.

Gewalt und Anwendung wirklicher Gewalt, wobei dieser Begriff im Sinn des natürlichen Gefühls auszulegen ist, nicht unter gewaltsamem Drehen und Pressen, wie dies in unserer Rechtsprechung in erschreckendem Umfang geschehen ist. (Das wirkliche Gefühl wird zwischen dem Überschwang eines von idealistischer Gesinnung zu einer Tat Fortgerissenen und den brutalen, kaltherzig unternommenen Gewaltakten einer Klasse oder Clique stets unterscheiden können.) Manche andere Vorschriften dagegen, die wir heute vergeblich suchen, werden in das Strafgesetzbuch neu aufgenommen werden müssen. Dies gilt von denjenigen rechtlichen Interessen, die das einzige Rechtsgut der überwiegenden Zahl des Volkes bilden, der menschlichen Arbeitskraft. Anstatt dem kraftvollen, rastlosen Ringen der unteren Schichten der Bevölkerung, ihrem Drängen nach oben mit Kriminalstrafen entgegenzutreten, wird man es umgekehrt fördern.

Und endlich in diesem Zusammenhang ein letztes: Die individuelle Freiheit wird in viel wirksamerer Weise als bisher geschützt werden müssen. Dieser Satz kann auf den ersten Blick Befremden erregen. Unter dem Schlagwort des Schutzes der Freiheit des Willensentschlusses des einzelnen suchte man ja gerade das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten. Dabei übersah man nur, daß, wenn der einzelne seine Freiheit zugunsten einer Koalition aufgibt und sich deren Majorität unterwirft, er dies tut, um seine Freiheit zu erhöhen, und daß die Koalition, wenn sie scheinbar seine Freiheit einengt, ihn darin unterstützt. Die einzelnen Individuen würden dem wirtschaftlichen Gegner nicht genügend Widerstand zu leisten vermögen. Deshalb vereinigen sie sich, damit ihnen eine Kraft zuwächst, die sie als einzelne niemals haben können. Schutz der Willensfreiheit des Individuums und Schutz der Kollektivgemeinschaft sind also keine Gegensätze sondern fallen zusammen. Den wirklichen Gegensatz zur individuellen Freiheit dagegen bedeutet der Bolschewismus in jeder Gestalt. Er kennt nur den sozialen Körper, die Partei; deshalb macht er sich nicht das geringste Gewissen daraus den einzelnen jeden Augenblick zu vergewaltigen. Die freiwillige Einordnung in ein Ganzes, nicht die zwangsmäßige Unterordnung, ist ein schutzbedürftiges Rechtsgut, und wer dieses mit starker Wehr umgibt, schützt damit zugleich die individuelle Freiheit.

HAT das Strafrecht die Aufgabe allen Hemmungen der sozialen Entwicklung entgegenzutreten, so ist mit diesem Negativum nicht genug getan. Ist die staatliche Ordnung wiederhergestellt, so ist damit nur die Vorbedingung für das geschaffen, was den eigentlichen positiven Inhalt ausmacht, den Aufbau des sozialen Lebens. Worin dieser im gegenwärtigen Augenblick zu bestehen hat, darüber ist kein Zweifel möglich. Die Lage Deutschlands ist nach dem verlorenen Krieg derart, daß wir vor allem für unsere nackte wirtschaftliche Existenz zu sorgen haben. Um diese uns neu zu erringen, gibt es nur ein Mittel: Arbeit und Hebung der Produktion, also die Zielpunkte jeder sozialistischen Politik. Haben wir in den 2½ Monaten, in denen wir die Herrschaft führen, uns diesem Ziel genähert, haben wir wahr gemacht, was wir stets als unsere Aufgabe bezeichnet haben: im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien Ordnung und Organisation in das Wirtschaftsleben zu bringen? Wer diese Frage bejahen wollte, würde sich dem Fluch der Lächerlichkeit aussetzen.

Unsere erste Aufgabe hätte es sein müssen dem werdenden Arbeitsrecht, insbesondere dem Tarifrecht, jetzt, wo wir die Macht haben, praktisch zum Sieg zu verhelfen. Wie konnten wir sonst so tapfer schmälen, wenn es galt dem Tarifbruch, der bei einer Reihe von Unternehmern epidemisch geworden war, entgegenzutreten. Und in den letzten Wochen, haben wir uns da überhaupt nur noch von fern erinnert, daß es so etwas wie Vertragstreue in der Welt gibt oder gar geben soll? Gewiß kamen auch früher bei uns einige aufgehetzte Arbeiterschichten vor. Aber der Schild der Gewerkschaften selbst (und darauf kam es an) war blank und rein. Man denke nur an die Haltung des Metallarbeiterverbandes beim Werftarbeiterstreik in Hamburg. Und heute muß der Führer einer größern Gewerkschaft hier die bitteren Worte sagen: »Unverständlich und unverzeihlich aber ist es, wenn Gewerkschaftsleitungen, statt die Arbeiter zu führen und mit wahren gewerkschaftlichen, produktiven Geist zu erfüllen, ihnen nachgeben, sich gar von ihnen treiben lassen.«²⁾ Von höchstem, unheilbarem Schaden für die Arbeiterbewegung ist es, wenn Arbeiterräte, wie es die der Berliner Großbetriebe einstimmig getan haben, sich in die Kollektivverträge einmischen und mit einer gedankenlosen Phrase erklären, daß sie ihre Tätigkeit »kraft revolutionären Rechts« ausüben und sich daher »dem Abschluß irgendwelcher Kollektivverträge widersetzen, die geeignet sind die Tätigkeit der Arbeiterräte lahmzulegen«³⁾. Mag man diesen eine noch so hohe Stellung im Staatsleben einräumen, der Tarifvertrag ist ein ihnen verschlossenes Gebiet. Nur vollkommene, durch Machtkitzel hervorgerufene Verknennung des rechtlichen und wirtschaftlichen Wesens des Tarifvertrags kann dazu führen, daß dritte Elemente sich anmaßen sich in dieses rein den großen wirtschaftlichen Selbstorganisationen überlassene Gebiet mit diktatorischem Machtspruch einmischen zu wollen. Diese verfehlte Auffassung hat zu sinnlosen, durch eine kleine terroristische Minderheit hervorgerufenen Streiks und zu maßlosen, ebenfalls von der Majorität der Arbeiter der einzelnen Betriebe innerlich gemißbilligten Forderungen geführt, bei denen eine Produktion nicht mehr möglich ist. Das muß den Arbeitern klagemacht werden; sie müssen einsehen, daß die Arbeit ein Kollektivprozeß ist, in den weder der einzelne Arbeitgeber, mag sein Betrieb noch so groß sein, noch der einzelne Arbeiter willkürlich eingreifen kann. In dieser Erkenntnis liegt ja gerade der ungeheure Fortschritt gegenüber dem bisher geltenden Recht, das trotz allen wirtschaftlichen Umwälzungen an dem Schein des individuellen Arbeitsvertrags festhielt, zu dem wir aber, wenn der Beschluß der Arbeiterräte Wirklichkeit werden könnte, zurückgeführt werden würden. Es ist das Verdienst des Reichsarbeitsamts diesen Gedanken mit seiner Verordnung vom 23. Dezember 1918 zum erstenmal in die Gesetzgebung eingeführt zu haben. Gewiß ist diese Verordnung ein erster und daher noch sehr unvollkommener Versuch das Problem zu lösen. Namentlich hat sie den schweren Fehler gemacht um die wirklich heißen Fragen, ohne die ein Tarifgesetz gar nicht denkbar ist, insbesondere die Haftungsfrage, herumzugehen. Dies muß bald nachgeholt und das Gesetz von Grund aus umgearbeitet werden. Immerhin ist der erste Versuch gemacht den Kollektivvertrag gesetzgeberisch zu erfassen. Die Arbeiter werden um so bereitwilliger

²⁾ Siehe Stähler Was tut die deutsche Arbeiterklasse?, in den Sozialistischen Monatsheften, 1918 II, Seite 1192.

³⁾ Siehe die Grundsätze der Arbeiterräte der Berliner Großbetriebe, im Vorwärts vom 5. Januar 1919.

den Intentionen des Gesetzes folgen als alle einsichtigen Elemente unter ihnen sich selber sagen werden, daß das Recht, wenn es nicht freiwillig verwirklicht wird, notwendig den staatlichen Zwang im Gefolge haben muß. Und es wäre gewiß kein idealer, der jungen Republik würdiger Zustand, wenn die Arbeiterklasse sie vor die Wahl stellen würde entweder auf das Dasein zu verzichten oder von Staats wegen Höchstlohntaxen einzuführen und diejenigen, die sich zu diesen zu arbeiten weigern, mit Entziehung der Arbeitslosenunterstützung oder mit Zwangsarbeit nach Art des soeben aufgehobenen Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst zu belegen. Das aber geht keinesfalls weiter an, daß derjenige, der treu und redlich arbeitet, als ein Trottel dem gegenüber erscheint, der Arbeit ablehnt und Arbeitslosenunterstützung bezieht und gar zum Krösus wird, wenn er sich zu einem mit radikalen Phrasen um sich werfenden Versammlungsschwadroner ausbildet. Erinnern wir uns nur des Millerandschen Streikgesetzes vom 14. November 1900, das sich den Zweck setzte an Stelle des anarchischen Zustands im Wirtschaftsleben eine gesetzliche Norm und an Stelle der bloß tatsächlichen eine gesetzliche Solidarität zu stabilieren.⁴⁾ Aber auch dieses von einem hohen Geist eingegebene, geradezu mustergültige soziale Gesetz schreckte vor einschneidenden Maßnahmen gegenüber den Widerstrebenden nicht zurück, da sein Autor erkannte, daß das Verlassen des Produktionsstandpunkts den Ruin der Gemeinschaft selber zur Folge hat.

Einer der wichtigsten Programmpunkte der sozialdemokratischen Partei in dem neuen gesetzgebenden Körper muß daher die Schaffung eines wirklichen, mit sozialistischem Geist erfüllten Arbeitsrechts sein, das seine Leitsätze nicht aus den jeweiligen Stimmungen, der Arbeiterschaft sondern aus dem Wesen der Arbeit selbst entnimmt. Dabei fällt den Juristen eine sehr wesentliche Aufgabe zu. Sie besteht nicht darin das soziale Wollen auf seine Richtigkeit zu prüfen und das von ihm als wertvoll Erkannte in Paragraphen zu gießen. Der Gesetzgeber wird vielmehr immer dem Leben nachgehen und nur die von den selbsttätigen gesellschaftlichen Kräften bereits geschaffenen sozialen Zustände kodifizieren müssen. Es ist aber die Aufgabe des Juristen die rechtlichen Formen zu finden, in denen sich die sozialen Zwecke, deren Notwendigkeit zum Durchbruch gelangt ist, ohne Hemmungen und, wenn es sein muß, mit dem mächtigen Hebel des staatlichen Zwangs durchsetzen lassen. Seine Legitimation diesen Zwang anzuwenden leitet der Gesetzgeber daraus her, daß sein Arbeitsgebiet die von der Mehrzahl des Volkes geforderten sozialen Bestrebungen sind. Deshalb darf er fordern, und deshalb fordert er, daß die Formen, die er wählt und die sich mit der Umgestaltung der sozialen Zwecke organisch verändern, jeder Willkür entzogen seien.

Von diesen Grundsätzen wird sich das trotz der Verordnung des Arbeitsamts vom Dezember 1918 erst zu schaffende Tarifgesetz leiten lassen. Ordnet sich ihm, wie wir verlangen müssen und trotz allem auch hoffen dürfen, die deutsche Arbeiterschaft freiwillig unter, dann, aber auch nur dann, wird das deutsche Volk nicht in den ihm drohenden Abgrund stürzen. Man sollte meinen, daß die Spuren des Zerrbilds des Sozialismus, seines Gegenstücks, des durchaus antisozialen Bolschewismus, schrecken.

*) Siehe Pootzsch Obligatorische Schiedsgerichte und Streikzwang, in den Sozialistischen Monatsheften, 1901 I, Seite 87 ff.

EMIL KLOTH · DIE AUSSCHALTUNG DER GEWERKSCHAFTEN IN DER REVOLUTION UND IHRE FOLGEN



Zu gleicher Zeit, während den Gewerkschaften ungezählte neue Zehntausende zuströmen und ihnen damit instinktiv das Vertrauen bekunden, das ihnen zweifellos zum Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung gebührt, ist man in Kreisen, die sich ganz besonders revolutionär dünken, bemüht das Ansehen der Gewerkschaften zu untergraben und sie bei der Neuordnung auszuschalten. Dies Bestreben datiert nicht erst seit heute und gestern. Im Spartacusorgan Braunschweigs, dem Volksfreund, gab man bereits vor 2 Jahren die Parole der Vernichtung der Gewerkschaften aus, indem man deren Mitglieder zur Beitragssperre aufforderte. In Stuttgart trat eine geistesverwandte Richtung mit dem Vorschlag auf den Plan eine Gewerkschaftsform zu fördern, die zugleich politische und gewerkschaftliche Aufgaben erfüllen sollte. Man gab ihr den schönen Namen Einheitsorganisation. Sie sollte also unter falscher Flagge segeln, indem sie Piraterie auf Kosten der Einheit der Arbeiterbewegung trieb. Der Lebensinstinkt der deutschen Arbeiter ließ sie nicht bestehen; man hat außer ein paar Stuttgarter Versammlungen nichts mehr von ihrem Dasein gehört. Aus solchen Mißerfolgen zogen die Gewerkschaftsgegner den Schluß, daß mit Gegen- und Zersplitterungsgründungen den Gewerkschaften nicht beizukommen sei, und sie stellten daher die Losung auf: die Gewerkschaften auszuhöhlen, sie durch unausgesetzte innere Kritik aus ihrer Bahn abzudrängen und sie so den Gedankengängen eines Scheinradikalismus gefügig zu machen.

Bald nach Ausbruch der Revolution suchte der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat die Gewerkschaften dadurch auszuschalten, daß er den von ihm vorgeschriebenen Betriebsräten Aufgaben zuwies, die eigentlich den Gewerkschaften zukommen, und deren Eingreifen erst für den Fall anordnete, daß die Betriebsräte am Ende ihres Lateins wären. Im Rahmen solcher Anschauungen bewegten sich auch die Ausführungen des Volksbeauftragten Barth auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte; er sprach dort von dem alten Trott der Gewerkschaftsführer, denen man am liebsten in Arbeiterkreisen die Knochen entzweischlüge. Wie sehr Barth mit seiner Herabsetzung der Gewerkschaften der Arbeitersache geschadet hat, geht am besten daraus hervor, daß er selbst sich schließlich genötigt sah gegen unsinnige Streiks, die die Revolution zu einer großen Lohnbewegung verderblichster Art machten, vom Leder zu ziehen. Dafür wurde er dann von seinen eigenen Gesinnungsgenossen als *Verräter* gebrandmarkt. Da waren doch die Unabhängigen vom Anfang der neunziger Jahre ganz anders; sie erkannten den Gewerkschaften eine wichtige Rolle im Produktionsprozeß zu. Auch der Mehrheitspartei kann man aber den Vorwurf nicht ersparen nicht genügend die alte Waffenbrüderschaft mit den Gewerkschaften gewahrt und sie gegen die vielen unberechtigten Angriffe in Schutz genommen zu haben.

Wo bleiben indessen die Gewerkschaften selbst in der Revolution? Wohl haben sie mit den Unternehmerverbänden wichtige Vereinbarungen getroffen, die die Rechte der Arbeiter bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen weit-

gehend sicherstellen. Allein ihr Einfluß auf eine vernünftige Gestaltung der revolutionären wirtschaftlichen Triebkräfte ist doch recht gering geblieben, weil sie den willkürlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben, die von allerhand Unberufenen praktiziert wurden, keinen festen Damm entgegensetzten. Wie oft haben wir es früher beklagt, daß in den wirtschaftlichen Unternehmungen des Staats und der Gemeinden Juristen den überwiegenden Einfluß hatten, anstatt daß den Technikern das entscheidende Wort zugesprochen wurde. Und jetzt sehen wir in erhöhtem Maß *Nurpolitiker* oder, schlimmer, bloße Straßenredner überall den entscheidenden Einfluß ausüben. Das alles aber, obwohl zahlreiche Gewerkschafter an hervorragender Stelle in der Partei und in den Reichsämtern tätig sind. Fast scheint es, als ob deren Partei- und Fraktionssolidarität ihre Verantwortlichkeit als Produzentenvertreter aufhobe.

Mit Proklamationen, ernstern Ermahnungen und Warnungen, gutgemeinten Ratschlägen vermag man kein großes Reich zu regieren, wenn dem nicht entsprechende politische Taten folgen. Das hat die Geschichte der hinter uns liegenden Revolutionswochen zur Genüge gezeigt. Noch viel weniger ist damit eine Wirtschaftsordnung aufzubauen, die unter den denkbar ungünstigsten Produktionsbedingungen: Verstopfung der Rohstoffquellen, Abschneidung des Weltwirtschaftsverkehrs und Mangel an Lebensmitteln, sich durchsetzen soll. Unreife Sozialisierungsbestrebungen, bei denen man auch nicht im mindesten auf die notwendigen Vorbedingungen zu ihrer Verwirklichung bedacht ist, sind erst recht nicht geeignet Früchte in die Scheuern der jungen Republik zu tragen.

Mit Riesenschritten eilt unser Wirtschaftsleben dem Abgrund zu. Die Gewerkschaften befinden sich einerseits in der verzweifeltsten Lage der außerordentlich verteuerten Lebenshaltung Rechnung tragen und darum hohe Löhne fordern zu müssen, obwohl infolge des Kohlenmangels und der ungünstigen Produktionsbedingungen die Arbeitszeit verkürzt ist, sind aber andererseits doch von der Erkenntnis durchdrungen, daß ein Land, das so arm geworden ist wie Deutschland, solche Forderungen auf die Dauer nicht erfüllen könnte, und wenn alle Produktionsmittel bereits vergesellschaftet wären. Dazu stellt noch der wirkliche und wahrhaftige Unverstand bisher unorganisierter Massen, von unkundigen und gewissenlosen Leuten aufgestachelt, wahnwitzige Lohnforderungen, die binnen kurzem zu einem völligen Zusammenbruch unseres ganzen wirtschaftlichen und politischen Lebens führen müssen, und die immer höher werden, je geringern Widerstand sie finden (weshalb diejenigen die Hauptschuld an unserm wirtschaftlichen Zusammenbruch tragen, die sich diesen Forderungen nicht entgegenstellen, sie gar aus Schwäche tolerieren, statt die schärfsten Maßregeln gegen dies Treiben zu ergreifen). Eine planmäßige Überführung der arbeitslosen Massen in die Landwirtschaft, den Bergbau und in andere Produktionsgebiete, in denen Arbeitermangel herrscht, ist dringend und schnellstens notwendig, soll nicht die gesamte städtische Bevölkerung dem Hungertod überantwortet werden. Besitzt die großstädtische Arbeiterschaft nicht selbst hierfür die notwendige Einsicht, so muß die allgemeine Arbeitspflicht eintreten, freilich im Verein mit möglichst weitgehenden Fürsorgeeinrichtungen.

Freilich sind diese und andere Maßnahmen zur Hebung unserer Volkswirtschaft und zur Ernährung unseres Volkes außerordentlich schwierige Pro-

bleme. Da aber von der Verwirklichung dieser Postulate unser ganzes zukünftiges Dasein abhängt, so müssen wir mit unbeugsamer Energie und unermüdlichem Eifer an sie herantreten. Dazu bedarf es des Zusammenwirkens aller Volkskreise, insbesondere aber der gemeinsamen Arbeit der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände. Über diese Tatsache helfen uns alle revolutionären Kraftphrasen nicht hinweg. Begeht man nun von seiten der sozialdemokratischen Parteien weiter den Fehler die Gewerkschaften auszuschalten, dann bricht Deutschland vollends zusammen, dann geht mit ihm auch die deutsche Republik in tausend Scherben. Die Gefahr der Gegenrevolution kann durch rohe Gewalt nicht gebannt werden. Unsere junge Republik (die sich darum noch lange nicht sozialistisch nennen darf, weil Sozialdemokraten an ihrer Spitze stehen) ist verloren, wenn ihre Leiter sich unfähig erweisen für die Freiheit und die Wohlfahrt des ganzen Volks feste Grundlagen zu schaffen.

KONRAD ADELMANN · DIE NÄCHSTEN AUFGABEN UNSERER LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK



Am Eingang einer Erörterung der nächsten Aufgaben der Landwirtschaftspolitik (die zu den wichtigsten der Stunde zählen) muß selbstverständlich das Verlangen nach intensiver Förderung der landwirtschaftlichen Produktion stehen. Es ist eine dringende Notwendigkeit die gesunkenen Hektarerträge auf das Friedensniveau zu heben, wenn möglich noch darüber hinaus zu steigern.

Im Vordergrund steht die Erzeugung pflanzlicher Stoffe, einmal, weil sie uns die im Grunde wichtigsten Nahrungsmittel liefern, sodann auch, weil die Pflanzenproduktion die Basis auch unserer Tierhaltung, der Milch- und Fetterzeugung darstellt. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß dem Stickstoff bei der Steigerung der Hektarerträge eine ausschlaggebende Rolle zukommt.¹⁾ Wir können heute unsern Stickstoffbedarf im eigenen Land herstellen. Das hat nicht nur den Vorteil, daß wir hierin vom Wohlwollen der Angelsachsen unabhängig sind, sondern vor allem auch den, daß wir für eine erkleckliche Zahl von Arbeitern Beschäftigung haben. Unser Defizit an Phosphorsäure müssen wir freilich aus dem Ausland decken. In der Versorgung unserer Landwirtschaft mit Maschinen und Geräten, in der Ausbesserung von Gebäuden und sonstigen Anlagen erwachsen unserer gewerblichen Arbeit gewaltige Aufgaben. Ein gut Teil der Kapitalien, die in den verflornten Kriegsjahren oft fälschlicherweise als reiner Kriegsgewinn gebucht wurden, wird in Ergänzung und Auffüllung des stehenden und umlaufenden Betriebskapitals Anlage finden.

Die erste Aufgabe einer vorausschauenden Landwirtschaftspolitik lautet: Rückführung der im Besitz des Militäriskus befindlichen landwirtschaftlichen Betriebsmittel auf dem kürzesten und billigsten Weg in die Hände der Landwirte. Die Pferde müssen tunlichst ohne Benutzung des Zwischenhandels von Landwirten und Gewerbetreibenden erworben werden können. Das selbe gilt für Wagen, Maschinen, Futtermittel und ähnliches mehr. Zu alledem ist eine enge Fühlungnahme mit den Vertretungsorganen der Landwirtschaft unerlässlich.

¹⁾ Siehe die Rundschau Landwirtschaft, in den Sozialistischen Monatsheften, 1918 II, Seite 924.

Außerordentlich wichtig für die künftige Produktionsentwicklung der deutschen Landwirtschaft wird die Preispolitik für Stickstoffdünger. Es kommt darauf an, daß das Verhältnis der Produktpreise zu dem wichtigsten und teuersten Düngemittel sich so gestaltet, daß ein möglichst starker Anreiz zur Anwendung von Stickstoffdünger gegeben und damit eine möglichst große Steigerung der Erträge zu erzielen ist.

Das sind nur ein paar herausgegriffene Punkte dieses Gebiets, die zeigen sollen, wo eine sozialistische Förderung der Produktion anfangen soll: nicht, wie bisher, bei der Preisbestimmung und Verteilung sondern bei einer Einflußnahme auf die Produktionsfaktoren. Von hier aus regeln sich schließlich Richtung und Erfolg der Produktion, wie nicht minder auch der Preis für die Ergebnisse. Auf diesem Weg ist mehr zu erreichen als mit allen Mitteln staatlichen Zwangs, der, wenn er die Quellen der Produktion nicht berücksichtigt, nur Erbitterung weckt und, statt Selbständigkeit und eigene Tätigkeit wachzurufen und damit Lebendiges zu schaffen, Stagnation auf allen Gebieten erzeugt.



ICH komme damit zu einem Punkt, der heute mehr denn je aktuell ist: der Forderung ländlicher Selbstverwaltung. Wenn man in vergangenen Tagen von Volksrechten, von Beteiligung des Volkes an der Verantwortung und Leitung seiner Geschicke sprach, so dachte man dabei wohl vorzugsweise nur an die Städte. Daß man auch bereit war die gleichen Rechte dem Land zuzugestehen, wenn sie verlangt wurden, ist wohl richtig; aber man empfand da nicht so dringend die Notwendigkeit wie für die Städte, bei den Wortführern der Linken, sowohl als vielleicht auch auf dem Land selbst. Man spürte dort wohl die Last des Bürokratenregiments, aber die positive Forderung eines verantwortlichen Aufbaus von unten herauf fand noch nicht Worte. Man fügte sich mit der fatalistischen Willigkeit, die dem Dorf vermöge seiner Geschichte im allgemeinen eignet, der Organisation und Reglementierung von oben. Der Krieg hat auch hier die Verhältnisse rasch reifen lassen. Die Revolution hat dann bewirkt, daß die Aufgaben, die auf diesem Gebiet lange vor der Tür standen, sich fordernd drängen: sie muß Lösungen suchen, wenn anders ihr die Entfesselungen, die sie vornehmen mußte, nicht zum Verhängnis werden sollen.

Das setzt allerdings voraus, daß die Stadt zum Land, der Arbeiter zum Bauern eine andere Einstellung gewinnt als dies bisher der Fall war. Was das Land im Augenblick, da eine provisorische Volksregierung alle Kräfte zur Mitarbeit aufruft, verlangen kann, ist, daß man ihm Vertrauen schenkt. Es war eine merkwürdige Haltung der Demokratie, daß sie im Krieg verlangte, die Landwirte und ihre Vertreter sollten zur Nahrungsmittelwirtschaft nur sehr vorsichtig herangezogen werden, weil sie durch ihre Interessen befangen seien. Dies gleichzeitig, während man fast alle anderen Volksschichten zur Mitarbeit und auch direkt Vertretung ihrer Interessen, vorab die Arbeiter, weitestgehend aufrief. Daß für diese Anomalie im neuen Volksstaat kein Raum ist, sollte eigentlich nicht erst ausgesprochen werden müssen. Wenn es doch geschieht, so nur wegen der tiefen Befangenheit der städtischen Bevölkerung gerade in dieser Richtung. Es darf aber fürderhin nicht geschehen, daß man sich dem Land gegenüber von vornherein auf den Standpunkt stellt, seine Interessen seien von minderm Belang als andere,

daß man seine Forderungen ohne weiteres als maßlos ansieht. Damit kann nicht gemeint sein, daß man in neuer innerer Burgfriedensseligkeit über Konfliktpunkte hinwegsehen, sich selber über die wirkliche Lage der Dinge belügen soll. Der Kampf um den Preis ist eine Notwendigkeit, die nicht aus der Welt geschafft werden kann, ebenso wie der Kampf um die Ablieferung, solange noch Rationierung nottut. Die Frage ist nur die, ob unsere Interessen auch fürderhin durch eine nicht immer gut orientierte Journalistik und einige außenstehende Auchlandwirte entschieden werden sollen, oder ob man als maßgebend eine bestehende oder neu zu schaffende Vertretung der Bauernschaft anzusehen gewillt sein wird. Für einen Sozialdemokraten sollte dieses zweite eigentlich selbstverständlich sein. Ein weiteres Entmündigen des Landvolks in eigenen Angelegenheiten, wie das im Krieg vorwiegend beliebt wurde, und zwar im allgemeinen mit Billigung der Linken, auch unserer Partei, müßte auf die Dauer zu einer völligen Entfremdung von Stadt und Land führen.

Zu der Gestaltung der Dinge im einzelnen kann heute schon folgendes ausgeführt werden: Die ländlichen Vertretungskörperschaften müssen in Zukunft nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht zusammengesetzt sein, um auf diese Weise den Landarbeitern, Klein- und Mittelbauern entsprechende Vertretung zu sichern. Dieser Forderung wird die Linke leichten Herzens zustimmen. Mit ihrer Erfüllung wird ihr hoffentlich auch die andere Forderung leichter fallen: diese so zusammengesetzte Vertretung zu allen das Land betreffenden Fragen entscheidend heranzuziehen. Die Aufgaben, die sich aus diesem so einfach klingenden Programm ergeben, sind außerordentlich schwieriger Art. Denn es handelt sich darum weite, an Selbstverwaltung nicht gewöhnte Schichten in diese einzubeziehen. Dazu bedarf es nicht wenig auch der Mithilfe der Stadt, vornehmlich auch der Unterstützung geistiger Art.

Hier ist es vielleicht am Platz auf einen Punkt hinzuweisen, der leicht zu großen, unberechenbaren Schwierigkeiten führen kann. Man plant eine Aufhebung der Gesindeordnung und insbesondere des Koalitionsverbots für landwirtschaftliche Arbeiter; weiter will man den Achtstundentag auch auf dem Land. So begrüßens- und wünschenswert das alles nun auch ist, so darf man doch nicht vergessen, daß diese Dinge, die für die Stadt eine sozusagen reife Situation vorfinden, für die Landwirtschaft in Entwicklungen hineintreffen, für die man die Bezeichnung Reife noch bei weitem nicht anwenden kann. Hier muß man mit einer gewissen Vorsicht vorgehen. Ich möchte auf den altumstrittenen Erntestreik hinweisen und betonen, daß man da nicht ohne gewisse Kanteln wird auskommen können. Weniger aus privatwirtschaftlichen als aus Erwägungen volkswirtschaftlicher Art heraus. Wir können in den nächsten Jahren bei der ungeheuren Wichtigkeit, die die jeweilige Ernte für uns haben wird, es nicht dem Belieben einzelner Gruppen überlassen, ob der Ertrag der Felder rechtzeitig geborgen wird oder nicht. Hier muß die Möglichkeit bestehen bei Lohnkämpfen, die während der Erntezeit stattfinden sollen, von oberen Instanzen aus ausgleichend zu wirken. Denn nicht nur, daß hier beide Teile insofern sehr ungleich gestellt sind, als der eine Teil (sehr im Gegensatz zur Industrie, wo in solchen Fällen im wesentlichen nur der Produktionsausfall während der Streikdauer zu buchen ist) einen vollen Jahresarbeitsertrag im Spiel hat, sondern es

stehen auch volkswirtschaftliche Werte von großem Belang auf dem Spiel, da nicht nur das Jahresarbeitsergebnis des Unternehmers sondern auch des Arbeiters in Gefahr steht zugrunde zu gehen. Hier kann die Gemeinschaft nicht unbeteiligt zusehen, nicht bei der Verallgemeinerung von Rechten die prinzipiellen und natürlichen Unterschiede der Produktions-, Lebens- und Arbeitsbedingungen außer acht lassen. Wie diese Sicherungen auszusehen haben, ist Sache der Vereinbarung der dabei in Betracht kommenden Kreise. Ebenso müßten über Arbeitszeitkürzungen in der Landwirtschaft erst eingehende Beratungen und Erwägungen gepflogen werden. Daß auch in der Landwirtschaft Möglichkeiten dieser Art vorhanden sind, soll nicht kurzerhand in Abrede gestellt werden. Aber von einer mechanischen Übertragung für die Stadt zutreffender Bestimmungen auf das platte Land muß unter allen Umständen abgesehen werden.



IN einem haben ja in unseren Reihen durch die Arbeit einiger Genossen, vor allem Arthur Schulz' (an den wir anlässlich seines Todestags mit Wehmut und Dankbarkeit zurückdenken, und dessen Tragik wir bedauern, daß er heute, da seine Ideen anfangen in unserer Partei sauerteigartig zu wirken und praktische Gestalt zu gewinnen, nicht mehr unter uns weilt), die Notwendigkeiten des pulsenden Lebens über die Starrheit einer Doktrin gesiegt: in der Frage des landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbetriebs. Wenn nicht alles trügt, sind die Schulz'schen Gedanken zur sozialdemokratischen Agrarpolitik heute zum wenigsten in Süd- und Mitteldeutschland stark auf dem Marsch. Ich bin überrascht in diesen Tagen, da vor uns viel praktische Arbeit steht, zu sehen, in wie vielen Proletariatsköpfen diese Gedanken Wurzeln geschlagen haben, ohne daß die einzelnen ihren Ursprung kannten; ja viele von ihnen haben den Namen Arthur Schulz nie gehört. Und doch danken wir, daß es so ist, in hervorragendem Maß ihm, und ich möchte heute allen, die sich mit diesen Fragen zu befassen haben, empfehlen sich bei ihm Rats zu holen. Leider war es durch Kriegsverhältnisse noch nicht möglich seine Arbeiten gesammelt herauszubringen (was hoffentlich eine der ersten publizistischen Friedensarbeiten sein wird). Diejenigen, die dafür Interesse haben und selbst auf diesem Gebiet arbeiten wollen, müssen sich daher einstweilen seine zahlreichen Studien aus den Jahrgängen 1908 bis 1916 der Sozialistischen Monatshefte selber heraussuchen.²⁾

Wenn wir nun jetzt uns klarzumachen suchen, was vom agrarreformistischen Bauernprogramm in Angriff genommen werden kann, so stoßen wir auf einen Pfeiler jeder Agrarpolitik überhaupt: die Grundbesitzverteilung. Es dürfte sich erübrigen zusammenfassend noch einmal all das zu wiederholen, was an dieser Stelle zu dieser Frage ausgeführt worden ist. Ich kann mich darauf beschränken festzustellen, daß die landwirtschaftliche Familienwirtschaft nicht nur ihre Lebensfähigkeit erwiesen hat sondern auch als Keimzelle sozialistischer Ordnung gelten kann. Freilich darf man als Normalwirtschaft nicht etwa die bäuerliche Zwergwirtschaft betrachten. Von unserer Seite ist das landwirtschaftliche Betriebsgrößenproblem häufig sehr einseitig als Gegensatz von Groß- und Kleinbetrieb behandelt, niemals eindeutig absolut gestellt worden. Dadurch konnte die Diskussion zwischen

²⁾ Eine Einleitung zu diesen seinen eigentlichen Arbeiten hat Schulz in seiner Schrift *Ökonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland / München 1908* gegeben; sie ist heute vielleicht aktueller denn je.

Agrarreformisten und Agrarmarxisten für Außenstehende leicht den Eindruck des Aneinandervorbeiredens erwecken. In der Tat war sie das oft: Jeder suchte sein Betriebsgrößenideal zu verteidigen, und so kamen wichtige Gesichtspunkte nicht genügend zur Geltung. Im Verfolg dieser Debatte ist zum Beispiel das wichtigste Moment, die Frage nach der Arbeitsproduktivität, fast völlig aus dem Gesichtskreis verschwunden oder stand wenigstens durchaus nicht mehr im Mittelpunkt. Soll aber die Agrarfrage künftig wirklich ernstlich in Angriff genommen werden, so müssen wir dafür eine Plattform schaffen, von der aus sich verantwortlich entscheiden läßt. Um diesen Zweck zu erreichen, müssen wir zunächst einmal darüber Klarheit schaffen, wie es sich bei den verschiedenen agrarpolitischen Forderungen in unserer Partei mit den Momenten Bodenproduktivität und Arbeitsproduktivität verhält.

Unter Bodenproduktivität ist der Ertrag pro Fläche zu verstehen, den man, um ihn vergleichbar zu machen, für Nahrungsmittel etwa in Eiweiß- und Wärmekalorien als den für die Ernährung wichtigsten Momenten angeben muß. Unsere Agrarpolitik der verflossenen Jahre ging fast zu einseitig auf Steigerung der Bodenproduktivität, ohne Rücksicht, wie dabei die Arbeitsproduktivität abschnitt. Das war begreiflich bei der Lage unserer Lebensmittelversorgung, die eine Steigerung der Erzeugung erheischte. Aber auf die Dauer kann das nicht der einzige Gesichtspunkt bleiben. Unsere Lage, in der unsere Arbeitskraft zu dem größten Volksreichtum zählt, zwingt uns der Frage der Arbeitsproduktivität, das ist der Leistung der einzelnen Arbeitskraft, erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Wir müssen darauf sehen, daß jeder Mehrertrag nach Möglichkeit mit einem tunlichst geringen Mehraufwand von Arbeit erreicht werden kann. Wir müssen ferner versuchen jeder Arbeitsvergeudung entgegenzuarbeiten. Und von hier aus müssen wir Agrarreformisten auch unsern Standpunkt zum Zwergbauerntum wählen. Denn, daß unter Verhältnissen so geringer Betriebsgrößen, die eine volle Ausnutzung der Familienarbeitskraft nicht erlauben, selbst in dem günstigen Fall einer durch Spezialkulturen ermöglichten günstigen Wirtschaftslage, eine Arbeitsverschwendung die notwendige Folge ist, liegt auf der Hand. Denn die Spezialkulturen, zu denen in unserm Fall in hervorragendem Maß der Gemüsebau gehört, haben die Eigenschaft eines außerordentlichen Arbeitskonsums, das heißt, sie brauchen pro Einheit erzeugter Nährsubstanz mehr Arbeitstage als zum Beispiel Getreide oder Kartoffeln oder Zuckerrüben usw. Ist nun auch die Produktion von Gemüse und ähnlichem eine ernährungshygienische Notwendigkeit, gegen die nichts einzuwenden ist, so ist doch gegen jede einseitige Propaganda nach der Richtung, wie sie von freideutscher und sonstig idealistischer Richtung zugunsten einer weitgehenden Kolonisation von Gartenbausiedlern mit sehr kleinem Areal betrieben wird, Vorsicht am Platz. Denn einmal hat der Gemüsebau in Deutschland bei weitem nicht die Aussicht, die ihm in jenen Kreisen zugeschrieben wird.³⁾ Mir ist bekannt, daß weite Gemüsebaubezirke unter nicht-verwertbarer Überproduktion Not litten. Und sodann kommt in Betracht, daß von allen landwirtschaftlichen Kulturen zwar, soweit es sich nicht um Luxuskulturen wie Spargel handelt, der Gemüsebau mit die höchste Boden-

³⁾ Die Gemüseeinfuhr hatte 1911 einen Wert von 53, 1912 einen solchen von 80 Millionen Mark; hätten wir diese Einfuhr ganz im Inland erzeugt, was nicht möglich gewesen wäre, da es sich zum Teil um Früh- und andere bei uns nicht gediende Gemüsearten handelte, so hätte ein Areal von 75- bis 100 000 Hektar nicht ausgereicht.

ausnutzung, aber die geringste Arbeitsausnutzung liefert. Darum kann großen Forderungen und Versprechungen der Art nicht das Wort geredet werden. Der besprochene Fall sehr kleiner Betriebsgrößen zählt dabei zu den günstigen. Wir haben aber in Deutschland nicht unbeträchtliche Gebiete im Westen und Südwesten, in denen infolge der Realteilung, mangelnden Abflusses überzähliger Volksmengen in die Industrie agrarische Besitz- und Betriebsverhältnisse entstanden sind, die aus natürlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht die Möglichkeit haben ihre überschüssige Arbeitskraft in stark arbeitkonsumierende, leidlich bezahlte Kulturen zu stecken und auf diese Weise zu einer privatwirtschaftlich erträglichen Existenz zu kommen. Hier wird Arbeitsverschwendung in unerhörtem Umfang getrieben, und die Folge sind unterproletarische Existenzen, die nicht leben und nicht sterben können, und ein spürbares Manko an volkswirtschaftlicher Produktion. Auf diese Zustände ein Loblied zu singen wäre völlig falsch, ist den Agrarreformisten auch niemals eingefallen.⁴⁾ Um so weniger aber erscheint es anständig, daß die Agrarmarxisten von jenen unnormalen, krankhaften Verhältnissen aus ihre Schlüsse und Theorien ableiten, und wenn Arno Franke die Leistungen des Großbetriebs dem Kleinbetrieb gegenüber besonders hervorhebt⁵⁾, so geht auch er von einem fehlerhaften Begriff des Kleinbetriebs aus; so sympathisch diese Auslassung sonst berührt, die im großen und ganzen die Brücke zur Schulzschens Auffassung schlägt, so muß doch die Gleichsetzung des Kleinbetriebs mit dem kümmernden Zwergbauerntum gewisser Gegenden abgelehnt werden.

Hier scheint mir nun die Möglichkeit eines zumindest partiellen Ausgleichs zu liegen. Wir müssen das Betriebsgrößenproblem klarer als bisher zu erfassen suchen, es von dem bloßen Streit über Groß- und Kleinbetrieb lösen. Und unser Streben muß darauf gehen eine Mittellinie zu schaffen, auf der sich ein Optimum der Flächenproduktivität mit einem Optimum der Arbeitsproduktivität treffen kann. Auf diesem Weg können wir eine Grundlage für die praktische Arbeit in der innern Kolonisation schaffen. Und darauf kommt es jetzt zunächst an. Denn in der Stunde, in der wir die Möglichkeit haben viel vom Sozialismus in die Tat umzusetzen, dürfen wir ihn nicht mit aussichtslosen Versuchen kompromittieren. Das würden wir aber tun, würden wir dem, was die vermeintlich radikalste Gruppe in Deutschland als agrarpolitisches Ziel predigt, nämlich die Vereinigung der Landarbeiter und Kleinbauern zu sozialistischen Landbaugenossenschaften, nicht mit aller erdenklichen Energie entgegenreten. In Betracht kommt heute nur die Siedelung von selbstwirtschaftenden Klein- und Mittelbauern. Wichtig ist dabei freilich, daß nicht Existenzen entstehen, die ihre Gesamtarbeitskraft nur mangelhaft ausnutzen können. Diesem Zweck kann aber nicht irgendeine bürokratische Maßnahme dienen; wir müssen hier vielmehr dem Wirken der lebendigen Volksenergie trauen. Wir wollen nicht jeden in ein warmes Nest setzen, das an ihn keine Anforderungen stellt. Es genügt, wenn wir dem Volk die Wege für seine Arbeit offenhalten.

Dazu, meine ich, wird es nötig sein, daß wir die Kolonisation zum Teil sehr wesentlich anders betreiben als das alte System. Wir werden davon abzu-

⁴⁾ Nur David ist darin in seinem Buch *Sozialismus und Landwirtschaft I* (Berlin 1903) vielleicht etwas zu weit gegangen.

⁵⁾ Siehe Franke *Unser neues Aktionsprogramm und die Agrarfrage*, in der *Neuen Zeit*, 1917-1918 II, Seite 265 ff.

sehen haben die Siedlungsgebiete restlos durchzukolonisieren und so die Grundbesitzverteilung für immer gleich am Anfang festzulegen. Das wird schon aus dem Grund nicht gehen, weil uns daran liegen muß die Siedlung in einem sehr viel raschern Tempo zu treiben als im alten Deutschland. Zu diesem Zweck muß der Kreis der Siedler stark erweitert, muß vor allem auf die kapitalschwachen lokalen unteren Volksschichten als Siedlermaterial zurückgegriffen werden. Das bedingt ohne weiteres, daß mit ganz kleinen Stellen zu beginnen ist, die vielerorts Landarbeiterstellen sein werden. Um diesen aber die Möglichkeit einmal Klein- und Mittelbauern zu werden nicht nur in der platonischen Weise, in der man sie ihnen bislang vor Augen hielt, sondern in wirkliche, greif- und erreichbare Nähe zu rücken, ist es nötig, daß ein großer, vielleicht der größte Teil des Siedlungslands als Landreserve bereitgehalten wird, um den Siedlern die Aufrundung ihrer Betriebe zu Vollwirtschaften, die einer Familie Arbeit und Lebensunterhalt bieten und die Haltung ordentlichen Anspanns gestatten, zu ermöglichen. Verfahren wir so, so können Landarbeiter und Industriearbeiter, die den ländlichen Verhältnissen noch nicht zu sehr entrückt sind, mit ihren Ersparnissen eine, wenn auch zunächst kleine Stelle erwerben, die dann nach Maßgabe des Bedürfnisses und der wirtschaftlichen Fähigkeiten ausgebaut werden kann. Wird in allen Siedlungskolonien, ob groß oder klein, dieser Landfonds geschaffen, der bis auf weiteres als Großbetrieb bewirtschaftet werden kann, so entgehen wir der Gefahr lebensunfähige Zwergbetriebe zu schaffen. Wir erreichen aber noch ein zweites: Durch die großen Möglichkeiten, die eine derart in Angriff genommene innere Kolonisation bietet, werden wir auch vor allem Menschenzufluß aus alten überbevölkerten Klein- und Kleinstbauerngebieten bekommen, und das wird weiter die Wirkung haben, daß diese Gebiete entlastet werden.

Bleibe nur noch die Frage der Landbeschaffung. Diese dürfte an sich nicht schwer zu lösen sein. Es käme in Betracht den Großgrundbesitz dadurch zur Landabgabe zu veranlassen, daß man die Umstände, die dem Kleinbetrieb günstig sind, weiter verstärkt, also zum Beispiel die Begünstigung, die der Großbetrieb durch den Bezug der ausländischen billigen Saisonarbeiter hat, aufhebt. Dieser Weg führt wohl zum Ziel, ist aber für die nächste Zeit zu langsam. Da käme eher ein Vorschlag in Frage, den die Münchener Post kürzlich gemacht hat, nämlich der einer Steuerbezahlung der großen Güter in Form einer Landabgabe, aus der genügend Land für die Siedlung gewonnen werden könnte. Außerdem sieht natürlich der Weg der Enteignung durchaus offen, wobei allerdings gefordert werden muß, daß dafür nicht die augenblicklichen Konjunkturpreise sondern etwa die letzten Friedenspreise plus einem entsprechenden Aufschlag bezahlt werden.



U den wichtigsten Fragen künftiger Landwirtschaftspolitik gehört das Problem der ländlichen Schule, oder, fassen wir es noch weiter, der ländlichen Berufserziehung überhaupt. Es dürfte nicht zu viel behauptet sein zu sagen, daß es sich hier um eine Hauptgrundlage jeder Agrarpolitik handelt.

Gegen zweierlei Art Vorschläge muß man sich da wenden, weil sie zu Abwegen führen. Der eine ist das Verlangen nach staatlichem Zwang bei der Bewirtschaftung von Landgütern, der bestimmten Anbauplan, die Anwendung von Kunstdünger in gewissem Ausmaß und ähnliches mehr vorschriebe.

Ähnliches hat man während der Kriegszeit oft gefordert, von fachmännischer wie von Laienseite mit den wunderlichsten Organisationsideen, die in der Regel auf Schaffung neuer obrigkeitlich-polizeilicher Machthaber des Dorfes hinausliefen. Ich verkenne nicht, daß solchen Maßnahmen unter Umständen augenblickliche Erfolge beschieden sein möchten. Was ich aber bestreite, ist, daß wir auf diesem Weg je zu einer nennenswerten Steigerung der Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft kommen können. Im Gegenteil, das wäre das sicherste Mittel, um alle Eigentätigkeit auf dem Land wirksam zu unterdrücken. Das System der Beamtenautokratie ist zusammengebrochen, weil man es nicht verstanden hat die Selbstarbeit des Landes für seine eigene Angelegenheit mobil zu machen. Die Lehre daraus muß restlos gezogen werden. Wir kommen damit von einer andern Seite her wieder zur Frage der ländlichen Selbstverwaltung, und zwar von den letzten Grundlagen aus. Die Forderung hieraus lautet: Wenn in weiten Kreisen die Voraussetzungen für zweckentsprechende, neuzeitliche Landwirtschaft fehlen, wenn ein gut Teil der Bauern die naturwissenschaftliche Gesetzmäßigkeit der landwirtschaftlichen Produktion nicht beherrscht, so ist es eben erste Voraussetzung einer zielklaren Agrarpolitik das, was hier nottut, zu schaffen; das heißt eine entsprechende Schulpolitik einzuleiten. Landschulpolitik ist nun aber nicht nur Schulpolitik in engem Sinn; sie muß die Berufserziehung schlechthin einbegreifen. Bei der Eigenheit des landwirtschaftlichen Berufs spielt sogar die nicht schulmäßige Berufserziehung eine recht große Rolle. Dies und die eigenartige wirtschaftliche Lage des Klein- und Mittelbauerntums, dessen wirtschaftliche Kraft auf der Arbeitsleistung seiner Familie aufgebaut ist, und die einer gewissen Mitarbeit der Kinder nicht entraten kann, machen es aber notwendig, daß man die Landschulen nicht von irgendeiner pädagogischen Idee aus konstruiert sondern sie im Ausgleich der Forderungen des Schulmanns mit den Lebensnotwendigkeiten des flachen Landes aufbaut. Das bedeutet, daß man in der Festsetzung der Schulzeiten dem praktischen Bedürfnis des Bauern gewisse Zugeständnisse macht. Ich glaube nicht, daß damit eine Beeinträchtigung der Erziehungsziele verbunden sein muß: Der Pädagoge hat eben die Landschule nach Maßgabe der eigenartigen ländlichen Verhältnisse zu gestalten. Ohne solche Anpassung wird ein weiterer Ausbau der Landschule fast unmöglich.

Der Grundbau der, wenn wir es so nennen sollen, theoretischen Berufserziehung der Landbevölkerung ist naturgemäß die Volks- und weiterhin Fortbildungsschule, denn nur sie ist einer großen Allgemeinheit ohne weiteres zugänglich. Was von ihr verlangt werden muß, ist kurz in die Formel zusammenzufassen: Sie muß bis zum Verständnis und Beherrschen der für den Landwirt wichtigen Zusammenhänge und Gesetze der Natur wie der Wirtschaft führen. Zur Begründung braucht man nur auf die Notwendigkeiten zu verweisen, die sich aus der immer mehr fortschreitenden Rationalisierung des Landwirtschaftsbetriebs ergeben, die in immer höherem Maß naturwissenschaftliche und volkswirtschaftliche Kenntnisse zur Voraussetzung zweckentsprechender Wirtschaftsführung machen. Die bisherige Gestaltung des ländlichen Schulwesens genügt diesen Ansprüchen nicht, sowohl was die Organisation des Lehrplans betrifft, als auch in Hinsicht der Dauer der Schulzeit. Der Lehrplan muß für die Bedürfnisse des Landes dadurch zugeschnitten werden, daß man ihn geistig von Grund auf umbaut. Die Einfügung einzelner neuer Fächer vermag das nicht. Um aber einen Lehrplan,

der vom konkreten Ziel einer ländlichen Berufserziehung aus orientiert ist, durchführen zu können, genügt die bisherige Schulzeit, die in den überwiegenden deutschen Gebieten nur einen 7jährigen Besuch der Volksschule und eine häufig zeitlich sehr beschränkte Fortbildungsschule vorsieht, durchaus nicht. Wie die Dinge hier heute liegen, ist es in der Regel so, daß die Kinder der Schuleinwirkung eben in dem Augenblick entzogen werden, in dem sie für das meiste erst empfänglich werden. Andererseits sind die Schwierigkeiten, die einer Erweiterung der Schulzeit entgegenstehen, außerordentlich groß. Sie entstammen, neben dem traditionellen Mißtrauen der Bauern gegen die Schule (einer Wirkung des Trägheitsgesetzes, das sich jeder Neuerung entgegenstemmt, worauf aber wenig Rücksicht genommen werden kann) den ganzen Lebens- und Wirtschaftsverhältnissen des Landes und besonders der bäuerlichen Familienwirtschaft, die die Kinder für die Wirtschaft braucht. Das bedeutet durchaus nicht Ausbeutung. Es gibt in der Landwirtschaft genügend leichte Arbeiten, die von Kindern verrichtet werden können. Und ein frühzeitiges Heranziehen der Kinder zur Berufsarbeit ist gerade in der Landwirtschaft erwünscht, da hier mehr als in den meisten anderen Berufen das praktische Können, die Erfahrung vieler Jahre eine Rolle spielen. Das erschwert das Verlängern der Schulzeit ungemein. Indes, das landwirtschaftliche Arbeitsjahr weist nicht wie das industrielle eine gleichmäßig Sommer und Winter anhaltende Beanspruchung auf. Wir haben da neben der Arbeitshäufung im Frühjahr, Sommer und Herbst eine verhältnismäßige Arbeitsruhe im Winter. Kann nun auch schwer erwartet werden, daß es möglich sein wird die Schulzeit im Sommer auszudehnen, so muß es möglich sein den Winter weitgehend zur beruflichen Fortbildung auszunutzen. Bestimmte Vorschläge in diesem Augenblick zu machen scheint mir nicht angängig. Doch dürfte es an der Zeit sein die Diskussion darüber zu eröffnen und die Pläne und Wünsche, Bedenken und Hemmungen der einen wie der andern Seite, der Pädagogen wie der Landwirte, zu hören, um auf diesem Weg zu einem klaren Bild der Möglichkeiten zu kommen.

Neben der schulmäßigen Berufserziehung spielt gerade in der Landwirtschaft die praktische Ausbildung eine hervorragende Rolle. Überwiegend war es bisher in Deutschland üblich, daß Bauernsöhne und -töchter, soweit sie nicht zu Hause entbehrlich waren, auf dem elterlichen Anwesen lernten und arbeiteten. Nur in den Kreisen des Großgrundbesitzes, neuerdings, wenn auch nur langsam vordringend, des Großbauerntums, war es üblich, daß man auf fremden Höfen praktizierte. Mag auch für den Klein- und Mittelbauern die häufige Notwendigkeit, daß die Kinder als Knechte oder Mägde gehen mußten, ähnlich gewirkt haben, so ist doch zu bedauern, daß dabei nur zu oft das heimatliche Kirchspiel nicht verlassen wurde. Und doch liegt der Segen solcher Lehrzeit auf fremden Höfen gerade darin, daß man an der Hand der Erfahrungen, die man unter wesentlich anderen als den heimischen Verhältnissen sammelt, eine gewisse Freiheit des Blicks für das Relative der eigenen Wirtschaft erhält, daß man so überhaupt erst zu größeren Vergleichsmöglichkeiten kommt, daß im allgemeinen Anregung und Befruchtung sich geltend machen. Darum ist die Inangriffnahme dieses Gebiets sehr wichtig. Es wäre darauf hinzuwirken, daß es möglichst allgemein Sitte wird, daß Bauernsöhne und -töchter in die Fremde in die Lehre gehen. Natürlich nicht als Volontäre oder so etwas sondern als Knechte, als Mägde zu praktischer Arbeit. Manche halten viel von Prüfungen und

Befähigungsnachweisen auch für Landwirte. Ich kann mich dem nicht anschließen. Aber ohne irgendwelchen Anreiz und Ansporn wird man für die erste Zeit nicht auskommen. Vielleicht ist es nicht unangebracht fürs erste Prämien zu geben.

Auf die weiteren Verhältnisse der landwirtschaftlichen Fachschulen, ländlichen Volkshochschulen und ähnliches mehr will ich heute nicht eingehen. Die vorstehenden Ausführungen machen überhaupt auf erschöpfende Behandlung keinen Anspruch. Sie wollen nur einige Richtlinien geben und die Diskussion darüber in Fluß bringen.

HARTMUTH MERLEKER - WIE KAM ES ZUM ZUSAMMENBRUCH UNSERER MARINE?



UNSERE Flotte galt in Friedenszeiten als das Schönste und Beste in unserer Wehr, was das *Zeitalter Wilhelms II.* hervorgebracht hatte. Schiffe wie Menschen strömten geradezu eine Selbstsicherheit aus, die nicht mehr zu überbieten schien. Im Frieden war sie auch aus einem Guß, unsere Marine; ihr anzugehören galt als Ehre; ihr Menschenmaterial, Mannschaft wie Offizierkorps, war *erster Klasse*. In den Krieg trat sie voller Hoffnungen ein, die man in sie setzte. Sie war auch sicherlich ehrlich bestrebt sie zu erfüllen; die Besatzungen waren tatendurstig, wie wir alle es waren, die wir in dem Gefühl auszogen das Vaterland zu verteidigen.

Diejenigen, die im Lauf des Krieges in die Lage kamen hervorragende Einzelleistungen zu vollbringen, erhielten sich ihre Stimmung; zumeist waren dies die Unterseeboote auf weiter Fahrt der ersten Anfänge des Unterseebootkrieges, die Mannschaften der Zeppeline, Hilfskreuzer und der Tauchboote Flanderns sowie der Marinefliegerstaffeln. Die Hochseeflotte aber hatte in den ersten Jahren eine schwere Zeit. Die Gefechte im August 1914 und Januar 1915 waren Kämpfe von Teilen beider Gegner, sie blieben bis zur Skagerrakschlacht die einzigen Gelegenheiten für die deutsche Flotte ihren Wert zu beweisen. Die Taten unserer Auslandsschiffe stehen turmhoch über den Leistungen der Heimatflotte; sie können aber hier außer Betracht bleiben, da sie an der Weiterentwicklung in der Marine keinen Anteil haben. Die langen Monate, die zwischen den ersten Kämpfen und der Skagerrakschlacht lagen, waren mit nervenaufreibendem Warten angefüllt, schlimmer als die Tage, in denen die Grabenbesatzungen Flanderns oder an der Somme auf den Ansturm der Gegner warteten. Nicht genug damit, daß die Mehrzahl der Marineangehörigen keine Gelegenheit bekam sich wirklich als Mitkämpfer zu betätigen, sie hatte auch unter vielen und großen Entbehrungen zu leiden, von denen die Heimat nichts wissen konnte und durfte.

Die Hochseeflotte lag zumeist nahe den heimatlichen Küsten in einer Art Lauerstellung, einmal in der Nordsee, gelegentlich auch in der Ostsee, denn dort bot sich durch die Schwäche der russischen Marine öfter Gelegenheit zum Eingreifen bei Operationen am linken Flügel der Armee, bei Riga. Streiffahrten in der Nordsee, die manchmal ausgeführt wurden, boten wohl Abwechslung, hatten aber andere Schädigungen des Geistes im Gefolge.

Die Mannschaften hatten einen aufreibenden Wachdienst, der darum ganz

besonders auf Nerven und Gemüt wirken mußte, weil sie am Tag keinen Raum an Bord hatten, wo sie, ungestört sich selbst überlassen, sich aufhalten konnten; erst nachts wurden für die Freiwache Hängematten ausgegeben, die in der Batterie aufgehängt wurden, oft schlief die Freiwache auch nachts an den Geschützen, am Tage immer. Alkohol durfte einer strengen Verfügung zufolge in keiner Form genossen werden, da er die Wachsamkeit und Schlagfertigkeit des einzelnen wie der Gesamtheit der Besatzung aufs schwerste beeinträchtigt hätte. Die Unbequemlichkeiten und Einschränkungen hätten gut disziplinierte Leute vom Schlag unserer Matrosen noch ausgehalten. Aber der Dinge sind noch mehr, die ihren Geist untergruben. Das Essen war von einer aufreizenden Einförmigkeit. Es hielt keinen Vergleich mit dem Essen der Landtruppen aus. Diese konnten bei Offensiven stets mit einer bedeutenden Aufbesserung des Küchenszettels rechnen und hatten im besetzten Gebiet des Hinterlandes stets eine Quelle von Genußmitteln, die selbst dem einfachsten Landser einmal auf Tage oder Stunden erreichbar war. Die Flotte hatte nichts dergleichen; denn die wenigen in der Nordsee und im Kanal gekaperten Schiffe wurden fürs Landheer gelöscht. Weiter aber (und dies ist wesentlich): Die geistige Nahrung der Flotte war unzureichend und unschmackhaft. Wohl erhielten sie die wohlfrisierten Telegramme des Wolffschen Bureaus aus erster Hand durch den funkentelegraphischen Apparat; das war aber auch alles. Zeitungen und Post waren rarer als alles andere. Manchmal waren die Schiffsbesatzungen wochenlang von jeder Postverbindung abgeschnitten und erhielten keinen andern Lese- stoff als die faden Bücher der Gräfin Schimmelmann und anderer Seemannsmission treibenden Damen, an denen in den Schiffsbibliotheken kein Mangel war.

Wenn diese Maßnahmen alle Mitglieder der Besatzungen gleichmäßig getroffen hätten, dann hätten sie vielleicht nicht so schnell und so durchschlagend die Depression des Geistes der Marine hervorgerufen. Aber es war leider nur die sogenannte Mannschaft, die sich diesen Entbehrungen unterziehen mußte. Die Messe wußte von alledem gar nichts. Die Messe lebte sorglos dahin, sie bekam aus der Pantry ihren Wein und Cognac, sie hatte ein Essen zu jeder Mahlzeit, daß die Landbevölkerung vor Staunen niedergekniet wäre, hätte sie es gesehen; die Messemitglieder hatten ihre hübschen, wohl kleinen und engen, aber anheimelnden Kojen, sie bekamen auch ihre Post und ihre Zeitungen mit dem Depeschboot, sie erhielten törnweise ihren Urlaub aufs Land. Überflüssig zu erwähnen, daß sie alle ihr Gepäck bei sich hatten, das alle Annehmlichkeiten des soliden, normalen bürgerlichen Lebens auch inmitten der langweiligen Nordsee aus seinen Kästen und Fächern spendete. Das alles mußte die Mannschaft neiderfüllt sehen; denn selbst auf einem Riesenschiff wie etwa Bayern mit seinen 30 000 Tonnen sind die Raumverhältnisse so begrenzt, daß sich die Messemitglieder nicht völlig von den Angehörigen des Vorschiffes abschließen können, wie sie es wohl gern getan hätten. Durch Läufer, Stewards, Burschen und Köche hängt die Messe mehr mit den Backschaften zusammen als mancher vom Achterschiff geahnt haben mag. Wenn der Maat und seine Gästen Ruderwache gingen, und der wachhabende Offizier auf der Brücke als *pièce de résistance* gelangweilt seine Schläge von Back- nach Steuerbord törnnte, dann wußten sie, daß die Messe es sich bei steifem Grog wohl sein ließ, daß 60 Menschen

keine Sorgen hatten und mehr als 1000 mit sehnächtigen Gedanken in der Messe weilten und hungrig und verfroren dem nächsten Backen und Banken entgegenharrten. Sie wußten, daß, wenn das Depeschenboot an der Kimm auftauchte, es außer Befehlen einen kleinen Sack voll Briefe und Zeitungen brachte, daß diese Herrlichkeiten aber nur den Weg über Steuerbordsfallrepp ins Schiffsinne finden würden. Sie wußten, wenn *Post von Bord* gepfiffen wurde, daß man in Wilhelmshaven ihre kargen Mitteilungen an die Lieben daheim mit Argusaugen durchlesen würde, um jede intime Verbindung mit der Heimat zu unterbinden, um den Versuch eines Ausplauderns des wahren Zustands in der Flotte zu verhindern. Sie wußten, daß, wenn sie Jade aufwärts die Schleusen passiert hatten, ihrer im Hafen Arbeit über Arbeit harrte, daß es ihnen nicht vergönnt sein würde die Ruhezeit so zu genießen wie die Kameraden von der Armee es in den besetzten Gebieten tun konnten, sondern daß *Klar Schiff* und Kohlen, Exerzieren und nochmals Exerzieren ihrer harrten, daß die blonden Friesinnen nicht dazu da seien, um Jan Maat die Zeit des im Hafen Liegens zu versüßen.

Je kleiner das Schiff, je enger der Kreis der Menschen, die sich tagtäglich sehen und mit einander arbeiten müssen, um so größer die Gefahr der Gewöhnung, die Gefahren des Verstumpfens und der Herabdrückung des Geistes. Die Skagerrakschlacht, die der Hochseeflotte wieder einmal ihren Daseinszweck, ihre Existenzberechtigung nachzuweisen schien, hatte eine Besserung zur Folge. Die Stimmung als solche hob sich, die Ehren, die man der Flotte bereitwilligst und zahlreich zukommen ließ, taten das Ihre. Aber es blieb nicht lange so. Die selben alten Fehler, die von den Vorgesetzten gemacht worden waren, wurden wieder und immer wieder begangen, bis das Faß zum Überlaufen voll war. Es gab natürlich auch Ausnahmen, wie ich solche schon eingangs erwähnte. Aber das waren alles Marineangehörige, die in so enger Fühlung mit dem Land waren, daß sie das Entnervende des 4½ Jahre langen Abgeschlossenenseins auf See nicht so empfanden. Es gab auch einsichtige Vorgesetzte, die die geistige Öde ihrer Untergebenen spürten und ihr mit Eifer und Bemühen zu steuern suchten, aber sie drangen nicht durch, bei der Masse der Gleichgültigen, die nur dem eigenen Ich dienten, die den einstmals gepriesenen Sinn des Verteidigungskrieges längst vergessen hatten.

Als dann die Wahrheit über die geschminkten Berichte des Unterseebootkrieges (die wesentlich mit dazu beigetragen hatten dem Unterseebootkrieg seinen einzig richtigen politischen Sinn zu nehmen, den er von Anfang an hätte haben müssen: nämlich die Bekundung des Willens zur kontinentalen Verständigung; die vielmehr in dem Wahnglauben an eine *Niederzwingung Englands* nach Brest Litowsk führten), als diese Wahrheit allmählich durchsickerte, und in der Flotte mußte sie als solche eher erkannt werden als im Landheer und gar erst zu Hause, da war die Stimmung der enttäuschten Marine unter den Gefrierpunkt gesunken. Der Trumpf gar, den man mit der Opferung der Flotte ausspielen wollte, mußte zur Katastrophe führen. Als die ersten Nachrichten über dieses Projekt bekannt wurden, gab es nicht wenig Stimmen, die diese Tatsache in das Reich der Fabel verwiesen. Und dennoch wird sie von den Angehörigen der Marine genügend glaubwürdig bezeugt. Mit einer großen Seeschlacht sollte dem erstickenden Landheer Luft gemacht werden. Das war immerhin ein strategischer Gedanke. Doch auch seine

ADOLF BEHNE · UNSERE MORALISCHE KRISIS

MIT einem Gefühl der Traurigkeit und der Beschämung blicken wir auf die Errungenschaften unserer Revolution. Was ist in den 10 Wochen Revolutionszeit geschehen? Die Zensur ist aufgehoben und der Belagerungszustand. Eine Selbstverständlichkeit. Sonst aber ist, nach den wenigen kurzen Tagen des ersten Elans, der Geist des alten Regimes in unserer Öffentlichkeit wiedergekehrt. Am liebsten möchte man die alte Maschine wieder in Gang setzen, nur ein bißchen neu lackiert.

In 10 Wochen kann nichts Unmögliches geleistet werden. Aber wenn wir uns einmal erinnern wollen, was in 10 Wochen des Kriegsbeginns möglich gemacht worden ist: kommt einem da das von dem neuen Regime Geleistete nicht doch etwas dürftig vor? Eines zum mindesten hätte man von ihm verlangen dürfen: den Beweis, daß wirklich eine neue Zeit beginne, den klaren, von keiner Seite mißzuverstehenden Bruch mit der Vergangenheit, den Entschluß zu einem neuen Anfang, eine offene und ehrliche Verurteilung des Geschehenen; nicht mit Phrasen sondern durch Taten.

Seien wir doch endlich einmal wahr und aufrichtig gegen uns selbst! Es ist bequem die Schuld auf das alte Regime abzuwälzen, dieses als Sündenbock zu benutzen. Aber es ist nicht aufrichtig. Denn noch ist nirgends der Bruch geschehen. Von der Aussprache dieser Tatsache darf uns der Umstand nicht abbringen, daß französische Zeitungen zu einem ganz ähnlichen Urteil über den Wert unserer *Erneuerung* gelangen. Zwar hat man im Krieg bei uns stets geklagt, daß uns das Ausland nicht kenne, daß es unglaubliche Ansichten von unseren inneren Zuständen habe; aber das war eine der vielen Selbsttäuschungen, mit denen wir uns verdammt haben. Wären wir doch nur halb so gut über die Gesinnung des Auslands unterrichtet wie jenes über uns! Die französischen Zeitungen sehen klarer als der große Teil der deutschen Öffentlichkeit, wenn sie an die Aufrichtigkeit unserer neuen Gesinnung bisher nicht glauben wollen.

Unsere alte Gesinnung war nationalistischer Dünkel (das »deutsche Wesen«, an dem die Welt »genesen« sollte), Furcht des einzelnen vor der eigenen Verantwortlichkeit (daher das freudige und bedingungslose Parieren), Scheu vor allen politischen Neuerungen, streberische Rücksichtslosigkeit im wirtschaftlichen Verkehr und eine gewisse Indolenz gegenüber moralischen Forderungen an die Allgemeinheit. Selbst unerhörten Rechtsbeugungen und Ungerechtigkeiten gegenüber, die am krassensten zutage traten, sobald eine *militärische Notwendigkeit* vorlag, haben wir es nie zur Wallung gebracht, höchstens zu bescheidenen Protesten, die vor den begeisterten Verteidigern jeder Machtpolitik bald verstummten. Diese Züge des modernen Deutschen (Heinrich Mann hat sie in seinem Untertan mit fabelhafter Erkenntnis hingestellt) haben unser öffentliches Leben gelähmt. Eigentlich kannten wir gar kein öffentliches Leben. Regiert wurde heimlich, trotz allen Parlamenten, Heimlichkeit und daher Unaufrichtigkeit, ja dumpfe Lügenhaftigkeit lagerte über dem Deutschen Reich. Der Deutsche glaubte den Lügen seiner Presse bedingungsloser als irgendein Europäer sonst. So kam es, daß er immer voller Argwohn steckte und endlich des Gefühls einfacher Liebe nicht mehr fähig schien.

Ich glaube nicht, daß das deutsche Volk schlechter ist als irgendein anderes. Aber es scheint fast so, als ob in keinem andern Volk die Quellen der Ursprünglichkeit so tief begraben sind. Der Deutsche getraute sich schließlich nicht mehr ein natürlicher Mensch zu sein; er war stets und immer *offiziell*. In welcher Richtung man immer die deutschen Grenzen verlassen mochte, plötzlich fiel ein dumpfer Druck von den Sinnen, wenn man die ersten französischen, italienischen Häuser sah. In Elsaß-Lothringen erkennt man jedes einzelne nach der deutschen Annexion gebaute Haus im Augenblick: an einer Einzelheit des Gesimses, am Fensterkreuz, am Eingang. Alles Neudeutsche steht hier so fremd, so aufdringlich, so breitspurig und herrschsüchtig, daß jeder es sieht, nur eben nicht der deutsche Architekturbeamte, der das herrliche Straßburg durch seinen Schloßplatz beleidigt und nicht glauben kann, daß ein Volk durch Architektur beleidigt zu werden vermag. Frei, leicht und aufwandlos stehen die französischen Häuser: wie schön der Platz, den man in Metz von der Bahn aus sieht! Steif, schwer und gut angezogen (nicht so ärmlich) die deutschen.

Konnte der Deutsche unserer Epoche zuletzt überhaupt noch anders sein als offiziell? Und wie nah zusammen gehört doch das Offizielle mit Unaufrichtigkeit!

EINE neue Gesellschaft der Erdvölker soll in den nächsten Monaten geschaffen werden, unter der führenden Teilnahme eines Mannes, den die deutschen Regierenden und die deutschen Zeitungen zunächst wie einen der schlimmsten Verbrecher beschimpft, und an den sich dann die Vertreter der selben Regierung in ihrer höchsten Not um Rettung vor dem Schlimmsten gewendet haben. Daß der Sozialist gegen die Wilsonsche Fassung des Völkerbundes kritische Einwendungen erhebt, daß er, wie Herman Kranold vor 3 Wochen hier ausführte, »dem formalen Völkerbundziel angelsächsischer Prägung ein anderes Ideal eines Völkerbundes entgegenstellt«, ist hier in den Sozialistischen Monatsheften oft genug dargelegt worden. Aber wie auch der Sozialist den objektiven Inhalt der angelsächsischen Politik erkennt, niemals wird diese seine Auffassung ihn hindern den persönlichen Idealismus und die Lauterkeit des Mannes anzuerkennen. Unsere geschlagenen Militärs aber und unsere verausgabten Diplomaten, sie wollten Wilson *auf die Probe stellen*: »Jetzt muß er zeigen, der Herr Wilson, ob er wirklich der Idealist ist oder der gerissenste Betrüger.« Es gab für uns, für das klassische Volk der Idealisten (Graf Brockdorff-Rantzau hält es scheinbar für dem deutschen Volk nützlich, wenn er in seinen Noten an die Alliierten in larmoyanter Weise auf den deutschen Idealismus hinweist), es gab für uns nur dieses Mittel zu erkennen, ob Wilson persönlich aus Idealismus handle? Das würfe auf unsern Idealismus ein zweifelhaftes Licht. Und hat man es denn später, nachdem diese sonderbare *Probe bestanden* war, für die selbstverständliche Pflicht anständigen Menschentums gehalten sein eigenes früheres Verhalten zu entschuldigen?

Woher stammte denn diese Wut gerade gegen die Person Wilsons (das objektiv Politische sei hier, wie oben, beiseite gelassen)? Weshalb wollte man durchaus nicht glauben, daß er persönlich von idealistischer Gesinnung erfüllt sei? Voller Argwohn sah der offizielle Deutsche, tief verloren im Materialismus, die Geschehnisse der Welt und die Handlungen ihrer Bewohner

an, und unglücklich sah er überall nur Bedrohung, Korruption oder Schwindel. So weit war er durch das Offizielle in sich gebunden, daß er kaum noch an Menschlichkeit glaubte, daß Menschlichkeit ihm meist Schwindel oder Dummheit schien. So verlor der deutsche Offizielle das Organ für allgemeine Ideen, so glaubte er an nichts als an das Rüsten, so trat er im Haag auf, so mußte er schließlich der Welt da draußen als das große Hindernis des Völkerfriedens erscheinen. Das alles müssen wir mit Offenheit aussprechen. Denn wir müssen aus dem Sumpf des Officialismus wieder heraus. Gelingt uns das nicht bald, so werden wir weiter isoliert bleiben in Europa, und trotz aller tapfern Arbeit einzelner werden wir geistig zugrunde gehen. Die offizielle Gesinnung, ich finde kein treffenderes Wort, mordet in uns alle Menschlichkeit, jede Heiterkeit, jede Helligkeit und jede Güte.

Wenn man mich fragt, ob diese Gesinnung denn wirklich so verbreitet sei, so sage ich nur: Betrachtet eure Straßen! Bis 1870 habt ihr zwar auch im Kasernenstil, aber doch ohne Präntention gebaut; seit 1871 baut ihr *herrschaftlich*. Und heute gibt es kein Kaufhaus, das sich nicht offizieller hinstellte als früher die meisten Ministerien. (Sonst pflegte man derartige Geisteszustände aus der Literatur zu beweisen. Ich wähle die Architektur, weil sie jedem bequem und sichtbar vor Augen steht und eigentlich unfehlbarer ist.)

Wie kommen wir aus dieser Gesinnung heraus?

Mit enthusiastischen Hoffnungen sahen wir die Revolution anheben. War nicht der Widerwille gegen das alte Regime so ungeheuer, daß man glauben konnte, es werde von nun an eine reinere Luft in Deutschland wehen? Bruch mit dem Militarismus, Bruch mit der Geheimdiplomatie, Bruch mit der Unaufrichtigkeit, Bruch mit dem Argwohn, Beginn öffentlicher Menschlichkeit: das mußten und durften wir erwarten.

Nichts davon ist geschehen. Der alte Selbstbetrug geht weiter. Dem »unbesiegten Heere« werden Triumphpforten errichtet, Einzug durch das Brandenburger Tor. (Dachte niemand an die Empfindungen der Soldaten, die es doch besser wußten, und die nach allen ihren Leiden sich zu dieser Schaustellung, dieser krampfhaften Aufrechterhaltung einer unwahren Phrase hergeben mußten?) Das ist der Bruch mit dem Militarismus. Worin unterscheidet sich solche Unwahrheit von der Unaufrichtigkeit der früheren Schlachtberichte? Es gibt keine Zensur mehr. Aber sind die Zeitungen ehrlicher, mannhafter geworden? Ihre fortgesetzte Halbheit und Zweideutigkeit berechtigt uns an ihrer eifertigen Versicherung zu zweifeln, daß sie während des Krieges die Wahrheit nur deshalb nicht gesagt hätten, weil die Zensur es nicht gestattete. Manchmal sagen sie auch, sie hätten den deutschen Siegeswillen nicht brechen wollen. Aber das eben ist ja ihre Schmach: Solange bei der Sache etwas zu erhoffen stand, mochten sie den *Siegeswillen nicht brechen*; nachdem aber der Sieg zusammengebrochen ist, haben sie es *von vornherein gewußt*, daß dieser Krieg ein Wahnsinn sei. Deutscher Zeitungsleser, deine Geduld mit diesen Seelenverderbern ist rätselhaft. (An dieser Stelle möchte ich den Vorschlag machen das Abonnieren auf Zeitungen gesetzlich zu verhindern, außer wenn der Leser nachweisen kann, daß er gleichzeitig auch noch andere, gegensätzliche Zeitungen abonniert. Denn das Schlimme ist nicht die gelegentliche, einmalige Zeitungslüge, son-

dern die ständige, in gleicher Richtung sich bewegende Verblödung der *treuen, langjährigen* Abonnenten. Muß jeder sich seine Zeitung auf der Straße kaufen, so wird von selbst, schon durch allerlei Zufälle, ein Wechsel der partiischen Lügenhaftigkeit und als sein Nutzen ein Stützgewerden des Lesers erreicht.)

DEUTSCHE Künstler und Wissenschaftler hatten zu Kriegsbeginn ein Manifest in die Welt gesandt, einen Protest gegen das Barbarengeschrei, der durch sein strammes Eintreten für die Gerechtigkeit der deutschen Sache im Ausland Befremden erregte. Die selben deutschen Künstler und Wissenschaftler bieten jetzt in einem neuen Manifest der Welt die Bruderhand. Die Welt findet diesen Gesinnungswechsel etwas unvermittelt und etwas stark opportunistisch. Wäre dieser Aufruf vor 4 Jahren erfolgt, er hätte großen Wert gehabt. Heute hätte er nur Wert durch das offene, ehrliche Eingeständnis begangener Fehler und Irrtümer.

Was hindert nicht nur diese deutschen Künstler und Wissenschaftler sondern die gesamte deutsche Öffentlichkeit an einem solchen offenen und ehrlichen Eingestehen, das für uns selbst die unerläßliche Vorbedingung wirklicher Freiheit ist? Falscher Stolz, Mangel an Menschlichkeit. Man liest es hundertmal am Tag, daß wir wohl der »Übermacht« unterlegen seien, uns aber nicht vor unseren Feinden »demütigen«. Aber demütigen wir uns nicht in Wahrheit hundertmal am Tag, wenn wir würdeloses Flehen nach der einen Seite (Amerika) richten (und uns dort sagen lassen müssen, daß wir die Verkehrsformen innehalten sollten); während wir gleichzeitig gegenüber der andern Seite (Frankreich) durch allerhand kleine Ausstreuungen und grundlose Beschuldigungen Mißtrauen und Haß säen (und deshalb dort geringschätzigem Schweigen begegnen)? Die Wahrheit ist, daß die gestürzte Regierung in einem Krieg, der infolge ihrer verfehlten und verwerflichen Politik verloren war, noch ehe er begonnen hatte, und den das in totaler Unkenntnis gehaltene Volk 4½ Jahre lang ertrug, bis mehr und mehr die Erkenntnis der Wahrheit es widerwillig machte, eine völlige, vernichtende Niederlage erlitt. Dieser Krieg brachte den Sieg moralischer, menschlicher Ideen in der Masse der gemeinen Soldaten. In seinem unvergänglichen Buch *Le feu* hat Henri Barbusse dieses notwendige Aufkommen moralischer Ideen unter den französischen Poilus dargestellt. Die absolute Gleichartigkeit der Vorgänge und der Empfindungen in den deutschen Schützengräben gehört zu den tiefsten Wirkungen der Erzählung. (In den Europäischen Büchern ist der Barbussesche Roman deutsch erschienen. Es wäre ein Entschluß, wenn die Lektüre dieses Buches bei uns als Schullektüre in den höheren Klassen eingeführt würde.)

Unzweifelhaft war das erste Stadium der Revolution von moralischem Charakter. Deshalb durften wir auf eine welthistorische moralische Krisis in Deutschland hoffen. Aber es kam nicht so weit. Wieder verschanzen sich die geduldeten Wortführer der Nation hinter der gemeinen Lehre: Die anderen sind auch nicht besser (als ob das, auch wenn und wo es wahr ist, für uns entscheidend sein dürfte!). Wieder säen sie Argwohn und verstocken das kaum geöffnete Herz. Unsere Aufgabe aber ist es die moralische Krisis zum Durchbruch zu bringen, indem wir dafür sorgen, daß über den trau-

rigsten Abschnitt deutscher Geschichte der Allgemeinheit keine Illusionen und Zweifel bleiben; daß der Weg zum Zusammenbruch wenigstens den Wert hat uns die Augen zu öffnen über uns selbst, über unsere innere Unfreiheit (aus der unsere Professoren in traurig unbewußter Selbstironie eine *deutsche Freiheit* gemacht haben), über unsere, durch Autoritätsglauben und Machtwahn bedingte Engsichtigkeit, die die Einigung des europäischen Festlands unmöglich machte und so unsere eigene (und die europäische) wahre menschliche Zukunft in Frage stellte, ja überhaupt vernichtete, wenn wir nicht, das Altgewohnte von uns abtuend, jetzt einen andern, den entgegengesetzten Weg gehen.

Darum ist es auch so wichtig, daß wir in geschlossener Reihe jedweden Versuch, von welcher Seite er auch ausgehen mag, diesen Krieg zu heroisieren, mit rücksichtsloser Entschlossenheit entgegentreten. Hier kann kein sentimentales Rücksichtnehmen auf unklare Empfindungen Unglücklicher uns heirren. Alles war vergeblich, wenn auch hier wieder die Wahrheit in ein Ideal verlogen wird, wie bisher fast stets der Sinn der Weltgeschichte war. Es gibt in diesem Krieg keine Helden, so sagte schon 1916, mit Freimut Eugen Fischer (in der Tat), nur Märtyrer. Aber kühner noch und unerbittlicher gegen sich selbst sagte 1915 Barbusse: »Rohe und unermüdliche Schlächter sind wir gewesen, weiter nichts. Aber es soll mir keiner kommen und von Soldatentugenden sprechen, weil ich Deutsche getötet habe.« Es gibt keine Gloriole um diesen Krieg; nicht deshalb, weil wir ihn verloren haben, sondern wenn wir ihn gewonnen hätten, würde es genau so keine Gloriole für ihn geben. Barbusse hat die Wahrheit über ihn gesprochen, die schlichte, einfache, aber unverbrüchliche Wahrheit: »Mehr als das alles [Attacken, Schlachten, Nahkampf] ist dieser Krieg: es ist die furchtbare, die übernatürliche Erschöpfung, Wasser bis an den Unterleib, und der Kot und der Schmutz und der gemeine Dreck.« Das ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, daß dieses wahre Bild des Krieges nie *blank geputzt* werde. Mehr als alle ethische und religiöse Aufklärung (die trotzdem unentbehrlich ist) wird es wirken dieses wahre Bild des Krieges, das Bild aus »Kot und Schmutz und gemeinem Dreck« unvergeßlich zu machen. Und dann haben wir einen fast noch nie genutzten Helfer in dem großen Antimilitaristen Paul Scheerbart, von dem wir besonders sprechen müssen. Seine Große Revolution sollte der Verleger durch eine Neuausgabe zum Volksbuch machen.

Wir werden mit unserer Arbeit bei den Bürgern auf große Schwierigkeiten stoßen. Unter einem Bürger verstehe ich jeden Menschen, den Rücksicht auf Nutzen, Tradition oder Gewohnheit verhindern ein wirklich Erkennender zu werden; weshalb eben jede Erkenntnis und mehr noch jedes Bekenntnis bei den Bürgern auf erbitterten Widerstand stößt. Aber lassen wir doch die Bürger. Sie haben durch 100 Jahre Gelegenheit gehabt zu zeigen, ob sie die Menschheit zu führen verstehen. Sie haben versagt. Es bleibt uns also nichts anderes übrig als uns an die Proletarier zu wenden, das heißt an jene Menschen, die Besitz verschmähen, in denen Gefühl tiefster Zusammengehörigkeit über alle Grenzen hin lebt, die Voraussetzungslosen, die Vorurteilslosen, deren vollkommenstes Beispiel Dostojewskij ist, der sich ja selbst als Proletarier bezeichnet hat. Bei ihnen werden wir Verständnis finden. Denn unsere Welt ist die gleiche.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Staatssozialismus / Edmund Fischer

Sozialisierung Der Sozialisierungsprozeß ist in dieser Zeitschrift seit ihrem Bestehen verfolgt und zur Darstellung gebracht worden, während die angeblichen Marxisten es abgelehnt und verspottet haben in der Verstaatlichung, Kommunalisierung und Genossenschaftsbildung eine sozialistische Entwicklung zu erkennen. Nach der Revolution aber, nachdem die sozialistischen Parteien die politische Macht ergriffen hatten, wurden die Marxisten plötzlich vor die Verpflichtung gestellt die »Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln: Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel, in gesellschaftliches Eigentum« vorzunehmen. Denn die Produktivkräfte sollten ja bereits »der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen«, das Privateigentum an Produktionsmitteln sollte unvereinbar geworden sein »mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung«. Die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Leipzig und Chemnitz (unter denen sich auch Mehrheitssozialisten befanden) haben denn auch, in Konsequenz des Erfurter Programms, sofort nach der Revolution einen Aufruf an das sächsische Volk erlassen, in dem der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems konstatiert und die Verwirklichung des Sozialismus angekündigt wird. Dann heißt es wörtlich: »Verwirklichung des Sozialismus heißt Verwandlung der kapitalistischen Produktion in gesellschaftliche, Enteignung des Privateigentums an Grund und Boden, Berg- und Hüttenwerke, Rohstoffe, Banken, Maschinen, Verkehrsmittel usw., Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, Übernahme der Produktion durch das Proletariat.« Das war aus dem Parteiprogramm abgeschrieben, erregte indes den größten Unwillen der sozialistischen Presse Sachsens. Die sächsische Regierung, der 3 Mitglieder der alten Sozialdemokratie und 3 Mitglieder der Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten angehören, erließ am 18. November einen Aufruf an das sächsische Volk, in dem es unter anderem hieß: »Die Beseitigung jedes auf Ausbeute beruhenden Einkommens ist zu erstreben, desglei-

chen die Vergesellschaftung der dazu geeigneten kapitalistischen Unternehmungen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr.« Die Reichsregierung setzte eine Kommission ein, die die Aufgabe erhielt zu untersuchen, wie die Sozialisierung durchgeführt werden könne. Und diese Kommission, der 3 entschiedene Vertreter des Marxismus angehören, kam zu dem Ergebnis, daß gar nichts anderes geschehen könne als die sozialistische Entwicklung zu fördern, die bisher schon in der kapitalistischen Gesellschaft zutage getreten ist. In einer programmatischen Erklärung dieser Kommission heißt es: »Die Kommission für die Sozialisierung ist sich bewußt, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nur in einem länger währenden organischen Aufbau erfolgen kann.« Also in einer lange währenden Entwicklung: was wir bisher stets betont haben. Die Kommission ist ferner der Ansicht, daß für die Exportindustrie und den auswärtigen Handel die bisherige Organisation gegenwärtig noch beibehalten werden müsse. In die bisherigen Besitz- und Betriebsverhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung dürfe nicht eingegriffen werden. »Hier soll durch der Landwirtschaft angepaßte Maßnahmen und durch Unterstützung der Genossenschaften die Produktivität gehoben und die Intensität gesteigert werden.« Dagegen ist die Kommission der Ansicht, daß jene Gebiete der Volkswirtschaft, in denen sich kapitalistisch-monopolistische Herrschaftsverhältnisse herausgebildet haben, »für die Sozialisierung in erster Linie in Betracht kommen«. Insbesondere müsse der Gesamtheit die Verfügung über die wichtigsten Rohstoffe, wie Kohle und Eisen, zustehen. Auch sei zu prüfen, ob die Hypothekenbanken und das Versicherungswesen für die Sozialisierung in Betracht kommen. Schließlich wird noch gesagt: »Die Kommission ist der Ansicht, daß es von der Natur der Wirtschaftszweige abhängt, welche Maßnahmen für die Sozialisierung am geeignetsten erscheinen, ob die Verfügung dem Reich, den Kommunen oder anderen Selbstverwaltungskörpern zustehen soll, oder ob für einzelne Produktionszweige die Ausdehnung der Eigenproduktion der Genossenschaften das geeignete Mittel der Ausschaltung des kapitalistischen Profits darstellt.« Das ist im wesentlichen das Programm, das bisher und lange Zeit hindurch fast

nur in den Sozialistischen Monatsheften vertreten wurde. Diese Sozialisierung ist aber auch selbst nichts Neues sondern schon lange im Fluß. Auch die Verstaatlichung des Bergbaus (das zunächst Zweckmäßige wäre eine Verstaatlichung des Kohlenhandels) und des Versicherungswesens sind seit längerer Zeit geplant gewesen.

Mit großer Mehrheit hat nun auch der Kongreß der Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands am 20. Dezember 1918 einen Antrag angenommen, in dem die Regierung beauftragt wird mit der Sozialisierung aller dazu geeigneten Industrien, insbesondere des Bergbaues, unverzüglich zu beginnen. Aber daß die Sozialisierung nicht durch Dekrete sondern, wie es notwendig ist, nur durch eine gesetzliche Regelung im zukünftigen Reichsparlament vorgenommen werden kann, ist ganz selbstverständlich. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts, Genosse August Müller, führte in einem Vortrag vor Pressevertretern am 28. Dezember folgendes aus: Dem Willen zur Sozialisierung seien durch die weltwirtschaftlichen Verhältnisse Grenzen gesetzt. Für das Reichswirtschaftsamt gebe es nur einen Grundsatz: Welche Wirtschaftsform ist vom Standpunkt der Allgemeinheit rationaler? Im Augenblick seien Verstaatlichungsexperimente besonders unangebracht, weil die Entente erklärt habe, daß sie das Privateigentum in Deutschland respektieren werde, während sie jede Art von Staatseigentum als Pfand für ihre Forderungen betrachte. Deshalb könne auch von einer sofortigen Verstaatlichung des Kohlenbergbaus vernünftigerweise gar keine Rede sein. Das schließe natürlich nicht aus, daß man eine immer größere allmähliche Ausdehnung der genossenschaftlichen, kommunalen und staatlichen Gemeinwirtschaft für die Zukunft zu erwarten habe. Diesen Ausführungen Müllers wird man durchaus zustimmen können. Das Problem der Sozialisierung bleibt also das selbe, was es bisher war, nur daß die vorwärtstreibenden Kräfte nun stärker geworden sind und die Ausgestaltung der verstaatlichten und kommunalisierten Betriebe im sozialistischen Geist nun besser und rascher vor sich gehen kann. Aber eine größere Beachtung hätten die öffentlich-rechtliche Elektrizitätsversorgung, die Wasserwirtschaft und die staatlich-kommunale Lebensmittelversorgung, als die ersten und wichtigsten Aufgaben der Sozialisierung, verdient. Das wird hoffentlich in der

neuen Volksvertretung geschehen, die sich mit der Sozialisierung befassen muß.

Rußland Die *Nationalisierung* der Produktion (Industrie und Landwirtschaft) ist auch in den letzten Monaten noch weiter ausgebaut worden. Das heißt, das Gebäude der *sozialistischen* Gesellschaft wird von der Sowjetregierung auf dem Papier immer höher errichtet. Während dessen geht die reale Produktion immer weiter zurück. Wie auf einer Konferenz der Vertreter der vereinigten Transportmittelabriken, die durch die Sowjetherrschaft nationalisiert worden sind, berichtet wurde, sind bis jetzt von allen nationalen Werken dieses Industriezweigs mehr als 20 vereinigt. Darunter befinden sich die gewaltigen Sormowskischen und Kolomenskischen Werke, die vor dem Krieg über ein Vermögen von je 15 Millionen Rubel verfügten. Bis zum bolschewistischen Novemberstreich war es bis auf 50 Millionen Rubel angewachsen. Besonderes Interesse erweckte der Bericht des Vertreters des Brjanskijschen Werkes, das früher als die anderen nationalisiert worden ist. Vor der Nationalisierung zählte dieses Werk 17 000 Arbeiter und fabrizierte Dampfmaschinen, Waggonen, landwirtschaftliche Maschinen und Artilleriemunition. Zurzeit ist die Zahl der Arbeiter auf 6500, das heißt auf ein Drittel, zurückgegangen. Da die Fabrik nur für den eigenen Bedarf der staatlichen Betriebe, Staatseisenbahnen usw., arbeitet, keiner Konkurrenz ausgesetzt ist, war die Aufrechterhaltung der Produktion nach der gewaltsamen Expropriation eine sehr einfache und leichte Sache. Um so größer ist das Fiasko, das in diesem Ergebnis liegt.

Auch eine andere Nachricht beweist, daß man mit Dekreten nicht eine sozialistische Produktionsweise schaffen kann. Laut einem Dekret will jetzt die Regierung die Verfügung über 23 Gerbereien, die $3\frac{1}{2}$ Millionen Felle verarbeiten, und 12 Schuhfabriken, die $4\frac{1}{2}$ Millionen Paar Schuhe jährlich fertigstellen, übernehmen. Die Zentrale der Reichsgerbereien und Schuhfabriken wird diese Unternehmungen verwalten. Das heißt also: Obwohl die Nationalisierung bereits vor mehreren Monaten dekretiert worden ist, will jetzt erst die Regierung die Fabriken übernehmen. Leider erfährt man nicht, inwieweit die Produktion in diesen Betrieben überhaupt noch erhalten geblieben ist.

Ferner wird aus Moskau berichtet, daß der Ministerrat die Monopolisierung des Saatkorns beschlossen hat. Danach gehören alle Samenvorräte in die Reichslager. Mit der Errichtung solcher Lager ist begonnen worden. Das Exekutivkomitee des Gouvernements Witebsk hat die Nationalisierung aller Hotels und Lichtspiele der Stadt angeordnet. In Roslawlj sind alle in Privatbesitz befindlichen Buchdruckereien nationalisiert worden und sollen zu einer einzigen großen Druckerei vereinigt werden. In Welsk ist eine Streichholzfabrik und gegen 30 andere Fabriken nationalisiert. Das Exekutivkomitee des Gouvernements Woronesch hat die Nationalisierung des ganzen Handels angeordnet, den Fisch- und Fruchthandel ausgenommen. Für die Durchführung der Nationalisierung sind 10 Millionen Rubel angewiesen. Das Kommissariat für Volkswirtschaft in Saratow hat sämtliche Organisationen des Saratowschen Gouvernements unter Kontrolle genommen. An dieses Kommissariat ist eine Reihe von Unterabteilungen angegliedert worden. Die chemische Unterabteilung verwaltet 50 Unternehmungen. (In dem Ausbau einer gewaltigen Bürokratie übertrifft der Bolschewismus überhaupt alle bürgerlichen Regierungssysteme.)

In der Landwirtschaft werden *Kommunen* errichtet, das sind genossenschaftliche Organisationen, die der kommunistischen Idee entsprechen sollen. Nach einer von der Bauernsektion des Obersten Zentralexekutivkomitees vorgenommenen Enquete bestehen bereits 75 solcher Kommunen, von denen die meisten in der Zeit von März bis Mai vorigen Jahres entstanden sind. Meist waren, so wird aus Moskau berichtet, die Vorteile kollektiver Arbeit und die Notwendigkeit in großen ökonomischen Komplexen große Wirtschaften einzurichten der Antrieb zu ihrer Gründung. In 2 Fällen sind Kommunen mit dem Ziel einer Ideenpropaganda organisiert worden. Im Gouvernement Astrachan existiert eine Kommune seit 35 Jahren, die auf religiöser Grundlage entstanden ist. In einigen Kommunen wird fremde Arbeit gestattet.

Auch der Naturallohn kommt in der sozialistischen Gesellschaft Rußlands wieder zu Ehren. Auf der bereits erwähnten Konferenz der vereinigten Transportmittelabriken wurde der von Larin gemachte Vorschlag einer Naturalisierung des Arbeitslohns angenommen. Zu diesem Zweck werden den Fabriken einige

Güter überlassen, die von den Arbeitern selbst bearbeitet werden. Eine der meistgepriesenen Einrichtungen, die nach bolschewistischer Auffassung zum Wesen sozialistischer Produktion gehören sollen, ist aber bereits wieder beseitigt worden. Auf der genannten Konferenz kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung über die Frage der Arbeitskontrolle durch die Arbeiter in den nationalisierten Fabriken. Und die Konferenz nahm schließlich eine Resolution an, die die Beseitigung der Arbeiterkontrolle und ihre Ersetzung durch eine staatliche Kontrolle ausspricht.

Kurze Chronik Damit die Vergesellschaftung sich möglichst reibungs- und schmerzlos vollziehen könne, schlägt K. Bierbach im Berliner Tageblatt vor, das Reich solle verfügen, daß die Vermögensabgabe von den Großaktionären bestimmter Gesellschaften in Aktien geleistet werden müsse. ◊ Die Verstaatlichung der Eisenbahnen in England, die während des Krieges vorläufig vorgenommen worden ist, wird nun durch ein Gesetz bestätigt und geregelt, also zu einer dauernden Einrichtung gemacht werden. ◊ Im Programm der neuen Volkspartei in Polen, die verhältnismäßig schnell an Einfluß und Macht gewinnt, wird verlangt, der Boden müsse so schnell wie möglich in die Hände des Volkes übergehen. Zu diesem Zweck sollen Zwangsenteignung des Großgrundbesitzes durch den Staat auf gesetzlichem Weg, zu festgesetztem Preis, Verstaatlichung der Wälder durch Zwangsenteignung und rasche Parzellierung des Regierungsbodens erstrebt werden.

Literatur Die kleine Abhandlung Leo Symphers Die zukünftige Entwicklung der deutschen Wasserwirtschaft /Berlin, Carl Heymann/ ist eine willkommene Gabe für die so aktuelle Frage der Sozialisierung. Denn die planmäßige Regelung der Wasserwirtschaft gehört zu den ersten und wichtigsten Aufgaben einer sozialistischen Wirtschaftspolitik. Den Inhalt der Broschüre bilden ein Vortrag, den der Ministerialdirektor Sympher lange vor der Revolution in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft hielt, und die Diskussion, die sich daran schloß. Auch hieraus geht hervor, daß die Sozialisierung nur eine Beschleunigung der bisherigen Entwicklung sein kann.

Genossenschaftsbewegung / Heinrich Peus

Organisatorische Entwicklung Über die Konsumvereine und ihre organisatorische und wirtschaftliche Entwicklung im neuen Deutschland sprach am 1. Dezember auf einer Konferenz der württembergischen Konsumvereine in Stuttgart Franz Feuerstein. Er stellte folgende Forderungen auf, die die Konferenz sich zu eigen machte: »Die Konsumvereine sind nach Aufbau und Wesen wirtschaftsdemokratische Verbrauchervereinigungen, deren Gemeinnützigkeit und sozialwirtschaftliche Bedeutung schon vor dem Krieg, während desselben aber erst recht sinnfällig erwiesen worden ist. Es darf deshalb bei der endgültigen Neuordnung unserer staatlichen und gemeindlichen Verhältnisse erwartet werden, daß ihnen die Möglichkeit freier und ungehemmter Entwicklung im Interesse des Volksganzen so bald wie möglich gesichert werde. . . Zu diesem Zweck ist den Konsumvereinen vor allem eine ihrer organisatorischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Vertretung in den in Betracht kommenden Verwaltungs- und öffentlichrechtlichen Körperschaften des Landes (Zentralstelle für Gewerbe und Handel, Handelskammern) zu gewährleisten. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend hält es die Konferenz insbesondere für erforderlich: 1. daß die bestehenden 8 Handelskammern des Landes auf mindestens 4 herabgesetzt und dieselben ihrem seitherigen Charakter entsprechend zu Wirtschaftskammern für Industrie, Handel und Verkehr umgestaltet werden; 2. daß diesen Wirtschaftskammern besondere Abteilungen für genossenschaftliche Verbrauchervereinigungen (Konsumvereine) mit gleichen Rechten wie sie die sonstigen Abteilungen besitzen angegliedert werden, deren Zusammensetzung durch Wahl oder Berufung auf Vorschlag des Verbandes württembergischer Konsumvereine erfolgt; 3. daß die unter Ziffer 2 als notwendig erachtete Bildung von Abteilungen für genossenschaftliche Verbrauchervereinigungen sofort, und zwar zunächst auf dem Wege der Kooptation, durch die Handelskammern nach dem Vorschlage des Verbandes württembergischer Konsumvereine vorgenommen wird.« Ferner verlangte er, daß die in letzter Zeit durch die vorläufigen Verfügungen des Reiches und Württembergs erlassenen Verfügungen sowie die Vereinbarungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen über die Ein-

führung der 8stündigen Arbeitszeit von den Konsumvereinen grundsätzlich als die notwendige Erfüllung berechtigter sozialer Forderungen der Angestellten und Arbeiter anerkannt werden. Die Konsumvereine müßten aber erwarten, daß ihnen auch die Möglichkeit gegeben wird für die dadurch herbeigeführten außerordentlichen finanziellen Belastungen ihrer Betriebe einen entsprechenden Ausgleich zu finden. Es müsse deshalb verlangt werden: 1. daß schon in der Zeit der Übergangswirtschaft der Abbau der behördlichen Warenverteilungsstellen und deren teilweise Überführung auf die bestehenden Konsumvereine baldmöglichst in Angriff genommen wird; 2. daß für die Dauer der Kriegswirtschaft eine billige Rücksichtnahme auf die durch die Kriegsverhältnisse und die Verfügungen der vorläufigen Regierung herbeigeführten kalkulatorischen Notwendigkeiten insbesondere im Sinn einer Verminderung der Erzeugerpreise stattfindet. Erforderlich ist jedenfalls auch, daß die 8stündige Verkaufszeit ausnahmslos für alle offenen Verkaufsstellen Gültigkeit hat; 3. daß insbesondere die baldmöglichste Herbeiführung der vollkommenen geschäftlichen Bewegungsfreiheit der Konsumvereine seitens der gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und des Landes als eine ihrer nächsten Hauptaufgaben angesehen wird.

Partei und Genossenschaft Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau stellt gegenüber einem Appell des Hamburger Bezirksvorstands der sozialdemokratischen Partei, der die tatkräftige Hilfe der Genossenschaften anrufen hatte, fest, »daß die Genossenschaften bisher noch nie Gelder für politische Wahlzwecke ausgegeben haben und das auch künftig nicht tun werden«. Es ist unverständlich, wie ein Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei überhaupt solche Forderung stellen konnte. Nichts ist wichtiger als die reinliche Scheidung der Funktionen zwischen Partei, Genossenschaft und Gewerkschaft.

Recht gut wird die Frage des Verhältnisses zwischen Genossenschaft und Partei auch durch folgende Auslassung der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau beleuchtet. Sie schreibt am 30. November 1918: »Das Organ des Bundes der niederländischen Arbeiterkonsumvereine De Kooperatiegids schlug noch vor nicht allzu langer Zeit gegen uns einen unfreundlichen Ton an, als wir ihm höf-

lich, aber bestimmt zu verstehen gaben, daß wir aus genossenschaftlichen Gründen für strengste Neutralität der Genossenschaften in religiösen und politischen Dingen einträten. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir die in Holland teilweise übliche Subventionierung politischer Parteien aus Konsumvereinerübrigungen als eine sehr schädliche und verwerfliche Gepflogenheit betrachten. Als Politiker würden wir sie erst recht verurteilen, da sie eine indirekte Besteuerung ungerechtester Art darstellt und nach unserm Empfinden mit der Opferwilligkeit, die die Zugehörigkeit zu einer Partei voran einzelnen fordert, nicht vereinbar ist. Doch davon sei abgesehen. Wir finden heute in Kooperatiegids (Novembernummer) eine lebhaftige Polemik gegen das sozialdemokratische Blatt Het Volk, das sich über den vernünftigen Beschluß aufgeregt hat, wonach die Abführung von 10 % des Überschusses an die sozialdemokratische Partei künftig unterbleibt. Dort lesen wir zum Schlusse die uns aus der Seele gesprochenen Worte: »Wenn Het Volk einmal ein wenig konsequent würde und der Partei einmal in Konsequenz voranginge, wäre es nicht unmöglich, daß die Parteigenossen dann so konsequent würden einzusehen, daß sie die Beiträge für ihre Organisation selbst zahlen und dies nicht durch andere Organisationen besorgen lassen müssen. . .« Kooperatiegids hofft, daß die Partei einmal in dieser Beziehung das erlösende Wort sprechen werde. So siegt auch hier der gesunde Rochdaler Grundsatz und räumt das größte Hindernis weg für das, was notwendig ist: die Vereinheitlichung der Konsumgenossenschaftsbewegung der Niederlande, die heute so sehr gelähmt wird durch törichte Zerklüftung.«

Landwirtschaftliche Genossenschaften Die landwirtschaftlichen Genossenschaften werden in der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftspresse vom 15. Dezember 1918 sehr ernsthaft auf ihre wichtigen Aufgaben in der Volksernährung verwiesen: »Von der Erfüllung dieser Pflicht hängt alles ab: Ruhe und Frieden im Land, Schutz vor der Hungersnot in den Städten, die Herbeiführung eines baldigen Friedens. Nie ist die Lage des Vaterlandes so schwierig gewesen wie jetzt und in der nächsten Zeit. Vaterländische Pflicht heischt alles zu tun, um der drohenden Not zu begegnen.« Es werde sich nicht umgehen

lassen bei der überschnellen Demobilisation und der Arbeitslosigkeit in der Industrie dem Lande brachliegende Arbeitskräfte zuzuweisen, die, soweit sie nicht landwirtschaftlich tätig sein könnten, mit Notstandsarbeiten auf dem Lande beschäftigt werden müßten: In vielen Fällen wird es ein schweres Opfer sein, welches die Landwirte bei der Aufnahme dieser Einquartierung übernehmen müssen. Es soll aber ein Dankopfer sein für alles Schwere, was die Kämpfer an der Front für die Heimat ertragen haben. . . Die Landwirte sollen daher auch solche Notstandsarbeiter entgegenkommend aufnehmen, ihnen einen Platz am Tisch und in der Familie einräumen. Die heimgekehrten Krieger werden jedem einzelnen Dank wissen, der sie mit Vertrauen und gutem Willen empfängt. Auf diese Pflichten die Landwirte hinzuweisen, sie willig zu machen zu freundlichem Entgegenkommen, dazu sind gleichfalls die Genossenschaften berufen.« Ferner hätten die Genossenschaften der Banknotenhamsterei entgegenzutreten und den bargeldlosen Verkehr zu fördern: »Die Bezugs-genossenschaften müssen, soweit es noch nicht geschehen ist, jetzt unverzüglich den Anschluß an die Hauptbezugs- und -absatzgenossenschaften suchen. . . Jetzt ist die letzte Gelegenheit dazu gekommen, wenn durch den Zusammenschluß für die wirtschaftliche Stärkung der genossenschaftlich organisierten Landwirtschaft noch etwas erreicht werden soll. Sobald der Handel wieder frei wird, muß der Zusammenschluß vollzogen sein, damit die Landwirtschaft ihren Einfluß auf die Einfuhr und die Preisbewegung geltend machen kann. Der eigene Vorteil verlangt es gebieterisch, daß die Landwirtschaft geschlossen dasteht. Jede Eigenbrödelei, jedes Vorschieben eines vermeinten Sonderinteresses ist nicht nur unverständlich sondern kleinlich und erbärmlich gegenüber der genossenschaftlichen Verpflichtung die eigene Organisation um des Ganzen willen so viel wie möglich zu stärken.« Die Molkereigenossenschaften werden nun hoffentlich bald von dem harten Zwang erlöst werden, dem sie seit Jahren unterliegen. Durch die Demobilisierung gewinnen sie ihre erprobten Kräfte für die Weiterarbeit wieder, die für die zukünftige Milch- und Butterversorgung nicht zu entbehren sind. Schließlich fordert der Artikel zur Neugründung von Genossenschaften auf: »Jeder Genosse sollte sich überlegen, ob

er nicht durch seine Verwandtschaft Ortschaften kennt, die sich noch nicht genossenschaftlichen Zusammenschlusses erfreuen. . . Noch fehlen in Tausenden von Dörfern Genossenschaften, und wenn die angestrebte rasche Förderung der innern Kolonisation Tatsache wird, so muß es das erste sein die Kolonisten zum Anschluß an Genossenschaften zu veranlassen und in neu entstehenden Genossenschaften Ansiedlungen zu gründen. Gerade die Schwere der kommenden Friedenszeit, die sich in ihrer ganzen Wucht noch gar nicht übersehen läßt, muß dazu führen, daß sich die Landwirte möglichst restlos in Genossenschaften zusammenschließen.«

Werkkonsum- Die Werkkonsumvereine
anstalten sind fortgeschrittene Betriebe gegenüber den Kleinhändlerläden. Sie sind auch zumeist von den Werkdirektoren gut gemeint. Immerhin erhöhen sie die Abhängigkeit der Arbeiter vom Werk. Und außerdem stellen sie neben den unabhängigen Konsumvereinen eine überflüssige Zersplitterung des Konsumgenossenschaftswesens dar. Man darf daher annehmen, daß sowohl die Gesetzgebung als auch eine freie Vereinbarung die Aufsaugung der Werkkonsumvereine durch die unabhängigen Vereine in die Wege leiten wird. Interessant ist, was E. Berghaus /Essen/ in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau vom 28. Dezember 1918 darüber schrieb: »Die Werkkonsumanstalten stellen gegenüber dem rückständigen und meist von Zufälligkeiten abhängigen, von Kleinhändlern und Krämern geleiteten Warenverkauf ohne Zweifel schon eine höhere und damit auch rationellere, also für den Verbraucher günstigere Form der Warenverteilung dar. Ein ganzes Heer von Zwischenhändlern wurde von ihnen beiseite gedrängt, und doch haben auch diese Nebenbetriebe der großen Industrien heute noch eine unzählige Masse von überflüssigen Arbeitskräften zur Verfügung, die bei einer vernünftigen Neuordnung der Dinge verschwinden müssen, um anderwärts gesellschaftlich notwendige Arbeit zu verrichten. Jede dieser Anstalten hat ihre eigene Verwaltung, Einkaufspersonal usw. Jede Verwaltung arbeitet, unbekümmert um die Dispositionen der Verwaltungen anderer Werke, nach ihren eigenen Grundsätzen und nach ihrem eigenen Ermessen, obwohl die einzelnen Anstalten in den Industriegebieten und Groß-

städten dicht neben, ja, geographisch betrachtet, fast über einander liegen. . . Die vorteilhafteste und daher billigste und fortgeschrittenste Betriebsart für den Konsum (im weitesten Sinne gedacht) ist aber in den deutschen Konsumgenossenschaften und mit diesen im Zentralverband deutscher Konsumvereine und ihrer Großeinkaufsgesellschaft zu suchen und zu finden. Bei der Vergesellschaftung der Großbetriebe müßten daher sämtliche dem allgemeinen Konsum dienenden Nebenbetriebe dieser Großindustrien als selbständig arbeitende Betriebe in genossenschaftliche Regie übernommen werden. Ob es sich in der Praxis empfiehlt die bisherigen Werkkonsumanstalten durch bestehende Konsumgenossenschaften aufsaugen beziehungsweise an diese angliedern zu lassen . . . oder ob die Umwandlung zu selbständigen Vereinen (vielleicht nach geographischen oder verkehrstechnischen Gesichtspunkten), die sich dem Zentralverbände deutscher Konsumvereine anschließen, angebracht ist . . . müßte von Fall zu Fall entschieden werden. . . Die riesige Vergrößerung des Anteils, den die Großeinkaufsgesellschaft durch Zufluß dieser Betriebe an der gesamten Warenvermittlung innerhalb des Deutschen Reiches hätte, würde sie mehr und mehr dem Punkte näher bringen, der sie in den Stand setzt nicht nur Vermittlungsstelle einer begrenzten Anzahl der Volksgenossen zu sein sondern allmählich (mag das auch als in noch so weiter Ferne liegend erscheinen) durch ständige Erweiterung und Vergrößerung und immer weiteren Ausbau ihrer intensiven Wirtschaftsweise, wenn das Volkswohl es erfordert, direkt oder indirekt als eine Art staatlicher Waren- und Gütervermittlungsstelle zu fungieren und zum Wohle der Gesamtbevölkerung des Reiches tätig zu sein.«

Rationelle Eine Hauptaufgabe unserer
Brotproduktion Wirtschaft nach dem Krieg wird es sein müssen jedwede Energievergeudung in der Produktion auszuschalten. Von einem Versuch zu einer rationellern Gestaltung der Brotproduktion zu gelangen berichtet die Görlitzer Volkszeitung aus Weißwasser folgendes: Da aus dem bisherigen System der Brotversorgung sich Nachteile ergeben hatten, die sich in ganz bedeutenden Fehlbeiträgen an Mehl zeigten, blieb der Gemeinde keine andere Wahl als die Brotproduktion durch

Errichtung einer Zentralbäckerei in eigene Leitung zu nehmen. Hierfür konnte nur die größte und besteingrichtete Bäckerei in Frage kommen, und lediglich aus diesem Grund fiel die Wahl auf die Bäckerei des Konsumvereins. In dieser Bäckerei kann jeder hiesige Meister, Geselle und Lehrling, der will, gegen Entgelt beschäftigt werden. Unternehmer ist die Gemeinde, nicht der Konsumverein. Die Gemeinde bleibt die Eigentümerin des zugewiesenen Mehls und der gebackenen Brote. Von der Gemeinde müssen sämtliche Bäckereien, einschließlich des Konsumvereins, das fertig gebackene Brot kaufen und können es mit einem angemessenen Gewinn, der dem bisherigen durchschnittlichen Gewinn entspricht, verkaufen. Zur Regelung in der Verteilung werden Kundenlisten ausgelegt. Das Brot wird den Bäckern auf Wunsch von dem Gemeindefuhrwerk unentgeltlich und rechtzeitig vor das Haus gefahren. Für alle, die ihr Brot selbst herstellen wollen, ist der Erwerb von Roggenmehl an bestimmten Wochentagen im Gemeindeladen möglich. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß mit der Einführung dieses Systems der Brotversorgung die bisher regelmäßig wiederkehrenden Fehlbeträge an Mehl vermieden und Stockungen künftig nicht mehr eintreten werden. Es kann dann, wenn Weizenmehl nicht zum Backen von Kuchen benutzt werden kann, auch daran gedacht werden für Kranke, Wöchnerinnen und Kinder Weizengebäck herzustellen.

Konsumenten-
kammera Die Handelskammern werden vermutlich in Wirtschaftskammern umgewandelt, denen dann als Unterabteilung die Konsumentenkammern angegliedert werden. So ist in Hamburg ein Wirtschaftsrat gebildet worden, dem die Hamburger Konsumentenkammer angeschlossen ist. Dieser Kammer gehören die mit dem Recht der juristischen Person ausgerüsteten rein wirtschaftlichen Organisationen an, die unter Ausschaltung von privatkapitalistischer Gewinnerzielung als Hauptzweck die Bedarfsgüterversorgung und die Pflege und Förderung der Hauswirtschaft ihrer Mitglieder verfolgen. Der 1. Vorsitzende ist Henry Everling, der 2. Hugo Bästlein, als Syndikus fungiert Ferdinand Vieth.

In Bayern hat der provisorische Nationalrat folgenden Antrag einstimmig angenommen: Es sei die Regierung des Volksstaats Bayern zu ersuchen 1. dahin

zu wirken, daß den konsumgenossenschaftlichen Verbrauchervereinigungen eine im Verhältnis ihrer organisatorischen und wirtschaftlichen Bedeutung zur Gesamtwirtschaft des Volkes stehende gesetzliche Vertretung in den Handelskammern, die so zu Wirtschaftskammern mit eigenen Abteilungen ausgebaut werden sollen, eingeräumt wird; 2. daß eine Vertretung dieser genossenschaftlichen Verbrauchervereinigungen in der Abteilung des Ministeriums für Industrie, Gewerbe und Handel nach dem Vorschlag des Verbandes bayrischer Konsumvereine herbeigeführt wird.

Totenliste Der 2. Geschäftsführer des Chemnitzer Konsumvereins Emil Haubold ist am 7. Dezember gestorben. Er gehörte dem Aufsichtsrat des Verbandes sächsischer Konsumvereine und dem Generalrat des Zentralverbands an. Am 21. Dezember starb der Geschäftsführer des Dresdener Konsumvereins Vorwärts Gottlieb Petzold, 64 Jahre alt. Er war Leiter der Dresdener Einkaufsvereinigung und seit 1913 Aufsichtsratsmitglied der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, deren Finanzkommission er angehörte.

Kurze Chronik Die Bank der englischen Großeinkaufsgesellschaft hatte im letzten Jahr 7 Milliarden Mark Umsatz. Von 900 gewerkschaftlichen Organisationen hat sie 45 Millionen Mark Einlagen. ◊ Die schottische Großeinkaufsgesellschaft ist jetzt 50 Jahre alt. Sie hatte im letzten Jahr 362 448 840 Mark Umsatz. Ihr Anteilkapital beläuft sich auf 11 782 795 Mark. Ihre übrigen Fonds betragen 94 Millionen Mark. Die konsumgenossenschaftliche Organisation ist in keinem Land so entwickelt wie in Schottland. ◊ Die ungarische Großeinkaufsgesellschaft Hangya hatte im 1. Halbjahr 1918 60 557 923 Kronen Umsatz (gegen 36 Millionen im 1. Halbjahr 1917), 1940 Genossenschaften sind ihr angeschlossen (gegen 1532 im Jahr vorher). 468 263 Familien werden durch die Hangya versorgt. ◊ Über das Konsumvereinswesen in der Ukraine schrieb ein Berliner Genossenschaftler aus dem Feld, daß es sich einer hohen Entwicklung erfreue. Der Zentralverband der ukrainischen Kooperativen hat im Donezgebiet eine Anthrazitgrube erworben. Russische und ukrainische Konsumvereine haben durch 2 umfangreiche

Verträge den Austausch von Waren im Wert von 68 Millionen Rubel bewirkt. \diamond Die polnischen Konsumvereine sind in ihrer Mitgliederzahl in den letzten 10 Jahren von 66 540 auf 176 000 gestiegen. \diamond Die Zeche Matthias Stinnes hat ihre Werkkonsumanstalt nebst Metzgereieinrichtung in Bottrop-Wellheim auf 4 Jahre dem Bürger- und Arbeiterkonsumverein Eintracht in Essen vermietet. Damit ist die Angliederung der Anstalt des Werks an den Konsumverein bestens vorbereitet. \diamond Die Konsumgenossenschaft Solidarität in Ohligs erhöhte ihren Umsatz im letzten Jahr von rund 1 Million auf 4 428 910,72 Mark. \diamond Der Spar- und Konsumverein Schwäbisch Gmünd setzte seinen festen Rabatt von 9 auf 7% herab, verzinst seine Geschäftsanteile von nun an nicht mehr und weist $\frac{1}{2}$ % des Umsatzes regelmäßig an den Reservefonds. \diamond Der Braunschweiger Konsumverein erwarb ein 22 510 Quadratmeter großes Grundstück, das seine neue Betriebszentrale aufnehmen soll. \diamond Der Rüstinger Konsumverein versorgt jetzt mit 16 000 Mitgliedern drei Viertel der Bevölkerung. Sein Warenumsatz ist auf 7 175 829 Mark gestiegen. Der Verein hat 2 Molkereien. In einem $\frac{1}{4}$ Hektar großen Wald baut er ein Ferienhaus für Arbeiter und Angestellte. \diamond Der Konsumverein für Königsberg und Umgegend zählte am Schluß des Geschäftsjahrs 11 584 Mitglieder. Die Mitgliedschaft hat in der letzten Zeit über die Handarbeiter weit hinausgegriffen. \diamond Der Pariser Konsumverein Bellevilloise steigerte seine Mitgliederzahl im letzten Geschäftsjahr von 665 auf 11 500. Sein Umsatz stieg von 1 589 022 auf 8 664 887 Francs. Gegenüber den 110 511 Mitgliedern, die die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend zählt, und ihrem Umsatz von 29 353 348 Mark sind die Ziffern des Pariser Vereins immer noch gering. \diamond Die vereinigten Konsumvereine zu Kristiania haben sich in einer Eingabe gegen die kommunalen Verkaufsstellen gewandt. Kommunale Warenvertriebseinrichtungen seien nicht so gut wie genossenschaftliche.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Alfred Landé

Atombau Die Atome verdienen ihren Namen als unteilbare letzte Bausteine der Materie nicht mehr, seitdem sie als Planetensysteme

bewegter Elektronen erkannt wurden. Der theoretischen Physik erwächst die Aufgabe diese Planetensysteme elektrischer Massen im einzelnen genau so zu ergründen wie das von den Astronomen in ihrem Gebiet gemacht wird, um dann aus dem so gewonnenen Bild alle Atomäußerungen verstehen zu können. Die Erfolge, die Niels Bohr bei der Erklärung des Wasserstoffserienspektrums erzielt hat, und die von Arnold Sommerfeld bis in die äußersten Feinheiten vorausberechneten optischen und Röntgenspektren haben bereits vielversprechende Aufschlüsse über die Gesetze der Atomastronomie gegeben. Ganz unberechtigt wäre es indessen neben den spektralanalytischen Äußerungen die vielen anderen mit der Atomstruktur verknüpften Erscheinungen bei der Verfolgung des Hauptziels zu vernachlässigen, auch dann, wenn diese in quantitativer Hinsicht wesentlich weniger weit verfolgt werden können als uns das bei Wellenlängenbestimmungen geläufig ist. Eine der auffallendsten Äußerungen der Atome ist ihre Fähigkeit zu Kristallen, das heißt zu regelmäßigen Gruppierungen von hoher Symmetrie zusammenzutreten. Die Art dieser Gruppierungen läßt dann Rückschlüsse auf ganz elementare Eigenschaften der Kristallatome zu. Die Erforschung der Kristallstruktur, die durch Max von Laues grundlegende Entdeckung der Röntgenstrahlinterferenz eingeleitet und durch die experimentellen Methoden Braggs und anderer zu einer Fülle von Einzelkenntnissen geführt wurde, hat durch eine Methode Peter Debyes und Paul Scherrers /Göttingen/ neuen Anstoß bekommen.

Der Fortschritt dieser Methode liegt zunächst darin, daß man nicht mehr große homogene Kristalle zu untersuchen braucht sondern bereits die geringe Regelmäßigkeit, die in einem ungeordneten Gemisch von sehr kleinen Kriställchen (Kristallpulver) vorhanden ist, zur Aufdeckung des Kristallaufbaus ausnutzen kann. Die Methode ergab zum Beispiel, daß das für amorph gehaltene Silizium in Wahrheit ein Gemenge von submikroskopischen Kriställchen ist, deren Struktur genau mit der des kristallisierten Kohlenstoffs (Diamant) übereinstimmt, und daß 2 benachbarte Siliziumatome den Abstand $5,31 \cdot 10^{-8}$ Zentimeter haben. Der Vorzug mit solchen Gemengen an Stelle großer Kristallindividuen auszukommen liegt auf der Hand; es kommt aber noch der weitere Vorteil viel größerer Einfachheit der Röntgenphotogramme und ihrer schärferen Deutbarkeit

hinzu, die sogar Schlüsse auf die innere Struktur der einzelnen Kristallatome zuläßt. Die Theorie der Methode knüpft an die Hauptsätze der Laue-Bragg'schen Theorie der Kristallinterferenzen an, die also lauten: 1. Fällt ein Röntgenstrahl auf einen Kristall auf, so können reflektierte Strahlen entstehen, deren Richtung scheinbar durch gewöhnliche optische Spiegelung an den Netzebenen des Kristalls bestimmt wird. (Netzebene ist jede im Kristall verlaufende Ebene, die die Fähigkeit hat äußere Kristallfläche zu werden, wenn zum Beispiel der Kristall passend gespalten wird oder sich auflösend zusammenschmilzt. Die wichtigsten Netzebenen sind die natürlichen Spaltflächen des Kristalls; sie folgen in kleinen Abständen von atomarer Dimension aufeinander.) 2. Diese gespiegelten Strahlen sind indessen nur dann wirklich vorhanden, wenn die Strahlen, die an 2 parallelen und aufeinander in atomaren Zwischenräumen folgenden Netzebenen reflektiert werden, einen Wellengangunterschied aufweisen, der ein ganz-zahliges Vielfaches der Wellenlänge des benutzten Röntgenlichts ist.

Bei gegebener Röntgenwellenlänge wirkt also eine bestimmte Netzebene als Spiegel nur bei ganz bestimmten Einfallswinkeln des auffallenden Lichts; dieser Einfallswinkel bleibt aber erhalten, wenn man die Netzebene um den einfallenden Strahl als Achse dreht, wodurch ein ganzer Kegel von reflektierten Strahlen entsteht, der sich auf einem in seinen Weg gestellten photographischen Film als Ring abzeichnet. Läßt man nun auf ein regelloses Gemisch kleiner Kristalle Röntgenlicht bestimmter Wellenlänge auffallen, so wird eine bestimmte Netzebene stets bei vielen Kriställchen in den erforderlichen reflexionsfähigen Stellungen vorhanden sein, die gesamte Spiegelwirkung dieser Netzebene wird daher auf einem entgegengestellten Film als Ring um den einfallenden Röntgenstrahl erscheinen. Aus der Lage der photographierten Ringe kann man dann auf die zugehörigen Netzebenen und schließlich auf die Anordnung der *reflektierenden* Atome zurückschließen.

Unter den Resultaten Debyes und Scherers seien die folgenden hervorgehoben, die die Vielseitigkeit ihrer Verwendung zeigen: Die Vermutung, daß die Zahl der Elektronen im Atom gleich der Atomnummer seiner Reihenfolge im periodischen System der Elemente sei, wird durch die Röntgenaufnahme bestätigt, und zwar durch Ausmessung der photo-

graphischen Schwärzung in den verschiedenen Ringen, die zu den verschiedenen Kristallnetzebenen gehören. Speziell wird bestätigt, daß bei gewissen Kristallen nicht elektrisch neutrale Atome, sondern positiv und negativ geladene Ionen die Bausteine der Kristallstruktur sind. Die Vermutung, daß in neutralen Kristallen (Diamant) die Bindungen zwischen den einzelnen Atomen (Valenzstriche) durch Elektronenringe nach Art des Wasserstoffmoleküls vertreten werden, wird widerlegt. Vielmehr läßt sich zeigen, daß auch im neutralen Kristall alle Elektronen dicht am Atomkern liegen, innerhalb eines Radius, der 8mal so klein ist wie der Abstand bis zum nächsten Atom.

Die vielseitige Verwendbarkeit der Methode verheißt weitgehende Aufschlüsse über die Anordnung der Elektronen und damit auch über die Grundlagen der durch Quantengesetze beherrschten atomaren Planetensysteme.

Massenverteilung im Weltall Über die Verteilung der Fixsterne kann man 3 Hypothesen aufstellen.

Die 1. Annahme lautet: Alle Massen liegen auf einem endlichen Raum zusammengedrängt. Dieser Annahme widerspricht der Einwand, daß sich ein solcher Zustand gar nicht auf die Dauer erhalten kann. Denn ein mit genügend großer Anfangsgeschwindigkeit ausgestatteter Stern wird das endliche Gebiet verlassen und auf Nimmerwiedersehen ins Unendliche forteilen können. Nur wenn zwischen dem unendlichen Fernen und dem im Endlichen liegenden Punkten eine so große Potentialdifferenz läge, daß die Energie des Sterns zu ihrer Überwindung nicht ausreicht, würde der Stern entsprechend der 1. Annahme stets im Endlichen bleiben. Solche hohen Potentialdifferenzen sind aber im Weltall nicht vorhanden, wie Albert Einstein (Kosmologische Betrachtungen zur allgemeinen Relativitätstheorie, in den Berliner Akademieberichten 1917) aus der relativen Kleinheit der beobachteten Sternengeschwindigkeiten schließt.

Die Massenverteilung wird also allmählich in einen Zustand übergehen, der charakterisiert ist durch die 2. Annahme: Außerhalb eines endlichen Gebiets befinden sich noch weitere Massen, die einen unendlich kleinen Bruchteil aller Massen ausmachen. Daß ein solcher Weltaufbau auf Grund der Newtonschen Gravitationswirkungen möglich ist, zeigt ein von C. V. L. Charlier erdachtes und von J. Lense ergänztes Beispiel, bei dem

trotz den unendlich vielen Massen doch die Gesamtanziehung auf einen einzelnen Stern in endlichen Grenzen bleibt und dabei mit den beobachteten Sterneschwindigkeiten in Einklang steht. Beide Annahmen lassen aber ein unbefriedigendes Gefühl zurück, weil sie das Postulat der Gleichberechtigung aller Raumpunkte verletzen und eine Art Mittelpunkt der Welt im Endlichen fordern. Dem kommt die 3. Annahme entgegen: Die Massen des Weltalls sind bis ins Unendliche hin überall annähernd gleichmäßig verteilt. Für diesen Fall zeigte Hugo von Seeliger, daß das Newtonsche Anziehungsgesetz zu unbestimmter Gesamtkraft führt, weshalb er sich zu einer hypothetischen Korrektur des Newtonschen Gesetzes durch einen Schwächungsfaktor entschloß. Im Gegensatz dazu kommt A. Bach auf Grund von Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen zu der bestimmten Abschätzung: Die Anziehungskraft aller gemäß der 3. Annahme verteilten Sterne auf einen einzigen Stern ist im Durchschnitt etwa gleich der Kraft, die auftreten müßte, wenn nur die beiden nächsten Sterne vorhanden wären. Das ergibt eine Ablenkung des Sonnensystems von seiner geradlinigen Bahn um $1''$ in 11 000 Jahren. Diese geringe kosmische Bahnkrümmung legt Lense (Über die Anwendbarkeit der kinetischen Gastheorie auf das Fixsternsystem, in der Physikalischen Zeitschrift, 1918) einem Vergleich der Fixsternbahnen mit den Molekülen eines Gases zugrunde, die ebenfalls fast geradlinige Bahnen beschreiben und nur in der Nähe anderer Massen schärfere Krümmung zeigen. Das die Fixsternverteilung repräsentierende Molekülgemenge müßte freilich in ungeheurer Verdünnung gedacht werden.

Totenliste Der Straßburger Physiker Ferdinand Braun, der seit Beginn des Krieges aus Amerika nicht zurückkehren konnte, ist am 20. April 1918, 68 Jahre alt, in New York gestorben. Braun, dem die Technik der drahtlosen Telegraphie neben Marconi ihren großen Aufschwung verdankt, erhielt den Nobelpreis 1909 für seinen gekoppelten Kondensatorkreis, mit dessen Hilfe das Problem ausreichender Energiezuführung in die Sendeantennen gelöst und damit die Überwindung großer Entfernungen ermöglicht wurde.

Der Leiter des Elektrotechnischen Instituts an der argentinischen Universität La Plata Konrad Simons ist dort

in seinem 46. Lebensjahr gestorben. Simons stammte aus Elberfeld und war nach seinem Studium an der Berliner Technischen Hochschule und mehreren Wanderjahren, in denen er auch vorübergehend bei Edison arbeitete, als Assistent an das Elektrotechnische Institut der Danziger Technischen Hochschule gekommen. Von hier folgte er einem Ruf als außerordentlicher Professor an das Institut für praktische Physik in Jena. Als dann die argentinische Regierung die Universität La Plata in großzügiger Weise zu einer Lehr- und Forschungsstätte ausbaute, zog sie auch Simons heran. Seine Arbeiten liegen hauptsächlich auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Elektrotechnik. Der Ordinarius für Mineralogie und Petrographie an der Universität Frankfurt Hendrik Enno Boeke ist am 6. Dezember im Alter von 37 Jahren gestorben. Seine wichtigsten Arbeiten behandeln die Bildung und petrographische Beschaffenheit der Kalisalzlagertstätten; ferner veröffentlichte er Untersuchungen über die Natur des Meteoreisens, über die Struktur der Gesteine in physikalisch-chemischer Hinsicht und anderes.

Kurze Chronik Der Nobelpreis für Physik 1917 wurde dem Professor an der Universität Edinburgh Ch. G. Barkla für seine Strahlungsuntersuchungen verliehen. ◊ Für seine bahnbrechenden Untersuchungen über die Konstitution der Materie und die Natur der Serienspektren erhielt Niels Bohr /Kopenhagen/ die Guldbergmedaille von der Universität Kristiania. ◊ Auf der Sternwarte Bergedorf bei Hamburg ist am 23. November von Schorr zwischen den Sternbildern des Stiers und des Fuhrmanns, dicht bei der Milchstraße, ein Komet entdeckt worden. ◊ Der Chemiker Siegfried Skrapu habilitierte sich an der Universität Würzburg.

Literatur Eine ausgezeichnete, auch für naturwissenschaftlich-interessierte Laien verständliche Übersicht über die modernen Theorien der Materie gibt Leo Graetz in 6 Vorlesungen über die Atomtheorie in ihrer neuesten Entwicklung /Stuttgart, J. Engelhorn/. Die Grundeigenschaften der Moleküle, Atome und Elektronen, das periodische System der Elemente, die elektrischen Erscheinungen in Flüssigkeiten und Gasen, die radioaktiven Prozesse, besonders die Umwandlung der chemischen Grundstoffe,

die Spektraltheorie der Röntgenstrahlen mit dem Bohrschen Atommodell, der positive Atomkern und die Bedeutung der Quantentheorie für die Atomphysik werden an Hand vieler Bilder in der bei Graetz bekannten fesselnden Weise dargestellt. ◊ Von A. Brill's Abhandlung Das Relativitätsprinzip ist jetzt die 3. Auflage erschienen/Leipzig, Teubner/. Der mathematisch geschulte Leser wird bis zu der allgemeinen Relativität und der Theorie des Gravitationspotentials geführt. ◊ In Teubners Sammlung Aus Natur und Geisteswelt erschienen in neuer Auflage R. Börnstein Die Lehre von der Wärme und L. Weber Einführung in die Wetterkunde. ◊ Eine interessante kleine Schrift, die aus Frontvorträgen hervorging, liegt in O. Wieners Physik und Kulturentwicklung vor /Leipzig, Teubner/. Die verschiedenartigsten Kapitel, vom Freiheitsgrad des Geistes, von der Mikrowage, von der Schönheit der Ingenieurbauten, von den radioaktiven Vorgängen, von der Vergeistigung der Arbeit durch die Technik und vieles andere mehr werden berührt und durch Bilder veranschaulicht.

Biologie / Adolf Koelsch

Theoretische Grundlagen

Jeder Organismus ist für eine ganz bestimmte Umwelt gemacht. Der Fisch ist für das Leben im Wasser gemacht und für die Bedingungen, die die Wasserwelt bietet, der Bandwurm für das Leben im Innern von Eingeweiden, der Vogel für das Dasein an der Oberfläche der Erde. Schon in der Organisation, die jedes Lebewesen bei der Geburt mit auf die Welt bringt, ist dieser Hinweis auf den künftigen Lebensraum fertig enthalten; der Lebensraum ist gleichsam gestaltet oder vorweggenommen in den Organen, die den Körper zusammensetzen, in den Leistungen, zu denen die Organe befähigt sind, und in den durch ererbte Instinkte von vornherein festgelegten Verhaltensweisen gegenüber der Welt, die das Lebewesen betritt; der Lebensraum, heißt das, hat sein bestimmtes Abbild auch bereits in der Seele. Denn der kurz nach der Geburt ausbrechende Trieb des Kälbchens sich mit dem Maul saugend an ein Euter zu hängen oder der Trieb des Hühnchens den Erdboden nach etwas Pickbarem abzusuchen ist schon auf Gegenständlichkeiten gerichtet, die Teile der Draußenwelt sind. Das Vorhandensein eines Euters oder kleiner pickbarer Bodenbestandteile ist ohne wei-

teres vorausgesetzt in der seelischen Organisation, die einem Kalb oder Hühnchen von seinen Eltern mitgeteilt wird, und zwar mit solcher Selbstverständlichkeit, als ob es gar nicht anders sein könne, als daß jedes dieser Tiere an jedem Ort der Geburt und zu jeder Zeit mit dem Euter oder den Futterkörnern zusammentrifft, die es benötigt. Indessen kann es geschehen, immer wieder einmal, daß sich gerade während des Zeitabschnittes, den ein Lebensgebilde zur Bewältigung seiner Embryonalentwicklung nötig hat, die Umwelt in irgendeinem wesentlichen Betracht ihres Bedingungs Zustandes verändert hat. Die Folge ist, daß ein Geschöpf hineingeboren wird in eine Welt, zu der es an einer entscheidenden Stelle ihres Umrisses nicht paßt. Sein Körperbau erlaubt ihm nur Bewegungen auszuführen, die in der Wasserwelt möglich sind, während es vielleicht am Festland zur Welt kam. Oder die Leistungen, zu denen seine Atmungsorgane befähigt sind, stimmen zur Umwelt nicht, weil es mit Kiemen geboren ist, während die aktuelle Umwelt Lungen erfordert. Bei so krassen Disharmonien wird das Tier in der Regel verloren sein; es wird das Nichtzusammenpassen seiner körperlichen und seelischen Organisation mit der vorhandenen Außenwelt mit dem Leben bezahlen. In anderen Fällen sind die Unstimmigkeiten weniger lebensfeindlich, weil nur in einem untergeordneten Bezirk der angeborenen Eigenschaften die erwartete Übereinstimmung zwischen Tier und Welt nicht befriedigt wird. Aber sie setzen dem Geschöpf doch auch zu, weil sie gleichsam die Widerstände der äußeren Reibungsfläche vermehren. Oft sehen wir, daß ein Geschöpf in diesem Fall, sobald es kann, sich auf Wanderungen begibt, um abseits der Geburtsstätte womöglich das Milieu zu finden, das restlos zu seinen ererbten Merkmalen paßt. Oft aber sehen wir, daß es dieses Milieu vergeblich sucht, weil es in erreichbarer Nähe überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Was geschieht dann? Die Antwort lautet: Der Mechanismus der Anpassung tritt in Tätigkeit und sucht die verlorene Übereinstimmung zwischen Tier und Welt, zwischen Organismus und Lebensraum wieder herzustellen. Aber was ist das, dieser sogenannte Mechanismus der Anpassungstätigkeit? Ist er etwas ähnliches wie der Mechanismus der Verdauungs- oder Gehätigkeit, also ein als Gefüge materieller Strukturen nachweisbarer, anatomierbarer Bestandteil des Leibes, der

in jedem Organismus eine genaue Lage hat und während der Eientwicklung wie Darm, Auge, Drüsenapparat usw. aus einem unbestimmten Anlagezustand heraus einem fertigen Zustand zustrebt, um in Funktion zu treten, sobald das Geschöpf ihn benötigt?

Offenbar ist es dergleichen nicht. Der Anatom findet bei Zergliederung von Körpern einen Nerven-, Muskel-, Darm-, Sehapparat usw., aber keinen Anpassungsapparat. Man kann alle anatomischen Werke der Welt studieren, aber ein *Anpassungsapparat* ist bei keinem Lebewesen gefunden und beschrieben. Trotzdem wird in biologischen Werken von ihm gehandelt und mit ihm gearbeitet, als wäre er da. Er wird nirgends geschildert oder im Bild gezeigt, aber es wird von ihm wie von einer absolut bekannten Einrichtung des Körpers gesprochen, und es wird erzählt, was er leistet.

Wie ist das möglich? denkt der Laie, der diesen eigentümlichen Zustand bemerkt. Sind die Biologen Bärenführer? Oder nehmen sie etwa stillschweigend an, der Mechanismus der Anpassungstätigkeit sei ein solcher rein seelischer Art, und setzen sie voraus, daß jeder, der biologische Werke liest, vertraut mit dieser Annahme sei? Er sucht und sucht, ob etwas diese Vermutung bestätige. Aber das Wort Seele findet er in den Werken der wirklich *exakten* Biologen der Gegenwart nirgends. Er findet es bei naturwissenschaftlichen Schriftstellern, die mehr wie die Dichter schreiben. Aber in den Schriften der *Anerkannten*, die auf Lehrstühlen sitzen und Laboratorien haben, ist dieses Wort unbekannt.

Also ist der Mechanismus der Anpassung, dieser vorausgesetzte und zu wichtigen Leistungen berufene Apparat eine Fiktion der Biologen? Nur eine Kullisse, hinter der etwas, was wie ein Apparat aussieht, überhaupt nicht vorhanden ist?

In der Tat, so ist es. Den wenigsten wird es bewußt. Denn der Biologe ist gewohnt an so vielen Stellen mit fiktiven Begriffen wie mit Tatsächlichkeiten zu arbeiten und umzugehen, daß im Lauf der Zeit das Bewußtsein vom wirklichen Wert allgemein benutzter Vorstellungen und Gedankengebilde ganz abhanden gekommen ist. Die Folge ist auch, daß kritische, mit erkenntnistheoretischen Mitteln betriebene Untersuchungen der biologischen Grundbegriffe so gut wie keine Beachtung finden, weil die Ahnung ihrer Notwendigkeit den meisten prak-

tischen Arbeiten von Grund aus fehlt. Im Geist der Wissenschaft liegt diese Bedürfnislosigkeit für saubere Grundbegriffe und fast an Stupidität grenzende Teilnahmlosigkeit gegenüber der Beschaffenheit der gedanklichen Grundlagen, auf denen das spezielle Wissensgebäude des Biologen errichtet ist, nicht. Aber diese Bedürfnislosigkeit und Blindheit für das, was im wahren Sinn von Wert ist, liegt im Geist der Zeit; sie ist eine Folge des gegenwärtigen Wissenschaftsbetriebs an den Hochschulen. Er ist während der letzten Jahre und sogar Jahrzehnte nur noch darauf gerichtet gewesen den künftigen Forscher für experimentelle Arbeit tauglich zu machen und zu einem tüchtigen Handwerker in seinem Fach zu erziehen. Man bildet den Studenten zu einem glänzenden Anatomen, Mikroskopiker, Chemiker, Physiker und Kenner von Arrangements und Apparaturen aus, der alle Hilfsmittel, die diese Wissenschaften zum Eindringen in die biologische Materie liefern, aus dem Effeff beherrscht und in raffiniertester Weise für seine Spezialarbeiten zu nutzen versteht. Man macht aus ihm einen glänzenden und gewissenhaften Techniker der Laboratoriumskunst, der keinen Schleichweg versäumt und sich in tausend schlaun Kniffen und Handgriffen auskennt. Aber man vernachlässigt darüber seine theoretische Ausbildung; man versäumt es ihm Horizonte zu zeigen; man macht aus ihm keinen Philosophen, keinen Mann, der die Weisheit liebt, sondern einen, der Resultate schätzt. Das riesige gedankliche Material für Assoziationen, das er in seiner formalen Bedeutung kennen lernt, bleibt ihm in seinem essentiellen Wert unvertraut, und er ist verdammt im letzten Grunde unproduktiv zu bleiben, weil sein spekulativer Trieb im eigenen Innern keine Substanz zur Bildung überraschender Ideenverbindungen finden kann oder, wenn diese Substanz vorhanden ist, die Überzeugung fehlt, daß die subtilste Ausnutzung dieses Materials den allein wichtigen Teil aller wissenschaftlichen Arbeiten bilde.

Viel wäre zu diesem Thema zu sagen. Die Untersuchung führte freilich bald von einer bloßen Schilderung des Abwegs, auf den man geraten ist, zu einer förmlichen Kritik der verflossenen Zeit, weil sich schon sehr bald herausstellen würde, daß die Kräfte, die jenen bedauernswerten Wissenschaftsbetrieb geschaffen und gefördert haben, nur separate Ausläufer der allgemeinen Geistes-

bewegung sind, von der das ganze wissenschaftliche, politische, künstlerische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und sittliche Leben des letzten halben Jahrhunderts getragen, beherrscht und tyrannisiert worden ist. Mit kleinen und kleinlichen äußeren Maßregeln rein organisatorischer Art wäre daher auch gar nichts gutzumachen; wofür überhaupt heute schon in verantwortlichen und regierenden Kreisen das Gefühl für die Notwendigkeit einer Erneuerung des biologischen Wissenschaftsbetriebs an unseren Hochschulen vorhanden sein und der Wille zu Reformen sich regen sollte. Immerhin wird der Wille zur Erneuerung sich nach außen hin nicht anders kundtun und praktisch ins Werk setzen können als durch Maßregeln organisatorischer Art, weil diese erst die Mittel zur Entfaltung von Absichten schaffen und das Werkzeug liefern, mit dem auf den Geist der neuen Generation spürbar eingewirkt werden kann. Eine solche dringend notwendige Maßregel wäre die Errichtung von Lehrstühlen für theoretische Biologie, wenigstens an ein paar Universitäten; hier hätte sozusagen die Philosophie der Biologie ihre Pflegestätte zu finden, sie wären die notwendigen Ergänzungen und Seitenstücke zu den Instituten und Lehranstalten für experimentelle Biologie, sie gehören dazu wie die Seele zum Leib und zum Leben.

Totenliste In Jena ist 70jährig der Anatom Karl von Bardeleben gestorben. Seine zahlreichen Arbeiten umfassen Beiträge zu allen Teilen der menschlichen Anatomie, auch wertvolle Lehrmittelwerke hat er herausgegeben. Er war seit vielen Jahren Schriftführer der Deutschen Anatomischen Gesellschaft.

In Wien verschied im Dezember der ehemalige Kustos des Naturhistorischen Hofmuseums und außerordentliche Professor für Zoologie Edler von Marenzeller, 74 Jahre alt.

In Schaffhausen starb der ehemalige Landesgeologe des badischen Geologischen Landesamts in Freiburg Ferdinand Schälch in seinem 71. Lebensjahr.

In Kristiania starb der namhafte norwegische Geologe und Naturwissenschaftler A mund Holland im Alter von 72 Jahren.

Der bisherige Privatdozent für Physiologie und Assistent am Physiologischen Institut der Universität Bonn Julius Vészi, der vor kurzem zum Ordinarius und Direktor des Physiologischen Insti-

tuts an der neugegründeten Universität Debreczin in Ungarn berufen wurde, ist dort im November im Alter von 30 Jahren an der Grippe gestorben. Er war Schüler und Assistent Max Verworns.

Kurze Chronik Zur Fortsetzung seiner geschlechtsphysiologischen Forschungen hat das Komitee zur Verwaltung der Erbschaft Treitl bei der Wiener Akademie der Wissenschaften dem Wiener Professor Eugen Steinach eine Subvention von 12 000 Kronen bewilligt. ◊ Der Professor für Biologie am Kaiser Wilhelm Institut in Dahlem Hans Spermann hat den Ruf als Nachfolger Dofleins auf den Lehrstuhl für Zoologie an die Universität Freiburg angenommen. ◊ Der Präparator an der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Pariser Universität Emile Guyenot ist zum ordentlichen Professor der Zoologie und vergleichenden Anatomie an der Universität Genf ernannt worden.

Literatur Das Jahr im Lebendigen heißt ein neues Werk des Berliner Arztes Wilhelm

Fließ /Jena, Diederichs/, der seinerzeit in dem Buch Der Ablauf des Lebens die Theorie von der Zwangsläufigkeit alles Lebensgeschehens aufgestellt und uns zu überzeugen versucht hatte, daß »in allem Lebendigen zwei Perioden von je 23 und 28 Tagen fluten«, die den zeitlichen Eintritt aller Veränderungen beherrschen von der Geburt bis zum Tod. Die 23tägige Periode war als die Lebenszeit der männlichen, die 28tägige als die Lebenszeit der weiblichen Substanzeinheiten aufgefaßt worden, und es war auch schon angedeutet worden, daß im individuellen Lebensablauf der Mechanismus der Tagesperioden in Kombination mit einem übergeordneten Jahresrhythmus auftreten kann. In dem neuen Buch wird zu zeigen versucht, daß diese Jahresperiode sich gleichfalls in allem Lebendigen mehr oder weniger spürbar deutlich durchsetzt, daß wir »von unseren Vorfahren mit dem Leibesgut auch ihre Lebensjahre erbt haben«, daß sie in unserem Körper weiterpulsen »und unser Schicksal bestimmen«. Die Anstrengungen, die Fließ zur Durchführung seines Beweises macht, sind bewundernswert, doch bin ich nicht in der Lage Ja zu sagen zu dem, was er vorbringt. Das Buch ist trotzdem sehr lesenswert, weil es zum Nachdenken über Erscheinungen anregt, die in der Regel keiner Beachtung gewürdigt werden. ◊ In 3., unge-

arbeiteter Auflage hat Adolf Heilborn sein ausgezeichnetes Büchlein *Der Mensch der Urzeit in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt* herausgebracht. Die Geschichte der Neandertal- und Aurignacmenschheit sowie der Mischrasen des ausgehenden Diluviums wird unter vollständiger Benutzung des gesamten anthropologischen und wesentlichen archäologischen Materials in rasch orientierendem Flug, aber doch in gewissenhaftester Weise behandelt. Wo Heilborn das Feld der Hypothese betritt, folgt er meistens Klaatsch. ◊ Der Hallenser Zoologe Valentin Haecker tritt in einer kleinen Schrift *Die Erblichkeit im Mannesstamm und der vaterrechtlichen Familienbegriff* /Jena, Gustav Fischer/ auf Grund unseres gegenwärtigen Wissens von den Tatsachen des Vererbungs geschens der Ansicht entgegen, daß das Verhältnis von Vater und Sohn hinsichtlich der Vererbung geistiger und seelischer oder körperlicher Anlagen enger sei als das von Vater und Tochter; er spricht dieser als Trägerin der Familienmerkmale die gleiche Stellung zu wie dem Sohn: was denen zum Trost gereichen soll, die alle ihre männlichen Angehörigen im Feld gelassen haben und deshalb unberechtigterweise über das vermeintliche Aussterben ihres Geschlechts vergrämt sind.

Geschichte / Alfred Keller

Revolutionsbriefe Mit Ausbruch des Weltkriegs setzt sich ein Mann hin und sichtet und übersetzt Briefe aus der französischen Revolution, die uns der Verlag Rütten & Loening in Frankfurt am Main pünktlich zum Ausbruch der deutschen Revolution in 2 stattlichen Bänden vorlegen kann. Gustav Landauer (das ist dieser Herausgeber) hat recht behalten. Seine Revolutionsbriefe gehören mit zum Zeitgemähesten, was uns die literarische Arbeit der jüngsten Zeit beschert hat. Sie sind von einer derartigen Lebendigkeit und Unmittelbarkeit, als wären sie erst in diesen Tagen geschrieben worden. Hier ist keine tote Wissenschaft ausgegraben, sondern ein gewaltiger Strom geschichtlichen Lebens und Geschehens für die Gegenwart (und gerade für diese) erbohrt worden. Man vergleiche nur einmal das Schicksal und die Entwicklung Camille Desmoulins', gewiß eines echten Revolutionsmannes, wie sie sich an Hand einiger weniger, aber kennzeichnender Briefstel-

len ergeben. Am 10. Juni 1789, also vor Ausbruch der Revolution, schreibt er von Paris aus an seinen Vater: »Ich will entflammen, andere und mich selbst. Wir stehen jetzt vor dem Beginn der großen Woche. . . 30 000 junge Leute sind ausgehoben worden, die bereit sind für die Sache einzutreten, die ihre Vertreter in Versailles verteidigen.« Einen Monat später berichtet er von der Hetze gegen das Militär: »Gestern abends kamen die Herren von Sombreuil und von Polignac, die Husarenoffiziere sind, ins Palais Royal, und da diese Uniform auf äußerste verhaßt ist, hat man Stühle nach ihnen geworfen, und sie wären totgeschlagen worden, wenn sie sich nicht geflüchtet hätten. Sowie sich ein Husar sehen läßt, ruft man: Da ist ein Hanswurst! Und die Steinarbeiter werfen Steine auf ihn.« Unterm 16. Juli schreibt er: »Die Wut flammt auf. Nun gibt es in Paris nur noch einen Schrei: Zu den Waffen! . . . Man bricht in die Läden der Waffenhändler ein. Mit dem Vorsteher der Kaufmannschaft an der Spitze gründen sie ein Bürgerwehrcorps von 78 000 Mann in 16 Legionen.« Im September des gleichen Jahres wird der 30jährige Revolutionär bereits von den Damen der Gesellschaft umgarnt. »Aber nichts könnte mir«, so schreibt er, »einen so glücklichen Augenblick verschaffen wie es der für mich gewesen ist, wo ich am 12. Juli von 10 000 Menschen, ich sage nicht bejubelt, sondern in Umarmungen und Tränen erstickt wurde. Vielleicht habe ich da Paris vor dem völligen Untergang und die Nation vor der gräßlichsten Knechtschaft errettet.« Einige Tage später ist er bei Mirabeau in Versailles. Er gesteht: »Ich merke, daß seine Tafel, die zu köstlich und zu überladen für mich ist, mich verdirbt. Seine Bordeauxweine und sein Maraschino haben ihren Wert, den ich mir umsonst zu verhehlen suche, und ich habe die größte Mühe nachher meine republikanische Strenge wieder anzunehmen und die Aristokraten zu verachten, deren Verbrechen es ist auf solche treffliche Diners erpicht zu sein.« Am 8. Oktober setzt Desmoulins sich mit seinem Vater auseinander: »Nun klage ich seit 10 Jahren auf diese Art, und es ist mir leichter gewesen eine Revolution zu machen und Frankreich umzustützen als von meinem Vater ein für allemal 50 Louisdor zu erhalten und ihn dazu zu bewegen, daß er mir zu meiner Niederlassung die Hand reicht. . . Sie haben mich ewig verleumdet, mich ewig einen verlorenen Sohn, einen Verschwender

genannt, und ich war nichts weniger als das.« Am 11. Dezember 1790 sieht er sich »endlich auf dem Gipfel« seiner Wünsche. Lucile, um die er 8 Jahre gerungen, wird sein. Am 29. Dezember des folgenden Jahres heiratet er. Am 6. Juli 1792 wird er Vater und präsentiert seinen Sohn Horatius Camillus der Gemeindeverwaltung. »Zu keiner gelegenen Zeit«, schreibt er nach Hause »konnte mir ein Nachfolger kommen, um das Erbe meiner Popularität an der Schwelle der Gefahren in Empfang zu nehmen. . . Es ist mir manchmal unmöglich nicht mutlos zu werden und für die Partei des Volkes, der ich so gut und so unnütz gedient habe, nicht Verachtung zu empfinden.« Am 31. März 1794 sitzt er im Gefängnis des Luxembourg und bittet Lucile ihm ein Buch, das er vor ein paar Tagen gekauft hat, zu schicken. »Es handelt von der Unsterblichkeit der Seele. Es tut mir not mich zu überzeugen, daß es einen Gott gibt, der gerechter ist als die Menschen, und daß ich nicht verfehlen kann Dich wiederzusehen.« Am folgenden Tag vollzieht sich sein Schicksal. Er schreibt an Lucile: »Ich war dazu geschaffen Verse zu machen, die Unglücklichen zu verteidigen, Dich glücklich zu machen, mit Deiner Mutter und meinem Vater und ein paar Menschen nach unserm Herzen ein Otahaiti zu gründen. Ich hatte von einer Republik geträumt, vor der jeder Mensch gekniet wäre. Ich konnte nicht glauben, daß die Menschen so wild und so ungerecht sind.«

In dieser unmittelbaren Art zieht Bild um Bild, Charakter um Charakter, Geschick um Geschick an uns vorüber. Besser als alle geschichtlichen Darstellungen es vermögen, selbst die künstlerischste von ihnen, ersteht, wie Landauer es beabsichtigt hat, aus der Gesamtheit dieser Briefe die Wirkung eines Dramas: Wir erkennen das Recht und das Unrecht aller. In ihrer zugleich einheitlichen und gegensätzlichen Haltung zeigen sie aber auch, »daß die Menschen und Parteien der Revolution einander nicht kannten, daß sie also auch von sich und dem Zusammenhang, mit dem sie sich bewegten, indem sie ihn bewegen wollten, das Ganze und Wahre, das Wesentliche nicht wußten«. Mit dieser Erkenntnis haben wir, wie Landauer richtig bemerkt, viel gewonnen. »Nichts tut unserer Zeit mehr not, nichts kann unsere Zeit uns eindringlicher lehren, als daß die französische Revolution unsere Vergangenheit werden muß; daß wir das Recht zu erlangen die Pflicht haben uns

ihre Erben und ihre Überwinder zu nennen.«

Landauer gliedert den gewaltigen Stoff in verschiedene Gruppen und diese wieder in einige zusammenhängende Bündel. Die erste Gruppe umfaßt die eigentlichen Repräsentanten der Revolution, an ihrer Spitze Mirabeau, den Landauer mit Recht für die größte Natur und den stärksten Kopf unter allen Revolutionären hält; ihm sind nicht weniger als 140 Seiten eingeräumt. An zweiter und dritter Stelle folgen der Ausdehnung nach Desmoulin und Saint-Just. (Leider kommen Danton und Marat etwas zu kurz.) Die zweite Gruppe enthält die Briefe von Berichterstatlern, aber nur von solchen, »die irgendwie auch innerlich von der Revolution berührt sind«, wie der englische Arzt Edward Rogby, der sich bei Ausbruch der Revolution auf einer Vergnügungs- und Studienreise in Frankreich befand und sich allmählich von der großen Bewegung mitreißen ließ, oder Madame Jullien, die Deutschen Georg Forster, Georg Kerner (Justinus' Bruder), Justus Erich Bollmann und andere. Die dritte Gruppe bringt Briefe von Soldaten und Heerführern, wie Hoche, Houchard, usw. (Dumouriez fehlt). Es wird bei dieser Einteilung jedoch nicht ganz klar, wo die Briefe Ludwigs XVI., der Roland, der Corday und des amerikanischen Vertreters Morris eingereiht werden sollen. Sie wäre deshalb wohl besser unterblieben. Lafayette und »Männer ähnlicher Art« schloß Landauer absichtlich aus. Desgleichen Marie Antoinette, in der er nur eine Politikerin, in keinem Fall jedoch eine Repräsentantin der Revolution erblicken kann. Wenn man ihm auch zugestehen muß, daß diese Auffassung richtig ist, so bedauert man doch, der allseitigen Differenzierung wegen, sie nur nebenbei in der Vorrede sprechen zu hören. Landauer ist ihr gegenüber doch etwas einseitig; auch sie ist, wenn auch negativ, »eine innere Beziehung zur Revolution eingegangen«. Man vermöchte allerdings nicht zu sagen, welchen Beitrag man zu ihren Gunsten missen möchte. Für die Niedermetzlung der Schweizergarde in Paris hätte leicht eine andere Quelle gefunden werden können als die des schweizerischen Unterleutnants Good. Sie schöpft in den hauptsächlichsten Ereignissen nicht aus erster Hand und ist infolgedessen nicht ganz zuverlässig. (Siehe darüber von Mülinen Das französische Schweizergarderegiment am 10. August 1792 / Luzern 1892/, wo einige interessante Schreiben von Augen-

zeugen mitgeteilt sind, und ferner Gonzenbach im Berner Taschenbuch von 1866. Beachtenswerte Quellen stellen auch die Papiere des Schweizerklubs in Paris und die Briefe seiner Angehörigen, sowie F. C. La Harpes dar. Mülinen handelt kurz darüber, ausführlicher jedoch G. Tobler im Jahrbuch für Schweizergeschichte 1903. Ferner hat A. Stern in der Revue historique, 1889, XXXIX., darüber geschrieben. Die Memoiren La Harpes, die allerdings erst für die spätere Zeit in Betracht kommen, finden sich in den Schweizergeschichtlichen Studien von J. Vogel.) Es wäre sehr zu wünschen, daß Landauer den beiden vorliegenden Bänden noch einen 3., der die Ausbreitung der Revolution behandelt, folgen ließe. Wir haben weder in der deutschen noch in der französischen Literatur etwas, das seinem verdienstvollen Werk zur Seite zu stellen wäre.

Neuausgaben Die Konjunktur des Weltkriegs hat auch die Werke Friedrichs II. wieder auf den Markt gespült. Und zwar gleich in 2 Ausgaben. Die eine, von Albert Ritter übersetzt und eingeleitet, bei Wilhelm Borngräber, die andere, von G. B. Volz besorgt, im Verlag von Reimar Hobbing in Berlin. Beide sind mit den bekannten Menzelschen Illustrationen geschmückt. Inhaltlich unterscheiden sie sich nicht wesentlich von einander. Die Hobbing'sche Ausgabe ist teurer, schöner und reicher. Sie enthält auch eine Auswahl aus den philosophischen Schriften des Königs und aus seinen Gedichten. (Diese dürften stellenweise besser übersetzt sein.) Die Borngräbersche Ausgabe beschränkt sich auf die politischen, historischen und militärischen Werke. Beide bringen Auszüge aus den Briefen. Die Auswahl ist nicht zu beanstanden. In beiden finden sich als Hauptstücke die Geschichte meiner Zeit, die Geschichte des Siebenjährigen Krieges, die Denkwürdigkeiten aus der Geschichte des Hauses Brandenburg, das Politische Testament und der Antimacchiavell. Der politische Umschwung wird dem geistigen Wert dieser Werke nichts anhaben können. Sie bleiben, ob Deutschland nun Republik ist oder Monarchie, als wichtige Beiträge zur Geschichte Friedrichs, seiner Zeit, seiner Psyche und seines Charakters bestehen, an denen man nicht vorbeigehen kann. Darüber hinaus ist es immer interessant sich mit einem geistreichen und witzigen Kopf zu unterhalten. Nur seine rein militärischen Arbeiten, wie die Generalprinzipien des Krie-

ges und die Betrachtungen über die Taktik, werden uns heute nicht mehr viel zu sagen haben. Zeitgeschichtlich aktuell sind gerade jetzt die Stellen seiner Werke, die den Erwerb Schlesiens, die Teilung Polens und die Maßnahmen für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau nach dem Siebenjährigen Krieg behandeln. Man wird daraus manche Frage der Gegenwart besser verstehen lernen und vielleicht sogar praktische Anregungen für die Zukunft gewinnen können.

Reclams Universalbibliothek hat die knappe, aber großzügige Abhandlung Leopold von Ranke's Die großen Mächte, die 1833 in der von ihm ein Jahr vorher gegründeten Historisch-Politischen Zeitschrift zuerst erschien, in ihre Sammlung aufgenommen. Sie faßt die geschichtliche Entwicklung von den Tagen Ludwigs XIV. bis zur Juli-revolution von 1830 in geistreicher Weise und auf das Wesentlichste konzentriert zusammen. Der wirtschaftlich und sozial gerichtete Leser kommt darin allerdings zu kurz; aber er hat zu bedenken, daß die Schrift vor der Periode Marxens geschrieben worden ist. Eine Auswahl aus Rankes Werken hat sich die Deutsche Bibliothek in Berlin unter dem Titel Zeitbilder und Charakteristiken beigelegt. A. Eggers hat sie vorgenommen und mit einer Einleitung versehen. Man kann mit beidem einverstanden sein. Sie enthält unter andern die berühmten Charakteristiken Luthers, Philipps II., Richelieus und Friedrichs II. und die vorhin erwähnte Abhandlung Die großen Mächte. Einen verdienstvollen Neudruck ebenfalls eines Rankeschen Werkes legt uns der Verlag von Duncker & Humblot in München unter dem Titel Über die Epochen der neuern Geschichte vor. Sonderbarerweise ist das Werk jedoch nirgends als Neudruck charakterisiert, so daß bei Unkundigen leicht die Meinung aufkommen kann, als habe man es hier mit einer unbekanntenen Arbeit dieses Geschichtsschreibers zu tun. Dem ist jedoch nicht so. Die Arbeit findet sich bereits im 9. Band der Rankeschen Weltgeschichte, wo sie von Alfred Dove im Jahr 1888 nach dem Tod Rankes veröffentlicht wurde. Sie ist im Herbst 1854 entstanden, als Ranke sich bei Beginn des Krimkriegs in dem ländlichen Hoflager Maximilians II. in Berchtesgaden befand und seinem königlichen Gönner und Schüler auf dessen Wunsch Vorträge über die Entwicklung der neuern Geschichte hielt.

Sie stellen sich als richtige Improvisationen oder Rhapsodien, wie Ranke sie gelegentlich selbst nannte, dar und wollen somit von diesem besonders Gesichtspunkt aus betrachtet sein. In 19 Vorträgen hat Ranke den riesigen Stoff von der Ära der Römer bis zum Jahr 1848 zusammengefaßt, stets bestrebt die großen Entwicklungslinien scharf herauszuschälen. Daß er dies in konservativ-monarchischem Sinn tut, braucht uns nicht abzuschrecken. Es überrascht sogar, welches großzügige Verständnis er den republikanischen Ideen entgegenbringt. Da und dort weicht er von seinen späteren Urteilen ab, wie bei Cromwell, den er ursprünglich als religiösen Heuchler zu betrachten geneigt ist. Dem eigentlichen Thema schickt Ranke zwei kurze Abhandlungen über den Fortschritt und über die sogenannten leitenden Ideen in der Geschichte voraus. Jener ist ihm das geistig-dynamische Prinzip, die »gewisse Bewegung des menschlichen Geistes in jeder Periode«; unter diesen versteht er die »herrschenden Tendenzen in jedem Jahrhundert«. Der Historiker hat nun, nach Ranke, die Aufgabe diese großen Tendenzen »auseinanderzunehmen und die große Geschichte der Menschheit aufzurollen, welche eben der Komplex dieser verschiedenen Tendenzen ist«.

Reclams Universalbibliothek brachte auch die schneidende ironische, aber einseitige und engsichtige Schrift J. G. Fichtes *Macchiavellis Politik* in einem guten Neudruck von Josef Hofmiller heraus. Sie kann als ein bezeichnender Beitrag zur Pamphletliteratur gegen Napoléon dienen und gibt darüber hinaus noch ein Seitenstück zu Fichtes Reden an die deutsche Nation. Eine gedrängte und sprachlich modernisierte Auswahl von Blüchers Briefen, die in der gleichen Sammlung erschien, ist von Heinrich Stümcke auf den Zweck zurechtgeschnitten worden. Blücher als »einen der größten Führer des deutschen Volkes und einen der hellstichtigsten Vaterlandsfreunde« ins rechte Licht zu setzen. Was freilich heute, 100 Jahre nach dem Ende Napoléons und der Begründung der britischen Weltherrschaft, hoffentlich endlich auch in Deutschland als verlorene Liebesmüh erkannt werden wird (nachdem die Größten der Deutschen, Goethe, Nietzsche und einige andere, mit ihrem Anschauen der gewaltigen, nie zu erschöpfenden Gestalt Napoléons so lange einsam standen). Übrigens muß man in dieser Neuausgabe das eigenmächtige

Herumdoktern an dem barbarischen Deutsch Blüchers bedauern. Bedeutend knapper hätte die Auswahl aus Niebuhrs Briefen und Schriften sein können, die Ludwig Lorenz für die Deutsche Bibliothek besorgt hat. Niebuhr ist uns heute weder als Historiker noch als Mensch noch als Stilist so bedeutend oder reizvoll, daß wir für die zahlreichen Nebensächlichkeiten und persönlichen Angelegenheiten, die er in seinen Briefen ausbreitet, mehr als ein geschichtliches Interesse aufbringen können. Wertvoll ist er uns in seinen Briefen nur, wenn er Selbsterlebtes aus den großen Jahren von 1806 bis 1816 mitteilt. Natürlich muß man hier überaus vorsichtig sein, da sein leidenschaftlicher Patriotismus, vielmehr Chauvinismus, sowie sein Haß gegen Napoléon und die Franzosen eine Menge unhaltbarer Urteile erzeugt haben. Ferner war er den Gerüchten seiner Zeit gegenüber doch oft zu wenig kritisch. Immerhin verdienen manche seiner Gedanken gerade auch heute beachtet zu werden.

Totenliste Der hervorragende Wiener Orientalist Josef von Karabacek ist Mitte Oktober im Alter von 73 Jahren gestorben. Er war seit 1884 Ordinarius der orientalischen Geschichte und ihrer Hilfswissenschaften an der Wiener Universität. Er hat sich um die Entzifferung und Bearbeitung der großartigen hebräischen, syrischen und arabischen Handschriftensammlung des Papyrus Rainer die größten Verdienste erworben. Am 30. Oktober starb der Ordinarius des Sanskrit und Mitdirektor des Indogermanischen Instituts der Universität Leipzig Ernst Windisch, 74 Jahre alt. Er hat sich auf dem Gebiet der vergleichenden Grammatik der indogermanischen Sprachen große Verdienste erworben. Auch als Keltologe hat er wissenschaftliche Leistungen aufzuweisen, in seiner Irischen Grammatik, seinen Studien über das keltische Britannien und anderen Arbeiten mehr.

Kurze Chronik Die Wiener Akademie der Wissenschaften hat ange-regt für den Friedens-schluß den (ehemaligen) österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen die Freiheit der Forschung in Archiven, Bibliotheken und Museen unter den gleichen Bedingungen sicherzustellen wie vor dem Krieg. Das Wiener Außenministerium hat erklärt, es werde die Aufnahme derartiger Abmachungen

in die Friedensverträge zu erwirken suchen. ◊ Die britische Akademie der Wissenschaften errichtet in Jerusalem eine Archäologenschule, die vornehmlich die Erforschung altjüdischer, kanaanitischer, hellenisch-römischer, byzantinischer, arabischer und mittelalterlicher Altertümer pflegen soll. Ein ähnliches Institut plant sie für Mesopotamien. (Die Pflege der palästinensischen Archäologie wird wohl auch eine der Aufgaben der jüdischen Universität in Jerusalem sein müssen, deren Gründung im Juli 1918 feierlich vollzogen wurde.) ◊ Der Professor für Archäologie an der Universität Erlangen Ludwig Curtius hat einen Ruf nach Freiburg im Breisgau angenommen. ◊ Der Lübecker Archivar Fritz Rörig ist zum außerordentlichen Professor für geschichtliche Hilfswissenschaften in Leipzig ernannt worden. ◊ Der ordentliche Professor für alte Geschichte an der Universität Tübingen Ernst Kornemann geht in gleicher Eigenschaft nach Breslau. ◊ Als sein Nachfolger geht Wilhelm Weber, bisher in Frankfurt, nach Tübingen. ◊ Als Nachfolger Julius Belochs, der von der italienischen Regierung seines Amtes entsetzt und in Süditalien interniert wurde, ist Gaetano de Sanctis zum ordentlichen Professor der alten Geschichte an der Universität Rom ernannt worden. Er ist ein Schüler Mommsens und gilt als einer der gründlichsten Kenner der alten Geschichte. Bekannt ist, daß er Ferreros Werk über die Größe und den Verfall Roms äußerst scharf kritisiert und abgewiesen hat.

Literatur

Sehr zur rechten Stunde erschienen in 3., veränderter Auflage Österreichs innere und äußere Geschichte von 1848 bis zum Weltkrieg, die Richard Charmatz für die Sammlung Aus Natur und Geisteswelt des Teubnerschen Verlags in Leipzig bearbeitet hat. Das vortreffliche, auf gründlichster Sachkenntnis beruhende Werk ist beträchtlich erweitert worden. Die ersten beiden Bände behandeln die innere Geschichte Österreichs, die beiden folgenden die Geschichte der auswärtigen Politik von 1848 bis 1895. Ein weiterer Band führt dann die innere und äußere Geschichte gemeinsam bis zum Jahr 1914 fort. Alles Wesentliche ist hier in konzentrierter Form zusammengefaßt, klar und sachlich dargestellt, lebendig beschrieben und durch persönliche Erinnerungen gewürzt. Es gibt für den Laien kein bes-

seres Handbuch über die neueren Verhältnisse und Entwicklungen der Habsburgischen Doppelmonarchie (die nun glücklicherweise zerfallen ist und aufstrebenden Nationalstaaten Platz gemacht hat, womit auch endlich die Bildung eines Gesamtdeutschlands und hoffentlich auch der Zusammenschluß Kontinentaleuropas ermöglicht wird). ◊ In 2. Auflage liegt die Geschichte der französischen Revolution von Theodor Bitterauf in der gleichen Teubnerschen Sammlung vor. Sie ist besonders deshalb beachtenswert, weil sie den Laien zum erstenmal in zusammenhängender Ausführung mit den Forschungsergebnissen Aulards und seiner Schule bekannt macht, also in verschiedenen wichtigen Punkten von den bisherigen Auffassungen der französischen Revolution abweicht. Immerhin hat Bitterauf sich der neuen Richtung nicht kritiklos verschrieben sondern sie da und dort geschickt mit früheren Darstellungen kombiniert. ◊ Als Neuauflagen der selben Sammlung sind ferner zu verzeichnen Richard Schwemers Restauration und Revolution, ein Gegenstück zu seinem bekannten Papsttum und Kaisertum, K. Th. Heigels Politische Hauptströmungen in Europa im 19. Jahrhundert, eine zwar unbefangene aber trotzdem mit Vorsicht zu genießende Arbeit, Oskar Weises frisches Werk Die deutschen Volksstämme und Landschaften, das gerade bei den jetzigen separatistischen Strömungen manchen interessanten Aufschluß bietet, W. Langenbecks großzügige und für die Erkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands anregende Geschichte des deutschen Handels seit dem Ausgange des Mittelalters, O. Neuraths nicht minder instruktive und brauchbare Antike Wirtschaftsgeschichte und G. Steinmanns prächtige, dem jüngsten Stand der Wissenschaft angepaßte Darstellung Die Eiszeit und der vorgeschichtliche Mensch. ◊ Schließlich sei noch auf zwei tabellarisch-kartographische Werke hingewiesen, die all denen gute Dienste leisten, die den gegenwärtig in der Umwälzung begriffenen staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Neubildungen auch entwickelungsgeschichtlich näher kommen wollen. Das erste ist der Atlas 2000 Jahre deutscher Geschichte von Ernst Schwabe /Leipzig, Velhagen & Klasing/, der in 105 Karten, Tabellen und erläuterndem Text die geschichtliche Entwicklung Deutschlands von den alten Germanen an aufwärts bis zum Weltkrieg verbild-

licht. Es gibt einen klaren Überblick über den jeweiligen Stand der territorialen Verhältnisse an den verschiedenen Wendepunkten der deutschen oder allgemein europäischen Geschichte, über den Ausbau der Großmächte und ihrer Kolonien, die Aufteilung Afrikas, die Teilungen Polens, die Völker und Sprachen Europas usw. Das andere Werk, Die Menschheit in 30 Weltbildern von Erwin Hanslik /Wien, Institut für Kulturforschung/, versucht etwas Ähnliches für die Menschheit. Aber der Verfasser packt sein Thema von der kulturpropagandistischen Seite an. Er will zeigen, daß die Welt »kein Stückwerk, kein zufälliges Durcheinander« ist sondern »eine einzige und gewaltige Harmonie«. Zu dem Zweck zeigt er an der Hand von Weltbildern die Entstehung des Menschen, die Verteilung der Rassen, ihre einzelnen Geburtsstätten, ihre Wandlungen, Wanderungen und Gruppierungen, ihre verschiedenen Staatenbildungen, die er bis zu dem Bild des »Menschheitsstaates« der Gegenwart emporführt. Dieser Ausklang ist stark utopistisch gefärbt, ohne daß dadurch jedoch die entwicklungsgeschichtlichen Teile entwertet würden.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Kokoschka Die Kokoschkaausstellung bei Paul Cassirer in Berlin bedeutete einen Einschnitt.

Seit langem fühlt man die Wende der Generationen in dem und jenem. Hier aber, vielleicht auch unter dem Eindruck der Zeit, steht die neue Richtung mit zwingender Eindeutigkeit vor uns. Auch sonst treffen wir jetzt oft genug auf ungelenke Zeichnung, auf zu große Köpfe und ähnliches, aber fast immer mit einer gewissen Bewußtheit angewandt, als ein Mittel für eine starke und primitive Wirkung. Hier bei Kokoschka ist nichts davon. Seine Arbeiten sind absolut naiv, so naiv wie seinerzeit Manet war, der auch nicht ahnte, wie seine Sinne anders sahen und fühlten als die seiner Zeit. Das Neue der Kokoschkaschen Kunst ist nicht in irgendwelchem neuen Inhalt zu suchen. Sie hält sich von aller Symbolik ganz fern, mit Ausnahme allerdings eines Bildes, der Windsbraut, die indessen wohl nur einen verlorenen Seitensprung bedeutet. Das Neue Kokoschkas sind seine Sinne. Wie wenn eine andere Epoche ansetzt, in der andere Geschlechter das Wort zu führen haben als bisher, Geschlechter, deren Sinne sich noch

ganz anders bewegen, proletarierhaft schwer und ungelenk. Bisher sahen wir in der Kunst meist das Ziel die Sinne frei, leicht und geschmeidig zu machen, wie Gewächse, die immer im Licht standen und frei in die Höhe wachsen konnten. Jetzt kommen nun andere vor, schwer im Wuchs und überall gehemmt im Ausdruck, wie beladen von einem umgestalteten Allzuviel des Erlebten. Diese proletarische Kraft, die mit kloßigen Händen nahe vor der Welt steht wie vor dem Wunder, sehe ich in Kokoschka. Eine gewisse Ähnlichkeit ist da mit van Gogh, der auch so linksch an seine Arbeit ging. Bei beiden sind oft die Menschen in ihren Gelenken so schlecht zusammengefügt, als könnten sie auseinanderfallen; häufig Brüche in der Anschauung, die nicht geschickt verbunden werden konnten. Aber bei beiden haben die Dinge diese besondere Existenzkraft, die die Phantasie noch nicht nach irgendeiner andern Richtung freigibt. Nur das Temperament ist verschieden. Vincent van Gogh ist sinnlich einfacher und reiner in der Farbe, wie ein Mensch, der in erster Reihe im Freien lebt. Bei Oskar Kokoschka, dem Großstadtmenschen, ist alles schwerer gemischt und kompakter, trotz den Wandlungen, die er durchgemacht hat. Nur in einem Bild, aus der letzten Zeit allerdings, leben sich die Sinne, zu einer gewissen Schönheit gelöst, freier aus. Es ist das Liebespaar mit der weißen Katze. Koloristisch ist das Bild wohl ein Meisterwerk, doch steht es im Gesamtbild Kokoschkas fremd. Sein bestes Werk sind sicher seine Auswanderer, ein Porträtbild von 3 Menschen, alle 3 innerlich verschweißt, jeder so voll gesehen wie die Menschen Dostojewskijs, nicht charakterisiert durch Betonen einzelner Eigenschaften sondern so aus dem innern Block heraus erfaßt, daß es kaum erst zu einer Gliederung hat kommen können. Darum sind mir auch seine Porträts bei weitem das größte. Auch auf seine graphischen Arbeiten trifft das zu. Seine Zeichnungen von Hasenclever und die von den Mädchen sind wunderbar. Seine Passionsbilder scheinen nicht so ganz überzeugend; dafür einige seiner Blätter zur Bachkantate, besonders der Mann und die Frau vor dem liegenden Tod mit seinem furchtbaren Grausen.

Pechstein Das Graphische Kabinett Neumann in Berlin gab einen Überblick über die graphischen Arbeiten Max Pechsteins.

Die größere Reife der Blätter aus den letzten Jahren ist deutlich. Und worin Pechstein bei seinen Schwarzweißarbeiten immer so sehr besonders schien: in der Lebendigkeit, mit der er seinen Kontur zu ziehen verstand, und daß er dabei nie die Ganzheit der Form und der Bewegung aus dem Auge verlor: das ist noch lebendiger und vor allem noch feiner und leichter geworden. In diesen Bleistiftzeichnungen, oft mit leichter Tönung, ist er bei weitem am besten. Auch in den Farbskizzen ist Leben und Farbkraft, überall aber, besonders in seinen bunten Kop Zeichnungen, stößt man dann und wann auf eine gewisse Art von Roheit. Es ist überhaupt merkwürdig bei Pechstein, wie seine glänzenden Sinne sich gleichsam nur auf die Oberfläche der Dinge beziehen. Da allerdings entwickelt er bei seinem blutreichen und starken Temperament auch jene feineren Qualitäten, besonders ein schönes Ausbalancieren der Gewichte, aber nirgends geht es über dieses Äußere der Dinge hinaus. Auch nicht bei den großpathetischen und markant gezeichneten Köpfen. Und wohl darum sind seine kunstgewerblichen Arbeiten schließlich seine besten und reifsten. Die Oberfläche der Dinge hat da durch den besondern Geist des Materials noch mehr Konzentration und Eigenart bekommen.

Slevogt

Die Ausstellung zur Feier des 50. Geburtstags Max Slevogts gibt ein sehr umfassendes und glänzendes Bild seines Wirkens. Und doch ist es jetzt schon, bei dem noch Lebenden, als ginge man in einer andern Welt. Lebendige Porträts, reizvoll frische Landschaftsstudien, aber immer wieder der Eindruck von einem nicht unbedingt Nötigen. Allein seine kleinen illustrativen Sachen sprechen mit absoluter Selbstverständlichkeit und Freiheit. Seine Phantasie ist für die großen Tafelbilder zu leicht und ungebunden und zu spielend. Aber gerade im kleinen Rahmen, als Ergänzung zu Geschichten, ist sie anziehend, da führt sie mit einer regen Unerschöpflichkeit ein Abenteuer nach dem andern an uns vorüber, launig wie die Geschichte selbst, wie Grimm, Tausend und eine Nacht oder Lederstrumpf und Don Quixote. (Es sei an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß die Slevogtschen Zeichnungen zu Grimms Deutschen Märchen jetzt in dem 1. Band einer sehr schönen Sammlung der schönsten Märchen und Legenden wiedergegeben sind, die im Verlag Bruno Cassirer unter dem

Titel Das Märchenbuch zu erscheinen begonnen hat, und die ihrer Auswahl und ihrer Ausstattung wegen weiteste Verbreitung zu finden verdiente.)

Sturmkunst

Der Sturm gab wieder eine Gesamtschau graphischer Werke, aber mit wenig erfreulichem Resultat. Die Blätter von Marc und Chagall kennt man, und Koschka, ein Mensch von wirklichem Fleisch und Blut, zeigt mit den Tendenzen des Sturms so wenig Verbindung, daß man sich wundert ihn noch dort zu finden; seine Aktzeichnungen dort sind von ganz besonderm Ernst und sehr großer Schönheit. Aus den Bildern der meisten anderen aber weht eine spitzige Kälte entgegen, eine Welt wie aus Glas geblasen, trotz den bunten Farben auf manchen Blättern. Nur Arnold Topps Bilder sind davon auszunehmen, dessen Farben Beseeltheit haben. Sonst aber ist es wirklich ein totgeborener Spuk, was jetzt der Sturm produziert, auch Kandinskij nicht ausgenommen. Man kann Geist darin sehen, auch Talent, und wer weiß was sonst noch alles; aber kein Leben; und das sucht man jetzt mehr denn je. Man bringt eben einfach nicht das Interesse auf sich mit all den Quadraten und Schleifen oder Kurven in ein Verhältnis zu setzen. Leben, nicht sinnliches wie bei den Impressionisten, sondern konzentriertes geistiges und kräftiges Leben, soll zu uns sprechen und seine Antwort von uns verlangen. Übrigens waren auch 3 frühe Blätter von Munch in jener Ausstellung zu sehen; aber sie sind nicht von Bedeutung.

Christusbilder

Das Bild Christi im Wandel der Zeiten, ein Buch von Hans Preuß /Leipzig, R. Voigtländer/, stellt sich eine schöne Aufgabe. Die Auswahl der Bilder wie auch der Text sind von einem Theologen gemacht worden. Dies könnte in gewissem Sinn bei dem Gegenstand einen Vorzug bedeuten, nur ist damit der ganze Plan ein wenig schief gestellt. An wirklich künstlerischen Gesichtspunkten geht er vorbei, und die Frage, welcher der geprägten Christusköpfe Christi Geist am ehesten wiedergäbe, ist auch eine tote; denn, auch gerade nach dem Eindruck des Buches, muß man sagen; gar keiner. Was wir in Christus verehren: seine Gottessohnschaft und die Mission, die ihm geworden ist, die Welteinsamkeit, die das in sich schließt, und wieder die Verbindung mit den Menschen durch die Leidensgemeinschaft, in die er mit

ihnen tritt: das sind lebendige Kräfte, die unmittelbar wohl nur durchs Leben wirken. Hier muß die Kunst hinter der Wirklichkeit zurückbleiben; den direkten Konnex von Geist zu Geist, der als eine Wirkung von Kräften auf einander vielleicht im Blick und seiner Wechselwirkung liegen kann, den kann die Kunst nicht fassen. Wenigstens kenne ich kein Bild, das darin nur annähernd an das Leben reicht. Im Gegenteil, oft ist die Wirkung eine Art Peinlichkeit in meinen Augen, ein gewaltsames Hinausgreifen aus der Kunst ins Leben, wo das Leben ihm den Eintritt verschloß. Anders ist es natürlich mit den Köpfen, in denen ein Geistiges zum Zustand geworden ist. Wo zum Beispiel das Leiden das Antlitz Christi geformt hat oder das Erbarmen. Darum greift die Kunst instinktiv zu ihrer Ausdrucksform, wo wieder keine Wirklichkeit herankann. Wie kann sie in ihrer Welt so herrlich eine Welt des Geistes bauen, die uns in ihren Rhythmus und in ihren Klang hineinzwingt! Diese Auswirkung des Geistes auf das Umher, technisch gesagt: die Komposition mit ihren tausendfachen Bedingungen, das Gerichtetsein des Raumes, der Fläche, der Farben, das alles wirkt vielleicht stärker als ein gemaltes Christusgesicht es kann. Wenigstens, wenn ich die frömmsten und geistigsten Bilder der Kunst ansehe, sind es immer die, deren Aufbau so ganz nur Ausdruck vom Geist ist. Man denke an das, was Rodin von seinen Kathedralen schrieb: von der Reinheit, der Kraft und Geschlossenheit ihrer Proportionen, von ihrer Eindringlichkeit und Schlichtheit. Und solange die Kunst sich so der Kirche einfügt und alle ihre Winkel mit der Auswirkung jenes Geistes zu beleben weiß, so lange kann sie auch den christlichen Geist weitergeben und zu einer Gemeinde sprechen. Die Hochrenaissance hatte auch, wenn sie Altarbilder malte, nicht mehr die Gemeinde vor sich. Zu dem einzelnen als einzelner hat aber Christus nicht gesprochen. Das Buch fängt mit der Christusdarstellung aus den Katakomben und der spät-römischen Plastik an. Christus ist überall als guter Hirte dargestellt, ganz in der Anschauungsform der Antike, persönlich, bewegt und von junger Schönheit. Erst ganz allmählich wird das Bild zum Kultgegenstand, und es ist sehr merkwürdig, wie das neue Geistige des Christentums, das Gemeinschaftsbildende, erst so spät hat eine Form finden können. Auch selbst in der byzantini-

schen Kunst, die an Gebundenheit so streng und groß ist, sehe ich nicht die christliche Gemeinde als Träger, nicht die Gemeinde der Armen sondern lediglich eine Gemeinschaft von Aristokraten noch innerhalb der antiken Kultur. Erst in der Kunst im 12. Jahrhundert etwa ist es das Suchen nach Christus, das aus wirklicher Not die Gemeinde zu ihm führt, und diese Periode ist fast ganz übergegangen in dem Buch. Man denke nur an die Schätze, die in den mittelalterlichen Miniaturen liegen. Aus der frühen Renaissance hat Preuß die wunderschönen Giottos und Fra Angelicos aufgenommen; besonders bei Angelico ist der Kopf gar nichts, und was ist dabei in der Schlichtheit des Bildes und der absoluten Einfachheit, die kein unnützes Beiwerk zuläßt, für Frömmigkeit! Unter den Deutschen ist vor allem wesentlich Grünewald, dessen Glaube größere und schwerere Bahnen ging. Auch denkt man bei seinem Kreuzigungsbild nicht an eine Gemeinde, wohl an die in Christo vereinigten Menschen. Dann wird in den weiteren Jahrzehnten die Auffassung Christi immer vergeistigter; Preuß sieht die vollkommene Lösung der Aufgabe im Dürerschen Christusbild. Schließlich wird Christus nur mehr der geistvolle und erhabene Einzelmensch. Wirklich nahe kommt dieser einzelne für mich aber nur in Rembrandt, und auch nicht durch die Geistigkeit sondern ganz im Gegenteil nur durch die stille Einfalt in Gesicht und Haltung. Eine etwas gemeindefhafte Wirkung, allerdings mehr im protestantisch familienhaften Sinn, hat die Christusdarstellung der Romantiker und deren Ausläufer. Der Frieden, der aus Christi Wesen strömt, klingt wieder in einer friedlich genrehaften Umgebung. Das ist schon reine Kunst, nur wie die Romantik selbst auf eine kleinere Resonanz eingestellt. Da sind Veit, Führich und dann Thoma, Steinhausen und Uhde zu nennen. Selbständig steht dagegen Gebhard. Seine Christlichkeit ist sicher stark; leider krankt seine Darstellung aber an allzu nuancierter Einzelausmalung und Charakteristik.

Totalliste Bei den letzten Kämpfen auf dem westlichen Kriegsschauplatz ist der junge Hamburger Maler Franz Nölken gefallen; er ist kaum 30 Jahre alt geworden. Auf der letzten Sommerausstellung der Freien Sezession war er mit einem Bildnis Max Regers hervorgetreten. Ebenfalls in den letzten Kämpfen im

Westen ist der Berliner Maler Ernst Matthes gefallen. Eine seiner letzten Arbeiten vor dem Krieg war ein kleines Bild aus dem Freibad am Wannsee in der Sezession.

In den letzten Tagen vor dem Waffenstillstand ist im Westen ein junger Maler gefallen: Julius Hoyer. Seine Arbeiten waren in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt; aber er gehörte zu der Jugend, von der wir glauben, daß ihr die Zukunft gehöre. Seine Entwicklung brauchte kaum Nahrung von außen. Sie ging sicher und ruhig wie das Wachsen einer Pflanze, der sich von innen heraus ein Blatt nach dem andern löst. So waren auch seine Ausdrucksmittel schlicht und einfach und wie von Frömmigkeit gehalten. Wir, die ihn kannten, erhofften viel von ihm.

Im November starb in Berlin Louis Jacoby, der älteste der deutschen Kupferstecher, der im Juni noch seinen 90. Geburtstag hatte begehen können (siehe diese Rundschau, 1918 II, Seite 768). Am bekanntesten sind seine Stiche nach Meisterwerken der Renaissance (Raffaels Schule von Athen usw.) geworden. Von neueren Werken stach er unter anderen mehrere der großen Kaulbachschen Fresken im Berliner Museum. Auch sind viele bekannte Persönlichkeiten, wie Grillparzer, Helmholtz, Mommsen und andere, von ihm nach eigenen Zeichnungen in Kupferstichen dargestellt worden.

Am 25. November starb der Kölner Domkapitular Alexander Schnütgen, der ausgezeichnete Sammler und Erforscher kirchlicher Kunst, im Alter von 75 Jahren. Seine fast einzigartige Sammlung von Werken christlicher Kunst im Wert von mehr als 1 Million hatte er der Stadt Köln, deren Ehrenbürger er war, zum Geschenk gemacht, die im Jahr 1910 ein besonderes Museum dafür errichtete. Schnütgen erfreute sich auch als Kunstschriftsteller eines großen Ansehens. Er begründete die Zeitschrift für christliche Kunst.

Am 12. Dezember starb Hermione von Preuschen, in dem von ihr selbst erbauten und ausgemalten Tempio Hermione in Lichtenrade bei Berlin. Neben ihren dichterischen Arbeiten (siehe die Rundschau Dichtkunst, 1918 II, Seite 1229) hat sie ihre Reiseindrücke aus fernen Ländern (sie war in Ceylon, Birma, Indien, Syrien, Palästina) malerisch wiedergegeben. Eine Art Berühmtheit wurde sie für kurze Zeit Ende der achtziger Jahre durch ihr allegorisches Bild

Mors Imperator: es ist bezeichnend für den Geisteszustand des damaligen Deutschlands, daß dieser Vorwurf als eine große politische Kühnheit empfunden wurde. Die Verstorbene war, bei allem Sonderlinghaften, ein guter Mensch. Ihre Kinder nennen sie in ihrem Nachruf »viel verkannt, viel geschmäht, aber von uns (wie einst von Konrad Telmann, unserm Vater) geliebt und verstanden«.

Kurze Chronik Sowohl in Amerika wie in England ist auf den Ankauf von Kunstwerken eine Luxussteuer gesetzt. ◊ Der Deutsche Verein für Kunstwissenschaft veröffentlicht die Illustrationen zu den 5 Büchern Moses aus der Lübecker Bibel von 1494; sie sind von Max Friedländer herausgegeben. ◊ Das Kreuzigungsbild Max Klingers ist von Leipziger Kunstfreunden für 200 000 Mark gekauft und der Stadt Leipzig zum Geschenk gemacht worden.

Literatur

Der 2. Teil des Waldmannschen Dürerbuchs /Leipzig, Inselverlag/ bringt Dürers Stiche und Holzschnitte (über den 1. Teil siehe diese Rundschau, 1917 I, Seite 47 f.). Die Fähigkeit Waldmanns sich in das so umfassende und reiche Wesen Dürers zu versetzen und aus ihm heraus seine Kunst zu verstehen kann uns Dürer wieder neu und lebendig machen. Denn das Hauptsächliche der Dürerschen Art übersah unsere jetzige Kunst, weil er in der Realistik seiner Sinne allerhand Verschiedenheiten ohne eigentliche Zusammenfassung oft neben einander zu stellen vermochte. Das befremdete uns. Aber Waldmann zeigt nun gerade in Dürer den Künstler der Übergangszeit, der die verschiedenen Welten in sich trug, und der von dem einen Pol seiner Natur zu dem andern gestoßen wurde. Das Kalte in seinem Blut, das nur nach Kenntnissen verlangt, steht unverbunden neben seiner dunkeln und gewaltigen Mystik und seiner Phantastik. Aber ohne diese divergierenden Kräfte in ihm hätte auch sein Werk nicht diesen lebensumfassenden Reichtum haben können. Seine glühende Liebe zur Wirklichkeit, die nur zu Zeiten von dem kalten Lernbetrieb eingeeengt war, eröffnete ihm die neue Welt. Sie ließ ihn kompakte und hartknöchige Menschen schaffen und gab seiner Landschaft ein farbiges und weiträumiges Leben. Aber der Kern seiner Kunst bleibt doch die

Pathetik und die dramatische Kraft seiner Phantasie, wie sie sich in der Apokalypse und in seinen Passionen zeigt. Die Darstellung des Gebets in Gethsemane, den innern Gipfelpunkt all der Passionen Christi, sah Dürer als seine Lebensaufgabe an, die er immer und immer wieder zu gestalten versuchte. Ich bin Waldmann dankbar, daß ich, durch die Lebendigkeit seiner Anschauungskraft, auch wieder Dürer und seine Größe neu habe sehen und verstehen lernen.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Chemische
Industrie

Gegen die Verstaatlichung der chemischen Industrie wendet sich eine Eingabe

des Beamtenausschusses der Leverkusener Farbenfabriken vormals Friedrich Bayer & Co. an den Rat der Volksbeauftragten. In dieser Eingabe heißt es unter anderem: »daß unter den hauptsächlich auf den Export basierenden deutschen Industrien die Farbstoff- und Heilmittelindustrie eine der wichtigsten sei, die ihre sämtlichen Rohstoffe dem eigenen Lande entnimmt und so durch Warenausfuhr dem Vaterlande Geld vom Auslande zuführen kann. Die deutsche chemische Industrie verdankt ihre Vormachtstellung jahrzehntelanger spekulativer chemischer Forschung, unermüdlischer technischer Betriebsarbeit und intensivstem kaufmännischen Schaffen im In- und Auslande. Nur frei von Bürokratismus und ohne Scheu selbst vor den größten Kosten konnte sie sich bis zu ihrer weltbenedigten Höhe entwickeln. Eine Verstaatlichung dieser Betriebe wäre das radikalste und sicherste Mittel diese Musterstätten deutscher Arbeit in kürzester Zeit völliger Verödung entgegenzuführen.« Mit diesen, dem alten manchesterlichen Arsenal entnommenen Argumenten wird man kaum den Sozialisierungsprozeß aufhalten können, für den gerade die chemische Industrie längst reif ist, und die auch für den wissenschaftlich durchgebildeten Chemiker eine Erlösung wäre. Es ist richtig, daß die deutsche chemische Industrie ganz auf spekulativer chemischer Forschung aufgebaut ist. Andererseits gibt es kaum noch einen andern Zweig der Großindustrie, in dem in auch nur ähnlicher Weise die Monopolstellung zur Ausbeutung des Konsumenten und der angestellten Chemiker ausgenutzt wird. Von allen industriellen Unternehmungen werfen die chemischen Fabri-

ken bei enormen Rücklagen die höchsten Dividenden ab, weil ein Warenwucher getrieben wird, der kaum noch Grenzen kennt. Um von unzähligen Fällen nur einen einzigen, typischen herauszugreifen, sei an das Aspirin erinnert. 10 Gramm Aspirin kosteten vor dem Krieg 1 Mark. Das gleiche Präparat unter dem chemischen Namen Azetylsalizylsäure gehandelt kostete 50 Pfennig. Allein das geschützte Wortzeichen Aspirin bedingte also einen Preisaufschlag von 100 %. Aber selbst die 50 Pfennig stellten bereits einen Wucherpreis für die verkauften 20 Tabletten dar, denn Zahnärzte und andere Großabnehmer erhielten für den gleichen Preis bereits 200 Tabletten. Ähnlich liegt es bei einer ganzen Reihe anderer medizinischer Präparate, beim Pyramidon, beim Salvarsan usw. Allerdings teilten sich in den Raub der geplünderten Patienten die Fabriken und die Zwischenhändler, vor allem die Apotheken. Mit den Farbstoffen ist es nicht anders. Die Herstellungskosten einschließlich ausreichender Abschreibungen und angemessener Gewinne sind minimal, die Verkaufspreise aber sind horrend.

Es wäre eine überaus dankenswerte Aufgabe zu untersuchen, wie die chemischen Fabriken den deutschen Staat während des Krieges durch die Lieferung von Sprengstoffen, durch die Verwertung des Luftstickstoffes usw. bewuchert haben. Und das alles nur im Interesse der Aktionäre, Direktoren und Aufsichtsräte. Das ist die »unermüdlische technische Betriebsarbeit«, die sofort erlahmen würde, wenn keine Aneignung eines wucherischen Mehrwerts mehr stattfinden würde. Man wird im Gegenteil der Meinung sein, daß das Interesse der beteiligten, wirklich Werte produzierenden Chemiker in ganz anderer Weise geweckt werden würde, wenn sie, wenn die Allgemeinheit der Früchte ihrer Arbeit teilhaftig werden würden, während bei dem gegenwärtigen Zustand nur die Firmen die Vorteile von der Erfindungsarbeit der Betriebschemiker haben, die durch skandalöse Verträge den Firmen gesichert sind. Ein offenes Geheimnis ist es dann weiter, wie die Erfindungen außenseiterischer Chemiker skrupellos ausgeraubt werden, wie die Patente nur papierene Rechte gewähren, da sie als *Verfahrenspatente* keinen ausreichenden Schutz gegen Umgehungen bieten. Die Sozialisierungskommission hat eine dankbare und lohnende Aufgabe zu erfüllen, wenn sie durch verantwortliche Vernehmung der Betriebschemiker ein-

mal wirkliches Licht in das mysteriöse Dunkel der großen chemischen Fabriken hineinbringen wird.

Gummisynthese Nach einer Meldung kurz vor Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen haben die Farbenfabriken vormals Friedrich Bayer & Co. in Leverkusen umfangreiche Anlagen für die Herstellung synthetischen Gummis errichtet. Das Problem der Kautschukherstellung war schon im Frieden gelöst worden, die bereits begonnene Fabrikation wurde aber wieder eingestellt, als der Preis von Plantagengummi von 30 auf 4 Mark für das Kilo gefallen war. Als dann im Verlauf des Krieges ein empfindlicher Mangel an Gummi eintrat, waren leider die Apparate schon wieder abgebaut, und es fehlte zudem an Azeton und an Aluminium. In großem Umfang sind nun während des Krieges elektrotechnische Werke zur Herstellung dieser beiden Stoffe in Deutschland errichtet worden. Über die Azetonherstellung ist bereits in dieser Rundschau (1918 II, Seite 1107) berichtet worden, über die Deutschen Aluminiumwerke ist aber unter der Herrschaft der Zensur nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Heute ist es kein Geheimnis mehr, daß unter staatlicher Unterstützung mehrere große Aluminiumwerke ausgebaut worden sind, eines davon in unmittelbarer Nachbarschaft von Berlin, die mit dem in unseren märkischen und sächsischen Braunkohlenrevieren erzeugten elektrischen Strom arbeiten und überaus leistungsfähig sind. Nach Erledigung dieser wichtigen Vorfrage konnte man wieder an die Kautschukherstellung herangehen. Soweit die Herstellung von Hartgummi in Frage kam, bot sie keine erheblichen Schwierigkeiten, um so größer waren freilich die Schwierigkeiten bei der Herstellung von Weichgummi. Die anfänglichen großen Erwartungen haben sich hier zunächst nicht realisiert. Dem Kunstgummi fehlte vor allem die notwendige Elastizität, wie sie für Automobil- und Radbereifung erforderlich ist. Freilich sind bis Kriegsende auch auf diesem Gebiet weitere Fortschritte erzielt worden. Trotzdem bestehen nur geringe Aussichten, daß in absehbarer Zeit in nennenswertem Umfang Ersatz von Naturgummi durch Kunstgummi stattfinden wird. In der Preisgestaltung wird der Kunstgummi (selbst wenn die technische Seite der Frage gelöst werden sollte) auf lange Zeit hinaus mit dem Naturgummi nicht konkurrieren können,

besonders dann, wenn die Grenzen wieder für die Einfuhr geöffnet werden. Während des Krieges haben sich nämlich die Lager an Plantagengummi in enormem Maß gefüllt; die Vorräte sollen um ein vielfaches den voraussichtlichen Bedarf decken. Daher die eigentümliche Erscheinung, daß der Welthandelspreis für Plantagengummi selbst während des Krieges beträchtlich gefallen ist. Es besteht derzeit also nur ein sehr geringes wirtschaftliches Interesse daran die Herstellung des synthetischen Gummis weiter zu fördern.

Parasitenbekämpfung

Schon im Frieden mußte gegen eine große Zahl tierischer Schädlinge ein dauernder Kampf geführt werden, um wichtige Nahrungsmittel, Wälder, Weinberge, Obstplantagen usw. gegen Vernichtung zu schützen. Während des Krieges, wo das Arbeiterpersonal knapp war und wichtige Stoffe, mit denen man den Kampf gegen die Parasiten führte, überhaupt fehlten, haben diese tierischen Schädlinge stellenweise in bedenklicher Weise überhand genommen, so daß rechtzeitig daran gegangen werden muß wirkungsvolle Vorbeugungsmaßnahmen gegen sie zu treffen. Sehr zur Zeit hat diese Frage Max Stoecker /Kolin/ in einem Vortrag vor der österreichischen Gesellschaft zur Förderung der chemischen Industrie aufgegriffen; er hat eine neue, anscheinend sehr wirkungsvolle Methode zur Bekämpfung der Schädlinge ausgearbeitet.

Von den Schädlingen gegen Pflanzen sind es vor allem die Reblaus, der Heu- und Sauerwurm, Blatt- und Schildläuse, der Schwammspinner und Goldafter, die Nonne, Heuschrecke, Saateule, Maikäfer, Erbsenkäfer, Mäuse usw., die jährlich einen in die Milliarden gehenden Schaden verursachen. So hat die Reblaus in Frankreich schätzungsweise einen Schaden von 12 Milliarden Mark verursacht. Der Heu- und Sauerwurm hat allein im Jahr 1910 einen Schaden hervorgerufen, der für drei Viertel des deutschen Weinbaues zirka 100 Millionen Mark betrug. Durch die Nonne sind ganze, große Waldbezirke völlig vernichtet worden. Der Schwammspinner richtet vor allem an Obstbäumen großen Schaden an, ebenso ist in den letzten Jahren der Goldafter in Massen aufgetreten, und seine Raupe hat Waldungen und Parks kahl gefressen. Die Blatt- und Schildläuse spielten bei uns bisher keine sehr erhebliche Rolle, in den letzten Jahren haben aber auch sie sich

auf Obstbäumen in auffallender Weise vermehrt. Ein sehr gefährlicher Schädling ist die in den Mühlen besonders gefürchtete Mehlmotte, deren Larve fortwährend Gespinste absondert und dadurch die Mühlen total verschmutzt. Die Müller sind gezwungen die Mühlen zeitweise ganz außer Betrieb zu setzen, um vor allem die Mehl- und Getreidetransportgänge von den Gespinsten zu befreien. Da die Mehlmotte in einem Jahr bis 4 Generationsfolgen aufweist und eine einzige weibliche Motte bis zu 27 000 Nachkommen jährlich liefern kann, so kann man sich von dem Umfang der durch sie verursachten Störungen leicht einen Begriff machen. Dazu kommt noch die direkte Schädigung infolge der Gefräßigkeit der Larven. Nicht gering ist ferner der Schaden, den die Mäuse in Getreidespeichern und auf den Feldern anrichten.

Zu den bisher weniger beachteten, in diesem Krieg aber in ihrer großen Gefährlichkeit erkannten Schädlingen gehören die Hausinsekten, von denen die Läuse als Überträger des Fleckfiebers, die Wanzen als Überträger des Rückfallfiebers und die Flöhe als Überträger der Pest untersucht worden sind. Für die Bekämpfung der Läuseplage hat Deutschland während des Krieges rund 250 Millionen Mark ausgegeben und mit ihr sehr große Erfolge erzielt. Infolge des beschleunigten Rückzugs der Armeen sind die Bekämpfungsmaßnahmen in den letzten Monaten aber erheblich eingeschränkt worden, so daß mit einer Ausdehnung der Läuseplage im Inland gerechnet werden muß.

Die Bekämpfung der tierischen Schädlinge kann nun durch Abwehrmaßnahmen und durch direkte Vertilgungsmittel geschehen. Die Abwehrmaßnahmen sind in erster Linie gegen die verschiedenen Raupenarten angebracht, die an den Stämmen emporkriechen. Hier leisten Leimringe, um die Stämme gelegt, die besten Dienste. In allen anderen Fällen kommen aber nur die Vertilgungsmittel in Betracht. Hier schlägt nun Stoecker, gestützt auf Erfahrungen, die in Amerika gemacht worden sind, vor allem die Anwendung von Blausäure vor. Gegen die im Erdboden wohnenden Larven des Maikäfers, der Eule, gegen die Puppen des Traubenwicklers, dessen Larve der Sauerwurm ist, empfiehlt er eine Desinfektion des Erdbodens mit einer wässrigen Lösung von Blausäure. In allen anderen Fällen muß sie dagegen in Gasform angewandt werden, was natürlich nur mit großer Vorsicht ge-

schehen kann. Bei der Vernichtung der Schildläuse werden über die befallenen Obstbäume Zelte gespannt, die aus möglichst dichtem Gewebe hergestellt sein müssen. Innerhalb des Zeltes wird aus Zyankali und verdünnter Schwefelsäure Blausäure erzeugt, die etwa 40 Minuten bis 1 Stunde lang einwirken muß. Die Räucherung wird zweckmäßig in der Nacht vorgenommen. Wesentlich leichter ist die Vernichtung der in geschlossenen Räumen auftretenden Schädlinge, der Mehlmotte, der Pelzmotte und vor allem der Läuse, Wanzen und Flöhe durch Blausäure, weil hier ohne Schwierigkeit die zu desinfizierenden Räume verhältnismäßig gasdicht abzusperrt sind. Praktische Versuche haben erwiesen, daß bei einer Konzentration von 1 % Blausäure im Raum die Abtötung von Wanzen und Läusen samt Brut bei einer Vergasungszeit von 3 bis 5 Stunden restlos gelang. Wegen der außerordentlichen Giftigkeit der Blausäure muß natürlich überaus vorsichtig vorgegangen werden. Ein Gehalt von 0,005 bis 0,006 % in der Luft kann kaum länger als eine Stunde ohne Schädigung ertragen werden; es darf die Desinfektion deshalb auch nur von geschultem Personal, das mit Rauchhelm und Sauerstoffapparaten ausgerüstet ist, vorgenommen werden. Handelt es sich um die Desinfektion ganzer Gebäude, Baracken usw., so ist die Ausräucherung nicht besonders schwierig, man führt sie dann eben nach erfolgter Evakuierung aus. Es gelingt aber auch in einem sonst belegten Haus einzelne Räume mit Blausäure zu behandeln, ohne die übrigen Einwohner zu gefährden.

Da die Blausäure weder Metall noch Stoffe, Leder, Farben usw. angreift, aber dabei das beste Insektengift ist, das wir kennen, so sollten die Anregungen und Versuche Stoeckers auch bei uns eingehende Beachtung finden.

Rauchloser Brennstoff Von Ch. H. Smith wurde ein neuer Brennstoff durch Tieftemperaturdestillation der Kohle erzeugt. Zur Verarbeitung gelangt eine sehr gasreiche Kohle, die zerkleinert und bei 460 bis 475° trocken destilliert wird. Die Kohle wird hierbei durch Rührlöffel in der Retorte bewegt. Es wird bei dieser Destillation eine große Menge Gas und Teer gewonnen, und es bleibt ein kohlenstoffreicher Rückstand in der Retorte. Dieser wird zerkleinert, mit Teerpech gemischt und in Briketts gepreßt, die einer neuen Destillation bei 980° unterworfen wer-

den. Die Briketts verdichten sich hierbei, schrumpfen zusammen und liefern schließlich einen harten, sauberen Brennstoff von grauschwarzer Farbe, den der Erfinder Carbocoal nennt. Die Briketts sind für die Verfeuerung in Lokomotiven, Kraftanlagen oder für den Hausbrand bestimmt. Versuche sind bei der Marine der Vereinigten Staaten, der Pennsylvania und der Long Island Eisenbahn angestellt worden und haben ergeben, daß der neue Brennstoff ähnlich dem Anthrazit fast völlig rauchlos verbrennt. Bei der Erzeugung wurden aus 1 Tonne Kohle etwa 9,5 Kilo Ammoniumsulfat und bei der ersten Destillation rund 170 Kubikmeter, bei der zweiten rund 110 Kubikmeter Gas gewonnen. Die Ausbeute an leichten, mittleren und schweren Ölen ist größer als sonst bei der Kohlenverkokung.

Totenliste

In Charlottenburg starb am 4. September der Professor an der Technischen Hochschule **Emil Lampe**, der Herausgeber der Fortschritte der Mathematik, 78 Jahre alt.

Im Oktober starb der Privatdozent und Konstruktionsingenieur an der Berliner Technischen Hochschule **Georg Schultheis**, im Alter von 44 Jahren. In Chemnitz ist im Dezember der Lehrer an den Technischen Staatslehranstalten **Paul Domsch** am Herzschlag gestorben.

Kurze Chronik Die Leipziger Messe wird erstmalig zu Ostern dieses Jahres eine wesentliche Erweiterung dadurch erfahren, daß die deutsche technische Industrie in der sogenannten Technischen Messe eine repräsentative Vertretung erfahren soll. Man verspricht sich davon, daß die Meinung aller Völker über Deutschland, die durch den Krieg unter Null herabgeschraubt ist, eine entschiedene Hebung erfahren wird. \diamond Wie in Spanien sind kürzlich auch in Sizilien Kalisalzlager entdeckt worden. Das Hauptlager befindet sich in der Provinz Cattanissetta. \diamond Reiche Lager von Kupfererzen wurden in der Nähe des Hafens Riachuelo in Uruguay entdeckt. \diamond Der japanische Chemiker Sato soll ein Verfahren erfunden haben aus der Sojabohne einen nicht brennbaren Ersatz für Zelluloid herzustellen. Wie Scientific American berichtet, baut eine

Gesellschaft mit 1 Million Dollar Kapital bereits eine Fabrik bei Tokio zur Herstellung dieses sogenannten Sato-lits. \diamond Das große bayrische Wasserkraftprojekt, bekannt unter dem Namen Bayernwerk, das den Ausbau des Walchenseekraftwerks und die Verbindung der bestehenden größeren Elektrizitätswerke durch eine Landessammelschiene umfaßt, wird, durch die politische Umwälzung befördert, baldigst zur Ausführung kommen. Zur Ausführung des Werkes wurde Oskar von Miller, der Initiator des Unternehmens, als Staatskommissar bestellt. \diamond Mit einer 250 Kilometer langen Sammelleitung, die vom Bodensee zum Genfer See führt, und die 110 000 Volt leitet, sollen alle größeren schweizerischen Elektrizitätswerke untereinander verbunden werden. Für den Bau der ersten 125 Kilometer langen Strecke ist bereits eine eigene Gesellschaft, die Aktiengesellschaft für Vermittlung und Verwertung von Elektrizität, gegründet worden. \diamond Von der Firma Carl Zeiß in Jena wird eine Saaletalesperre geplant, deren Staumauer zwischen Burgk und Saalburg liegen soll. Das Staubecken, das bis Blankenstein reichen wird, dürfte rund 315 Millionen Kubikmeter fassen und damit die Edertalesperre an Fassungsraum übertreffen. \diamond Die Produktion gewisser Betriebe (Sägewerk, Gießerei, Hochöfen, chemische Fabriken) am Niagara soll sich seit Beginn des Krieges verundertacht haben. Außerdem versieht der Niagara Großstädte bis zu einer Entfernung von 400 Kilometer mit Kraft. \diamond In Italien wurde im Jahr 1917 eine große Zahl von Gesuchen um Ausnutzung von Wasserkraften genehmigt. Es handelt sich insgesamt um 208 000 Pferdestärken. \diamond Dem außerordentlichen Professor **Reinhold von Walther** an der Technischen Hochschule in Dresden ist unter Ernennung zum ordentlichen Professor der neuerrichtete Lehrstuhl für organische Chemie an der Bergakademie in Freiberg übertragen worden; er soll zugleich die Leitung des Instituts für Braunkohlenforschung übernehmen (siehe diese Rundschau, 1918 II, Seite 1109). \diamond Als Nachfolger **E. Heyns** ist **Oswald Bauer** zum Vorsteher der Abteilung für Metallographie am Materialprüfungsamt in Berlin-Lichterfelde ernannt worden.